



## 61. Sitzung

Mittwoch, 23. August 2006

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

<b>Mitteilungen des Präsidenten</b>	3153 A	Lars Dietrich CDU	3165 A
Abwicklung der <b>Tagesordnung</b>	3153 A	Dirk Kienscherf SPD	3166 A
<b>Niederlegen</b> des Mandats (Thorsten Kausch, CDU)	3153 A	Christa Goetsch GAL	3166 D
<b>Nachrücken</b> von Abgeordneten (Vera Antonia Jürs, CDU)	3153 A	Robert Heinemann CDU	3167 D
		Faktion der GAL:	
<b>Aktuelle Stunde</b>	3153 B	<b>Schwedischer Atomunfall offenbart Sicherheitsmängel: AKW Brunsbüttel abschalten!</b>	
		(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Fraktion der CDU:			
<b>Hafenausbau: ohne die SPD?</b>			
Olaf Ohlsen CDU	3153 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Ingo Egloff SPD	3154 A, 3158 C		
Jens Kerstan GAL	3155 A	<b>Wahl von acht Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Stadtentwicklung</b>	
Gunnar Uldall, Senator	3155 D	– Drs 18/4746 –	3168 B
Barbara Ahrons CDU	3156 C	Ergebnis	3195
Dr. Mathias Petersen SPD	3157 A		
Bernd Reinert CDU	3157 D	Antrag der Fraktion der SPD:	
		<b>Aktenvorlage zum "Fall Mettbach" – Die Wahrheit offen legen! – Drs 18/4784 (Neufassung) –</b>	3168 C
Fraktion der SPD:		und	
<b>Armutzeugnis für Hamburg – warum Kinder in der Politik des Senates nur Statisten sind</b>		Antrag der Fraktion der GAL und der SPD:	
Dr. Andrea Hilgers SPD	3158 D	<b>Bericht des Senats zur Mettbach-Osmani-Affäre</b>	
Stefanie Strasburger CDU	3159 D	– Drs 18/4796 (Neufassung) –	3168 C
Christiane Blömeke GAL	3160 D	Dr. Martin Schäfer SPD	3168 C
Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	3162 A	Dr. Manfred Jäger CDU	3170 B
Carola Veit SPD	3163 B	Jens Kerstan GAL	3171 D, 3175 B
Martina Gregersen GAL	3164 B		

<b>Persönliche Bemerkungen</b>		Antrag der Fraktion der CDU:	
Michael Neumann SPD	3173 D	<b>Das Bundeskleingartengesetz modernisieren – Hamburg fordert Öffnung für Modellprojekte</b>	
Bernd Reinert CDU	3174 A	– Drs 18/4792 –	3188 B
Gesine Dräger SPD	3174 C	dazu	
Christa Goetsch GAL	3174 D		
Dr. Mathias Petersen SPD	3175 A	Antrag der Fraktion der GAL:	
<b>Zur Geschäftsordnung</b>		<b>Abwasserentsorgung in Kleingärten</b>	
Karl-Heinz Warnholz CDU	3175 C	– Drs 18/4859 –	3188 C
Beschlüsse	3175 D	Ralf Niedmers CDU	3188 C
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Dr. Monika Schaal SPD	3189 B
<b>Hamburger Bürger-Dialog – Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung</b>		Christian Maaß GAL	3190 C
– Drs 18/4688 –	3175 D	Beschlüsse	3191 A
Rüdiger Kruse CDU	3176 A	Antrag der Fraktion der SPD:	
Wolfgang Marx SPD	3177 A	<b>Menschliche Metropole: ein "Seniorenplan" für Hamburg</b>	
Dr. Willfried Maier GAL	3177 D	– Drs 18/4609 –	3191 B
Beschluss	3179 A	Petra Brinkmann SPD	3191 B, 3193 D
Große Anfrage der Fraktion der GAL:		Vera Antonia Jürs CDU	3192 A
<b>Kreative Stadtentwicklung: Die Potenziale Hamburgs</b>		Martina Gregersen GAL	3193 A
– Drs 18/4644 –	3179 A	Beschlüsse	3194 B
Claudius Lieven GAL	3179 A		
Dr. Natalie Hochheim CDU	3181 B		
Dr. Martin Schäfer SPD	3182 B		
Dr. Michael Freytag, Senator	3183 A		
Dr. Willfried Maier GAL	3184 A		
Beschluss	3184 C		
Senatsmitteilung:			
<b>Stärkung der Metropolregion Hamburg durch das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt"</b>			
– Drs 18/4497 –	3184 D		
Hans-Detlef Roock CDU	3184 D		
Ingo Egloff SPD	3185 C		
Claudius Lieven GAL	3186 B		
Dr. Michael Freytag, Senator	3187 A		
Beschluss	3188 B		
Besprechung erfolgt	3188 B		

A      **Beginn: 15.00 Uhr**

**Präsident Berndt Röder:** Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Heute beginne ich zunächst mit zweifachen Geburtstagsglückwünschen. Sie gehen zum einen an unsere Kollegin Marita Meyer-Kainer und zum anderen an unseren Kollegen Dr. Mathias Petersen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Frau Meyer-Kainer und lieber Herr Dr. Petersen, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen beiden herzlich zu Ihrem Geburtstag, wünsche Ihnen alles Gute für Ihr neues Lebensjahr und heute einen schönen Tag in unseren Reihen.

Mit Schreiben vom 14. August 2006 hat mir der Abgeordnete Thorsten Kausch mitgeteilt, dass er sein Bürgerschaftsmandat mit sofortiger Wirkung niederlege. Herr Kausch gehörte der Bürgerschaft seit dem 14. Oktober 2005 an, er war Mitglied im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie im Sonderausschuss Vernachlässigte Kinder. Die Bürgerschaft dankt Herrn Kausch für die geleistete Arbeit.

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist auf der Liste der CDU Frau Vera Jürs nachgerückt. Frau Jürs, ich begrüße Sie in unserer Mitte und wünsche Ihnen natürlich viel Freude an der neuen, bekannten Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen)

B      Wir kommen dann zur

**Aktuellen Stunde.**

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Hafenausbau: ohne die SPD?

von der SPD-Fraktion

Armutzeugnis für Hamburg – warum Kinder in der Politik des Senats nur Statisten sind

und von der GAL-Fraktion

Schwedischer Atomunfall offenbart Sicherheitsmängel: AKW Brunsbüttel abschalten!

Wir kommen zum ersten Thema und der Wortmeldung des Abgeordneten Ohlsen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

So, meine Damen und Herren, die Festivitäten zum Geburtstag bitte ich jetzt kurzfristig einmal einzustellen. Das Wort hat ausschließlich zunächst der Abgeordnete Ohlsen.

**Olaf Ohlsen** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Petersen, auch von mir natürlich herzliche Glückwünsche. Ich werde aber nicht umhinkommen, in meinem Beitrag doch einmal das eine oder andere negativ anzumerken, Herr Petersen. Ich bitte hier um Verständnis. Die Sommerpause ist vorbei und wir starten wieder durch, es nützt ja nichts.

Meine Damen und Herren, da hat Herr Dr. Petersen die Sommerpause zum Thema Hafen einmal wieder kreativ genutzt und einen Schnellschuss losgelassen, der den

C      Hafen verunsichert und insbesondere die dort arbeitenden Menschen sehr nachdenklich gestimmt hat.

Ich komme erstens zu diesem Punkt, Sie behaupten beispielsweise, der Hafen sei nicht effektiv genug und Sie nennen als Beispiel Umschlagzahlen, die Sie in Beziehung zu Größen aus Bremerhaven setzen. Nur sind diese Zahlen, Herr Petersen, falsch. Nimmt man die Umschlagsleistung, hier konkret der Umschlag in TEU pro laufender Kaistrecke in Metern von Bremerhaven *insgesamt* und nicht nur die eines einzigen Terminals, so liegt die Gesamtleistung Bremerhavens nur unwesentlich über der des Hamburger Hafens. Unter Berücksichtigung der zukünftigen Sonderinvestitionen über 750 Millionen Euro wird in den kommenden Jahren die umgeschlagene Menge je laufende Kaimeter hier in Hamburg deutlich höher liegen als in Bremerhaven.

Sie haben hier nach meiner Auffassung Äpfel mit Birnen verwechselt, Herr Dr. Petersen. Sie hätten für mich eigentlich jeden Hafenarbeiter fragen können, der hätte Ihnen gesagt, neue Kaimauern, neue Kaistrecken fördern natürlich auch mehr Umschlag. Also insofern ist die Rechnung einfach, hier aber eine Gemengelage herzustellen, ich denke einmal, das ist nicht redlich.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens, Herr Dr. Petersen, behaupten Sie, es würde kein Konzept zur Verbesserung der Infrastruktur des Hamburger Hafens vorliegen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Hafenbahn, deren Instandhaltung auf Grund umfangreicher Baumaßnahmen zügig vorangeht. Für die Straße als Stichwort seien hier nur das Großprojekt Finkenwerder Knoten und die Planung zur Hafenquerspanne genannt. Ich nenne Ihnen weiterhin die für die Schifffahrt wichtige Elbvertiefung und nenne Ihnen weiterhin Schiffbarkeit der Elbe. Das sind drei wesentliche grundsätzliche Themen, wo sehr konkrete Planungen vorliegen, die die Port Authority, aber insbesondere natürlich auch die Wirtschaftsbehörde federführend begleiten.

D      Drittens, Herr Dr. Petersen, auch mit der Aussage, Finanzsenator Peiner will den ausgebauten Freihafen an ausländische Investoren verkaufen, liegen Sie mit Sicherheit ganz falsch. Eine Entscheidung über eine Ausschreibung ist noch nicht gefallen und es wird auch keine Vergabe nach Gutsherrenart geschehen. Ich bitte allerdings in diesem Zusammenhang, da gestatten Sie mir eine persönliche Meinung und Auffassung, dieses sensible Thema über Planung Mittlerer Freihafen möglichst nicht in der Öffentlichkeit zu diskutieren, wenn es denn geht, weil hier sensible Dinge geschehen, wo Firmen verlagert werden, wo Arbeitsplätze sozusagen in Frage gestellt werden können und wo im Grunde genommen

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

natürlich auch Kunden betroffen sind, Herr Dressel, so sieht es aus.

(Beifall bei der CDU)

Der Hamburger Hafen, die Sicherung seiner Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklungschancen ist ein Schwerpunkt des Senates. Man hat fast den Eindruck, der Ausbau des Hafens findet ohne die SPD, zumindest ohne ihren Vorsitzenden, statt. Lieber Herr Dr. Petersen, nur weil in der Sommerpause weniger Mitarbeiter anwesend

- A sind, entbindet einen das nicht von sorgfältiger Recherche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, derartige Falschaussagen ihres Vorsitzenden nützen weder Ihnen noch dem Hafen, sondern schüren Verunsicherung und Missstimmung. Beides, meine Damen und Herren, können wir uns nicht leisten, ist doch der Hafen einer der wenigen Wirtschaftsbereiche in ganz Deutschland, der boomt, der uns Steuereinnahmen beschert und Arbeitsplätze sichert.

(Beifall bei der CDU)

– Ich komme dann zum Schluss, Herr Präsident.

Aber Gott sei Dank gibt es auch in der Hamburger SPD Kräfte, die die Entwicklung des Hafens richtig einschätzen. Ich hoffe sehr, dass diese ihren Chef dann bald einnorden, damit er wieder auf den Boden der Tatsachen kommt. Schuster, bleib' bei Deinen Leisten oder für diesen Fall, Doktor, Hände weg vom Hafen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

**Ingo Egloff** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Allein der Titel der Anmeldung für die Aktuelle Stunde ist der durchsichtige Versuch, der SPD hier zu unterstellen, sie stünde nicht mehr zum Hamburger Hafen. Das ist Unsinn, das wissen auch Sie. Deswegen weisen wir diesen Versuch auf das Schärfste zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wir Hamburger Sozialdemokraten haben uns immer zum Hamburger Hafen bekannt, das weiß die Stadt, das wissen die Bürger, das wissen die Hafenfirmen und das wissen insbesondere die Mitarbeiter im Hamburger Hafen, dass sie sich auf die Sozialdemokraten an dieser Stelle verlassen können.

Anders als Mitglieder Ihrer Partei, ich erinnere hier nur an Ihren Europaabgeordneten Jarzembowski, waren wir Sozialdemokraten gegen Port Package II. Hier in Hamburg, in Europa und auf Bundesebene haben wir gestanden, Sie haben nicht überall gestanden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es sind auch nicht Sozialdemokraten gewesen, die in dieser Stadt die Mehrheit der Hamburger Hafen und Logistik AG verkaufen wollten, sondern es war Ihr Bürgermeister und Ihr Finanzsenator, die diesen dilettantischen Versuch unternommen und den Hamburger Hafen nachhaltig geschädigt haben. Auch das ist festzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Der für den Hafen zuständige Senator Uldall hat daneben gestanden und hat nichts gesagt, entweder weil er nichts zu sagen hat oder weil er sich nicht getraut hat. Jedenfalls hätten wir von einem Senator, der für den Hamburger Hafen zuständig ist, an dieser Stelle mehr erwartet.

(Beifall bei der SPD)

C Worum geht es hier also? Es geht darum – ich denke, wir haben auch Veranlassung dazu – nach den Erfahrungen, die wir mit der Niedernfelder Durchfahrt oder mit der Hafenbahn gemacht haben, bei der Frage, was den Ausbau des Hafens angeht, das Geschäftsgebaren der HPA kritisch zu durchleuchten und zu begutachten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben im Wirtschaftsausschuss im Juni 2005 über die Frage der Entwicklung des Mittleren Freihafens diskutiert. Bewusst haben wir darüber diskutiert, weil uns damals schon die Alarmmeldungen von den Firmen aus diesem Bereich und auch von der Handelskammer erreicht haben. Seinerzeit wurde uns versichert, es sei alles gut. Man würde auf einem guten Weg sein, man würde mit den Firmen sprechen und man würde die Sachen alle regeln. Vor kurzem, im August 2006, mussten wir der Zeitung entnehmen, dass anscheinend nicht alles gut ist. Firmen aus dem Mittleren Freihafen, der größte Umschlagsbetrieb, der dort ansässig ist, beschwerte sich per Hamburger Abendblatt darüber, dass die Fragen nicht gelöst sind.

(Wilfried Buss SPD: Eine Firma!)

D Angesichts der Tatsache, dass auch nur sehr zögerlich und unter intensivem Nachfragen von Seiten der Wirtschaftsbehörde bekannt gegeben wurde, dass die Infrastrukturmaßnahmen dort mindestens 300 Millionen kosten und über die Umsiedlungskosten der ansässigen Firmen noch keine Aussage getroffen werden kann, müssen Sie uns doch zubilligen, dass wir bei dieser Frage nachbohren und sagen, was ist da eigentlich los? Wenn es darum geht, an dieser Stelle 300 Millionen, 400 Millionen oder vielleicht sogar 600 Millionen, wie man manchmal hört, in den Mittleren Freihafen zu investieren, ist doch die Frage interessant, wann macht man das? Muss man dieses tun, um das Ziel 2015 mit 18 Millionen TEU, wenn sie denn kommen, zu erreichen, oder haben wir zwei, drei Jahre länger Zeit? Das ist doch eine Frage, die angesichts der Finanzsituation dieser Stadt von erheblicher Bedeutung ist, weil der Hafen in Konkurrenz zu anderen Politikfeldern steht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dieser Senat von dieser Bürgerschaft verlangt, für den Ausbau des Hamburger Hafens in den nächsten Jahren über 1 Milliarde Euro zu bewilligen, dann – denke ich – haben wir ein Anrecht darauf, dass hier Klarheit herrscht. Dann haben wir auch ein Anrecht darauf, dass Klarheit darüber herrscht, wie die Umschlagsbetriebe organisiert sind und wie viel Container man da über die Kaimauer bringen kann. Wenn auch das dazu führt, dass die Ertüchtigungen der Terminals vielleicht schon ausreichend sind, um die 15 Millionen TEU zu bewältigen, dann hat auch das eine Auswirkung auf die Finanzlage dieser Stadt. Insofern sind die Fragen, die Herr Dr. Petersen in der Sommerpause aufgeworfen hat, richtige Fragen und der Senat muss die richtigen Antworten geben.

(Beifall bei der SPD – Bernd Reinert CDU: Bin ich nicht bange!)

Auf diese Antworten warten wir.

In der Großen Anfrage, die wir gestellt haben, hat er zu der Frage, ob ausgeschrieben werden muss, gesagt, das würde zurzeit geprüft. Aus dem Bereich der HPA hört man, man müsste ausschreiben. Der Senat sagt, es wird

A geprüft. Die Frage ist, wer macht hier eigentlich die Hafenpolitik? Machen das die Beamten der HPA oder macht das der Senator?

(Carola Veit SPD: Der doch nicht!)

Das ist die Frage, die sich hier stellt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir hier feststellen, dass es nicht um Peanuts, sondern um über 1 Milliarde Euro geht, dann – finde ich – ist es auch gerechtfertigt, dass wir uns über diese Fragen intensiv Gedanken machen. Wir Sozialdemokraten stehen zu diesem Hafen, wir werden auch Investitionsentscheidungen mittragen, aber sie müssen fundiert sein und sie müssen uns richtig erklärt werden und das sind Sie bisher schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GAL)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

**Jens Kerstan GAL:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der Hafen ist nur einer der Kernbereiche in Hamburg, ein Bereich, von dem rund 12 Prozent aller Arbeitsplätze in Hamburg abhängig sind. Der Hafen verschlingt allerdings den Löwenanteil der staatlichen Investitionsmittel, auch der Wirtschaftsförderung, obwohl die anderen Branchen mit 88 Prozent den Großteil der Arbeitsplätze in Hamburg stellen und diese zum Teil auch wesentlich arbeitsintensiver sind.

B (Michael Fuchs CDU: Das ist ja eine Logik!)

Vor diesem Hintergrund muss ich sagen, begrüßen wir von der GAL es, wenn die SPD sich Gedanken darüber macht, ob in Zukunft das Wachstum im Hafen und auch die Arbeitsplätze gesichert werden können und gleichzeitig ein größerer Spielraum für notwendige Investitionen und Maßnahmen in anderen Bereichen dieser Stadt gewonnen werden kann. Das ist eine notwendige Debatte.

Herr Egloff, wenn ich von Ihnen höre, dass auch Sie als wirtschaftspolitischer Sprecher jetzt fordern, dass ein größerer Beitrag der privaten Investoren zum Infrastrukturausbau in der Stadt notwendig sein soll, dass auch Mieten und Pachten erhöht werden sollen, so ist das ein ermutigendes Zeichen, denn wir erinnern uns bei den Grünen sehr genau, zu Zeiten der rotgrünen Koalition in dieser Stadt haben wir mit dieser Forderung bei der damaligen SPD auf Granit gebissen.

(Wolfhard Ploog CDU: Das waren schlimme Zeiten! – Gesine Dräger SPD: Das war ja auch schrecklich!)

Wenn alle diese Debatten, meine Damen und Herren, dann auch Eingang in Ihr Leitbild der Menschlichen Metropole finden sollten, dann könnte ich mir gut vorstellen, dass eine befriedende Debatte zwischen Ihrer Menschlichen Metropole und der kreativen Stadt, die wir als Leitbild für diese Stadt propagieren, stattfinden kann. Eins ist klar. In einer sich globalisierenden Weltwirtschaft, in der Kreativität und menschliches Wissen der entscheidende Produktionsfaktor ist, braucht Hamburg Investitionen nicht in mehr Beton, sondern in Köpfe.

(Beifall bei der GAL)

Darum muss es in Zukunft eigentlich Kernpunkt Hamburger Politik sein, kreative Köpfe, Menschen in dieser Stadt zu halten, anzuziehen und auszubauen. All das wird Geld kosten, Geld, das im Moment nicht zur Verfügung steht, das zum größten Teil im Hafen investiert wird. Wenn man Spielräume braucht, dann wird man um eine Neubewertung des staatlichen Finanzierungsanteils im Hafen nicht herumkommen.

Dass Sie von der CDU diese notwendige Debatte einfach für einen plumpen Angriff auf die SPD nutzen, zeigt eigentlich nur eins. Sie haben die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Michael Neumann SPD: Da kann ich auch klatschen!)

Es ist auch nicht so, dass die Sparbeiträge, die Sie von den Menschen in dieser Stadt, häufig von den Bedürftigsten, einfordern, Ausdruck Ihres Sparwillens sind. Letztendlich wollen Sie in den nächsten Jahren jedes Jahr 2,3 Prozent mehr ausgeben. Nein, das was Sie bei den Menschen einsparen, geht mehr oder weniger 1 : 1 in den Hafen.

Wenn Sie die SAGA zwingen, die GWG zu kaufen, dann bedeutet das nichts anderes, dass letztendlich die Mieter in dieser Stadt rund die Hälfte der Summe in Ihrem Sonderinvestitionsprogramm finanzieren müssen, das Sie zum größten Teil in den Hafen investieren wollen.

Letztendlich zeigt diese ganze Debatte, dass Sie mit Ihrer Politik nicht die Menschen in den Mittelpunkt stellen, dass Sie immer noch eine Betonpolitik ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Aspekte in den Mittelpunkt Ihrer Wirtschafts- und Verkehrspolitik stellen. Aus unserer Sicht ist das ein falscher Kurs und eine Zusammenarbeit mit Ihnen ist ohne grundlegende Änderungen auch in wirtschaftlichen Fragen für uns schwer vorstellbar. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt Senator Uldall.

**Senator Gunnar Uldall:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Ausführungen von Herrn Egloff und auch von Herrn Ohlsen haben gezeigt, dass wir uns in einem Punkt zumindest einig sind, dass der Hamburger Hafen der Beschäftigungsträger Nummer eins in Hamburg ist. Wir haben zum Ausbau des Hafens in Hamburg keine Alternative, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Dr. Willfried Maier GAL: Wer bezahlt es? Das ist die Frage!)

Ich werde in Kürze schon erneut sehr erfreuliche Zahlen über das Wachstum der Beschäftigung im Hamburger Hafen vorlegen können. Der Beschäftigungsaufbau geht sogar schneller als bei der sehr erfolgreichen Luftfahrtindustrie.

Wenn unser Geburtstagskind, dem ich auch von hier aus gratuliere, kürzlich die These aufgestellt hat, man brauchte den Ausbau des Hafens im Mittleren Freihafen deswegen nicht, weil es einfach möglich wäre, durch eine verbesserte Effizienz den Umschlag von 18 Millionen TEU in 2015, den wir angepeilt haben, dann muss ich

C

D

A eindeutig sagen, Herr Petersen, dieses wird nicht möglich sein.

Der Hamburger Hafen ist effizient, weil wir Tophafenarbeiter haben, weil wir Topunternehmer haben, weil wir eine Toplage als Hansestadt Hamburg haben.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Trotz Ihrer Leistung!)

Wenn wir in dieser Situation jetzt einfach sagen, ein weiterer Ausbau des Hafens kommt nicht in Frage, dann ist dieses ein negatives Signal an die Reedereien, die weltweit operieren und für die Zukunft wissen wollen, wie der Hamburger Hafen seine Kapazitäten ausbaut.

Sie wollen Bürgermeisterkandidat für Hamburg werden. Dann dürfen Sie in einem solchen Punkt keine Unklarheit im Raum stehen lassen, sondern Sie müssen sich definitiv hinter den Hamburger Hafen stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der Hamburger Hafen wächst, meine Damen und Herren. Er wächst deswegen schneller als der Hafen in Bremen oder als der Hafen in Rotterdam, weil der Hamburger Hafen effizienter ist, als Sie es behauptet haben.

(*Ingo Egloff SPD*: Weil die SPD den Ausbau so gut vorangetrieben hat, Herr Uldall!)

Damit wird Ihre Aussage, Herr Petersen, durch die reale Entwicklung widerlegt.

B Wir wollen in drei verschiedenen Schritten vorgehen. Zunächst einmal Optimierung auf den vorhandenen Containerterminals, das Zweite ist Ausbau dieser Containerterminals, als Drittes ein neues Terminal. Wir müssen in diesen Schritten vorgehen. Wenn wir heute sagen würden, nein, wir beginnen nicht mit den Planungen für den Mittleren Freihafen, dann kann es sein, dass wir in einigen Jahren durch das Wachstumtempo überholt werden. Das würde mich dann fatal an die Situation erinnern, die ich 2001 vorgefunden hatte, als man von Planzahlen für den Hafenumschlag im Jahre 2010 ausging, die aber bereits im Jahre 2003 überholt waren.

Meine Damen und Herren, wenn wir feststellen, dass die entsprechenden Zuwächse im Hamburger Hafen nicht eintreten werden, dann können wir jederzeit die Baumaßnahmen aufschieben, drosseln. Wenn wir heute aber nicht anfangen zu planen, dann werden wir diese Verzögerung nie wieder einholen. Deswegen müssen wir heute mit den Planungen beginnen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Vor nicht langer Zeit hat sich Herr Petersen gegen die Elbphilharmonie gewandt. Heute wendet er sich gegen den Ausbau des Hafens.

(*Ingo Egloff SPD*: Das tut er doch gar nicht! – Zurufe von der SPD)

Mein Appell an die Sozialdemokraten geht dahin, dass sie das, was über viele Jahre in Hamburg Usus gewesen ist, dass sich die führenden Kräfte aus Regierung und Opposition in einem einig sind, nämlich, dass der Hafen gefördert werden muss, das wir diese gemeinsame Position auch in Zukunft einnehmen.

(Beifall bei der CDU)

C **Präsident Berndt Röder:** Das Wort erhält die Abgeordnete Ahrons.

(*Doris Mandel SPD*: Ihr wart gegen den Ausbau von Altenwerder!)

**Barbara Ahrons CDU:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Nach der Rede von Herrn Egloff frage ich mich wirklich, wer spricht eigentlich in der SPD verbindlich für das Thema Wirtschaft und Hafen, Herr Egloff als wirtschaftspolitischer Sprecher oder Herr Dr. Petersen als SPD-Landesvorsitzender?

Herr Egloff hat das eben versucht einigermaßen in Relation zu stellen. Wir haben über viele Jahre innerhalb der Bürgerschaft eine Große Koalition für den Hafenstandort Hamburg gehabt – Fahrinnenanpassung, Port Authority, Hafenquerspange und vieles mehr.

Wollen Sie, Herr Dr. Petersen, diese Koalition jetzt aufkündigen? Wie passt denn Ihre Position überhaupt noch dazu, Herr Egloff? Sie haben das eben versucht darzustellen, aber ich glaube das ist bei uns noch nicht so richtig angekommen.

(*Ingo Egloff SPD*: Das haben Sie nicht verstanden, Frau Ahrons!)

Herr Egloff, Sie haben in der Bürgerschaftssitzung am 22. Juni 2005, das haben Sie eben angesprochen, zum Mittleren Freihafen gesagt, ich zitiere:

"Wenn bei den Firmen die Kunden auflaufen und fragen, ob sie denn noch eine Zukunft hätten, ob es denn noch weitere Investitionen in diesem Bereich gebe, ob der Standort gesichert sei, bedeutet dies auch Unsicherheit für Arbeitsplätze und Unternehmer in dieser Stadt."

D Nun stellt Herr Dr. Petersen den Konsens in der Frage des Ausbaus des Mittleren Freihafens in Frage. Damit verunsichert er nicht nur die Unternehmer und Mitarbeiter vor Ort, sondern auch deren Kunden und potenzielle Investoren. Weil eben hier deren Zukunft zum Spielball von politischen Profilierungsversuchen des Herrn Dr. Petersen wird. Das ist das traurige Bild.

Als Politiker tragen wir Verantwortung für den Hafen. Dieses wollen wir auch wahrnehmen, haben Sie, Herr Egloff, ebenfalls am 22. Juni 2005 gesagt. Ich habe die Bitte, nehmen Sie diese Verantwortung nun wahr, Herr Egloff und Herr Dr. Petersen.

Ihr Vorschlag, Herr Dr. Petersen, Haushaltsmittel nicht in den Mittleren Freihafen zu investieren, sondern stattdessen in Forschung, beweist doch, dass Sie keinerlei Sachverständnis von Hafen- und Wirtschaftsfragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Was ist alleine im Containerbereich und in der Logistik hier weiterentwickelt worden?

Auch Ihre Unterstellung, dass ein Konzept für die Infrastruktur fehle, dokumentiert Ihre Unkenntnis. Erst 2005, und an der Sitzung haben Sie auch teilgenommen, wurde von der Bürgerschaft der Hafenentwicklungsplan beschlossen. Mehr als 750 Millionen Euro, darauf hat Herr Ohlsen schon hingewiesen, werden in den nächsten Jahren in den Hafen investiert.

Ich glaube, Sie sollten einmal eine Linie in Ihrer Politik bekommen, meine Damen und Herren von der SPD,

A sonst sinken Ihre Umfragewerte nämlich noch unter die 25 Prozent.

(Beifall bei der CDU)

Herr Egloff, nehmen Sie wieder das Ruder für den Hafen in die Hand und lassen Sie Herrn Petersen an Land.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Petersen.

**Dr. Mathias Petersen** SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Erst einmal herzlichen Dank für die Glückwünsche. Wir haben heute das Thema, wie geht es mit dem Hafen weiter? Da muss man erst einmal feststellen dürfen, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür gesorgt haben, dass der Hafen so gut dasteht, wie er jetzt dasteht.

(Beifall bei der SPD)

Die Namen Helmuth Kern und Thomas Mirow möchte ich nur beispielhaft nennen. Wenn man davon ausgeht, dass wir jetzt den Hafen erweitern müssen, dann möchte ich von Ihnen, Herr Senator Uldall, erst einmal, dass Sie den Hafen jetzt in Ordnung bringen und dafür sorgen, dass die Infrastruktur so ist, dass es funktioniert. Allein die vorgesehenen zwölf Millionen TEU pro Jahr in 2009 sind bei den jetzigen Infrastrukturmaßnahmen nicht gewährleistet und da haben Sie Ihre Hausaufgaben zu machen, und zwar jetzt und sofort für den Hafen in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

B Wenn es um weitere Investitionen in den Hafen geht, Herr Kerstan hat das angesprochen, ist erst einmal die Frage gestellt, ob das betriebswirtschaftlich überhaupt notwendig ist.

Da ist die Antwort aus den Hafenbetrieben ganz klar. Wenn es dort um eine Optimierung der Kapazitäten geht, dann sind die Hafenbetriebe HHLA und EUROKAI durchaus in der Lage, in 2015 18 600 000 TEU umzusetzen. Das sind die Aussagen. Wenn Sie mit den Herren gesprochen hätten, wüssten Sie es auch, Herr Uldall. Scheinbar haben Sie es nicht getan, holen Sie es bitte nach.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir brauchen den Mittleren Freihafen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zwingend sofort auszubauen. Dann kann man doch fragen, wenn die Mieterinnen und Mieter von SAGA und GWG dieses finanzieren müssen, warum?

(Barbara Ahrons CDU: Was ist denn das für ein Zusammenhang? – Zurufe von der CDU)

– Weil die es finanzieren. Frau Ahrons, das haben Sie noch nicht verstanden.

(Barbara Ahrons CDU: Sie wollen diesen Zusammenhang konstruieren!)

– Das ist so, leider, dass die Mieterinnen und Mieter von SAGA und GWG dieses investieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das Ergebnis wird sein, wenn man sich fragt, warum wollen Sie das denn, den Mittleren Freihafen jetzt aus-

bauen, da ist der Verdacht bei mir sehr nahe, Sie möchten gerne privatisieren. Sie möchten gerne den Mittleren Freihafen an einen dritten Anbieter verkaufen. Das bedeutet, wenn man sich fragt, – die Kapazitäten werden ja nicht mehr – woher hat ein dritter Anbieter diese Kapazitäten, natürlich von der HHLA und von EUROKAI, wir schwächen unsere eigenen Unternehmen, wenn sie den Mittleren Freihafen verkaufen wollen. Das wollen wir nicht, wir wollen nicht, dass unsere eigenen Unternehmen wie die HHLA geschwächt werden, und das haben Sie gerade vor.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben beim Port Package zusammen mit den Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeitern demonstriert, dass diese unnötze Norm, die von Ihrem Herrn Jarzemowski nach vorne gebracht worden ist, nicht umgesetzt wird. Damals haben Sie gesagt, das ist richtig, wir wollen nicht diese Privatisierung im Hafen haben. Sie gehen aber gerade mit großen Schritten voran. Sie wollen die HHLA verkaufen, Sie haben Banken beauftragt, dieses in Angriff zu nehmen. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass unser Hafen in Hamburg und die HHLA in der Hand der Hamburgerinnen und Hamburger bleibt. Das ist unser Goldesel, das soll auch für unsere Kinder und Enkel noch unser Goldesel sein. Da wollen wir keine Privatisierung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die HHLA muss in der Hand der Hamburgerinnen und Hamburger bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Da stehen wir zu den Hafenarbeiterinnen.

(Zurufe von Rolf Harlinghausen und Olaf Ohlsen, beide CDU)

Ich kann Ihnen jetzt schon versprechen, wenn Sie dieses angehen, werden wir mit den Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeitern zusammen auf die Straße gehen

(Zurufe von der CDU – Wolfhard Ploog, Olaf Ohlsen und Frank-Thorsten Schira, alle CDU: Jawohl!)

und deutlich machen, wir stehen zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Hafen und Sie nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von Olaf Ohlsen CDU)

– Herr Ohlsen, ich weiß doch, dass bei Ihnen in der Fraktion diese Diskussionen geführt werden, dass Sie nicht die Privatisierung und den Verkauf des Mittleren Freihafens wollen. Sie wissen es doch selber auch, dass das nicht funktionieren kann. Nur, Sie haben keine Mehrheit in der Fraktion.

(Glocke – Olaf Ohlsen CDU: Bauen Sie doch keinen Popanz auf!)

Wir stehen zu dem Hamburger Hafen, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Reinert.

**Bernd Reinert** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Sommer dieses Jahres, wenige Tage, bevor Herr Dr. Petersen sich zum Hamburger Hafen äußerte, wurden neue Rekordmeldungen aus dem Hamburger

A Hafen bekannt, was die Zuwachsrate beim Umschlag, insbesondere auch beim Containerumschlag, angeht. Wenn diese Entwicklung so anhält, dann sind auch die Wachstumsprognosen, die wir aus Bremen erhalten haben, schon sehr schnell wieder überholt und würde einen noch stärkeren Ausbau des Hafens erforderlich machen. Daher ist es auch völlig richtig gewesen, dass die SPD im Sommer dieses Jahres eine Große Anfrage zur Entwicklung des Hamburger Hafens gestellt hat.

(*Ingo Egloff SPD*: Ist leider nicht richtig, die ist schon beantwortet worden!)

– Lieber Herr Egloff, Sie hätten diese Antwort des Senats freundlicherweise auch Ihrem Landesvorsitzenden zur Verfügung stellen sollen, bevor er sich zur Hafenpolitik äußerte.

(Beifall bei der CDU)

Wenn er sich im Täglichen Hafenbericht oder im NDR in dem Sinne äußert, dass eine grottenschlechte Hafenpolitik betrieben werde, dann – und Herr Egloff ist hier mein Zeuge – sollten wir gern eine der wesentlichen Stimmen aus dem mittleren Freihafen hierzu zitieren. Wir haben zusammen mit Herrn Dr. Killinger bei Schalthoff gesessen und er hat gesagt – ich zitiere:

"Bei der Hafenpolitik ist der Senat auf dem richtigen Wege."

Und der Mann hat Recht.

(Beifall bei der CDU)

B Wenn Herr Dr. Petersen die Effektivitätssteigerung an allen Terminals pro Meter Kailänge fordert, dann schauen wir uns doch einmal an, was in der Antwort auf die Kleine Anfrage steht.

(*Ingo Egloff SPD*: Große, Große Anfrage!)

Am Burchardkai – so steht es dort drin, Herr Egloff – bis 2012 mehr als Verdoppelung der Leistungsfähigkeit, bei Eurogate bis 2009 eine erhebliche Steigerung, Tollerort wiederum Verdoppelung bis 2009 und Altenwerder wird den von Herrn Dr. Petersen geforderten Wert von 2000 Containern pro Meter Kailänge schon in 2007 erreicht beziehungsweise überschritten haben. Nur mit Ihren Effektivitätssteigerungen kommen Sie nicht aus, weil wir und die Containerterminalbetreiber diese sowieso durchführen. Worauf es uns ankommt, ist, dass wir für eine weitere positive Entwicklung des Hamburger Hafens vorbereitet sind, weil dadurch neue Arbeitsplätze entstehen. Sie sind immer nur diejenigen, die erklären, dass es darum geht, bestehende Arbeitsplätze zu verteidigen. Sie können sich überhaupt nicht vorstellen, dass auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Mit unserer Politik hier in Hamburg schaffen wir Arbeitsplätze und sind wir erfolgreich. Daher werden wir auch bei dem Ausbau des mittleren Freihafens vorangehen, um vorbereitet zu sein. Begründen Sie bitte einmal, weshalb Sie an einer Stelle erklären, dass man den mittleren Freihafen nicht auszubauen braucht – so steht das im Täglichen Hafenbericht –, Herr Egloff sagt, dass man das verschieben müsse und Herr Dr. Petersen heute behauptet, zum jetzigen Zeitpunkt sei es nicht zwingend, dass ausgebaut werde. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es zwingend, dass man die nötigen Vorbereitungen trifft und die treffen wir.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Berndt Röder**: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff. C

**Ingo Egloff** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur eine kurze Anmerkung: Frau Ahrons, wer die Firmen im mittleren Freihafen verunsichert, das ist Ihr Senat. Der Senat kommt nämlich mit seinen Planungen nicht in die Hufe und daher wissen sie nichts und wenn Sie den Artikel von Herrn Dr. Killinger im Abendblatt gelesen hätten, dann hätten Sie feststellen können, dass ihm die Kunden wegen dieser Unsicherheit abgesprungen sind. Das ist das Ergebnis Ihrer Hafenpolitik.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das ist alles dummes Zeug! – Beifall bei der SPD)

– Das ist keines dummes Zeug, Herr Ohlsen, sondern das hat er dort so ausgeführt und das wissen wir auch aus den Gesprächen mit ihm.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Sie müssen nicht alles auf die Goldwaage legen!)

– Ja, hier soll man das nicht auf die Goldwaage legen, Herr Ohlsen, aber Sie fangen an, irgendwelchen Unsinn über die SPD zu erzählen, was wir so hinnehmen sollen.

Niemand bestreitet, dass man für die Zukunft planen muss. Aber ich sage es nochmals: Wenn man 600 Millionen Euro in dieses Projekt investieren will,

(*Bernd Reinert CDU*: 1 Milliarde!)

dann muss man sich überlegen, zu welchem Zeitpunkt das vorgenommen wird. Nur darum geht es und das haben Sie nicht begriffen. Hier haben Sie bisher nicht Ihre Hausaufgaben gemacht.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Berndt Röder**: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema sehe ich nicht.

D Dann rufe ich das zweite von der SPD-Fraktion angemeldete Thema auf:

**Armutzeugnis für Hamburg – Warum Kinder in der Politik des Senates nur Statisten sind**

Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Hilgers.

**Dr. Andrea Hilgers** SPD: Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schnieber-Jastram lässt sich bei ihren Kita-Besuchen gern auf Fotos von Kindern einrahmen. Sie macht sie zu Statisten ihres Auftritts, aber die Probleme der Kinder und ihrer Familien interessieren sie nicht.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Die Kinder wollen Sie ja auch nicht auf dem Foto haben! – Beifall bei der SPD)

Gesamtverantwortung für diese Stadt heißt, Verantwortung für das prosperierende, für das boomende, sich gut entwickelnde Hamburg zu tragen. Gesamtverantwortung für diese Stadt und für dieses Gemeinwesen heißt aber auch, Verantwortung für die Entwicklung der Stadtteile zu tragen, die Sie Stadtteile mit sozialen Problemlagen nennen, beispielsweise für die Familien und insbesondere für die Kinder aus Billstedt, Billbrook, Dulsberg, Horn,

A Jenfeld, Lohbrügge, Lurup, Rothenburgsort, St. Georg, St. Pauli, Steinshoop, Veddel und Wilhelmsburg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Diese Verantwortung nimmt dieser Senat nicht wahr. Er blendet sie nicht nur systematisch aus, sondern er verschärft dort auch die Probleme.

Nach vier Jahren verfehlter Politik für Kinder und Familien fällt dem Finanzsenator im MOPO-Interview auf, dass man Familien zu stark belastet habe. Dass, Herr Finanzsenator, ist der blanke Hohn und ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Michael Neumann SPD: Frechheit!*)

Sie haben zu verantworten, dass die Zahlen im geförderten Wohnungsbau in den Keller gehen. Sie haben die Arbeitsmarktmittel auf einen mikroskopischen Rest geschrumpft. Sie haben die Kinderkuren eingestampft, das Sozialticket gestrichen und Sie überziehen alle Eltern mit einer beispiellosen Gebührenkeule.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Sie haben alle Familien belastet, aber in den Stadtteilen mit sozialen Problemlagen nehmen Sie die Kinder für die Lebenslage ihrer Eltern in Geiselhaft.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch und Manuel Sarrazin, beide GAL*)

Und das, obwohl nach heutigem Kenntnisstand nichts wichtiger ist, als frühe Förderung von Kindern. Hier kann der fatale Zusammenhang von Armut und Bildungsarmut aufgebrochen werden. Kitas sind hierfür der entscheidende Ort, die Chancengleichheit von Kindern aus bildungsfernen Schichten zu erhöhen, Sprachförderungen und Integration zu leisten.

Gerade im Elementarbereich bei den Drei- bis Sechsjährigen verschleieren Sie, Frau Schnieber-Jastram, durch eine trickreiche Berechnung bei der Versorgung, dass ein Fünftel der Kinder in den Gebieten mit sozialen Problemlagen vor der Schule keine Teilhabe an frühkindlicher Bildung haben. Und das ist schlimm.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie decken mit den Zahlen aus unserer Großen Anfrage auf, dass in diesen Gebieten die Versorgung mit Krippenplätzen im Kita-Gutscheinsystem seit 2002 um ein Drittel und die Hortversorgung um ein Fünftel schlechter geworden ist, als in den übrigen Stadtteilen Hamburgs. Aus Ihren Zahlen wird auch deutlich, dass es im Elementarbereich seit 2002 ein Drittel weniger Ganztagsplätze gibt. Sie lassen die Kinder allein.

(Beifall bei der SPD)

Frau Senatorin, Sie kennen diese Zahlen. Sie wissen, was Sie hier angerichtet haben. Das macht die unverschämte Kommentierung aus Ihrem Hause deutlich. Dort heißt es, dass Sie lieber mehr Kinder kürzer als weniger länger betreuen wollten. Falsch, Frau Senatorin, entscheidend ist der individuelle Förderbedarf der Kinder, und zwar unabhängig von der Lebenslage der Eltern. Kitas gibt es nicht nur, weil die Eltern Betreuung im Umfang ihrer Berufstätigkeit brauchen, sondern Kitas gibt es auch als notwendige Ergänzung familiärer Erziehung und als eigenständige Bildungseinrichtung im vorschulischen Bereich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Weiter heißt es, Frau Senatorin, dass man Sprache auch auf der Straße lernen könne. Falsch, Frau Senatorin, man lernt zwar auf der Straße vieles, vor allem Unfug, aber nicht die Sprache, jedenfalls nicht so, dass man dem Unterricht folgen kann und nicht so, dass man von Anfang an mitkommt.

Zum Thema der wachsenden Verschuldung von Eltern bei Kitas heißt es lapidar aus Ihrer Behörde: Wer Leistung will, muss sie auch bezahlen. Falsch, Frau Senatorin, Kinder können nicht warten, bis sich die finanzielle Lage ihrer Eltern gebessert hat. Prioritär und unabhängig vom Einwirken auf die Eltern muss den Kindern geholfen werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Im Zentrum muss stehen, welche Kinder so früh wie möglich so viel individuelle Förderung wie nötig brauchen. Für diese Positionen haben sich in den letzten Tagen in den Hamburger Medien viele Zeugen und viele Organisationen angesprochen gefühlt und hierfür möchte ich mich bedanken. Aber das perlt an Ihnen ab, wie das Wasser in der Teflonpfanne. Sie merken nichts.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Glocke*)

**Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Sie müssen zum Schluss kommen.

D

**Dr. Andrea Hilgers** (fortfahrend): Was tun Sie für diese Kinder, Frau Senatorin? Ankündigungen über Ankündigungen. Sie haben keine Lösung, nicht einmal Ansätze. Sie sind ein Teil des Problems. Das ist Ihr Armutszeugnis. Nehmen Sie Ihre Gesamtverantwortung und die Probleme dieser Kinder wahr. Lassen Sie diese Kinder nicht allein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Strasburger.

**Stefanie Strasburger** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Damen und Herren der Opposition werden nicht müde, das Thema Kinder im Allgemeinen und das Thema Kita im ganz Besonderen hier auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das heute von der SPD angemeldete Thema, für den Senat seien Kinder nur Statisten, ist nun wirklich eine echte Groteske.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD: Hat Herr Dr. Peiner belegt!*)

Nach den letzten Umfragewerten kommen Sie mir langsam wie die Statisten in dieser Stadt vor.

(*Bernd Reinert CDU: Richtig!*)

Liebe SPD, für Sie einmal ganz deutlich: Kinder sind unsere Zukunft, und zwar für alle.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Dr. Mathias Petersen SPD*)

– Alle Kinder, Herr Dr. Petersen. Das sehe ich genauso.

A Niemand darf sich anmaßen, zu sagen, dass bei dem einen gefördert werden soll und bei dem anderen nicht. Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen bestmöglich fördern.

(*Christiane Blömeke GAL*: Jetzt aber mal los!)

Bei Menschen, die es nicht allein schaffen, sich qualitativ und befriedigend um ihre Kinder zu kümmern, müssen wir Hilfe leisten.

Liebe SPD, das hat die CDU sehr wohl begriffen. Daher ist zu unserer Regierungszeit so viel für Kinder und Jugendliche passiert,

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Ja, genau!)

wie zu kaum einer anderen Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Die vielen positiven, neuen und innovativen Angebote sowohl für Kinder als auch Familien heute hier zu benennen, ist kaum möglich.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Schulbuchgebühr!)

Aber ich möchte doch einen kleinen Überblick geben, der, ohne vollständig zu sein, die gemeinsame Arbeit mit dem Senat aufzeigt.

Wir haben den Etat im Kitabereich um 40 Millionen Euro erhöht

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Abgesenkt!)

und können über 4000 Kinder mehr betreuen, als zu SPD-Zeiten. Seit 2002 gibt es im Saldo 25 neue Kitas.

B Innovativ und in großer Trägervielfalt mit verschiedenen Betreuungskonzepten hat sich die Trägerlandschaft positiv verändert. Dieses wirkt sich vor allem auf die Familien aus, die nun ganz nach ihren Ideen und Wünschen den Träger nach Konzept und Standort frei wählen können.

Unter der CDU-Regierung ist das Gutscheinsystem eingeführt worden. Über die Vorteile des Systems brauche ich Sie wohl nicht aufzuklären. Die Vorteile kennen Sie selber.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Die Nachteile vergessen Sie!)

Wir haben den Rechtsanspruch sowohl im Elementarbereich als auch bei der Betreuung von null- bis vierzehnjährigen Kindern, deren Eltern berufstätig sind oder sich in Ausbildung befinden, umgesetzt.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Null bis zwölf!)

Im Elementarbereich haben nun alle Kinder, unabhängig von der Berufstätigkeit ihrer Eltern, einen Anspruch auf eine fünfstündige Betreuung mit Mittagessen. Hier ist Hamburg führend von allen westdeutschen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU)

In Hamburg nehmen das über 17 000 Kinder in Anspruch und davon 7500 Kinder mit Mittagessen. Diese Extraleistung lässt sich der Senat 65 Millionen Euro kosten.

(*Carola Veit SPD*: Haben Sie nicht zugehört?)

– Doch, ich habe zugehört. Hören Sie mir einfach zu, Frau Veit. Sie sind gleich an der Reihe. Dann können Sie antworten.

(Beifall bei der CDU)

C

Das Mittagessen kostet die Eltern 13 Euro im Monat. Großes Geschrei um diese 13 Euro,

(*Christiane Blömeke GAL*: Ja, Sie nicht!)

Also 60 Cent pro Essen. So günstig kann niemand zu Hause für seine Kinder kochen.

Ein weiterer Rechtsanspruch besteht zum Wohl und zum Schutz von Kindern, die – und jetzt hören Sie bitte gut zu – einen dringenden sozial und pädagogisch bedingten Betreuungsbedarf haben, unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern.

Wir stärken die Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, sowie alle Alleinerziehenden und schaffen somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir schützen die Kinder, die aus Familien kommen, in denen man sich nicht vernünftig um die Kinder kümmern kann.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Das ist mir neu!)

– Herr Kienscherf, Sie können sich auch gleich zu Wort melden.

(Glocke)

**Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Die Gelegenheit wird ihm gleich gegeben. Sie müssen zum Schluss kommen.

**Stefanie Strasburger** (fortfahrend): Das ist sehr schade.

(Heiterkeit bei der CDU – Glocke)

D

**Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Aber es ist die Wahrheit, Frau Abgeordnete, einen Satz bitte.

(*Gesine Dräger SPD*: Welchen?)

**Stefanie Strasburger** (fortfahrend): Hier von einer stiefmütterlichen Behandlung von Kindern in der Senatspolitik zu sprechen, zeugt von wenig Sachverstand und von viel Populismus. Und eines noch: Hamburg ist eine wachsende Metropole.

(Glocke)

**Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist bei weitem überschritten.

(Beifall bei der CDU)

Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

**Christiane Blömeke GAL**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Strasburger, zum Glück werden wir nicht müde, dieses Thema der benachteiligten Kinder in Hamburg immer wieder anzusprechen. Die Kinder haben keine Lobby, weder bei Ihnen, noch beim Senat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Geradezu zynisch finde ich Ihre Äußerung, 13 Euro Mittagsgelderhöhung, was ist das schon? So günstig essen die Kinder nicht zu Hause. Bei Ihnen sind 13 Euro vielleicht kein Thema. Für Menschen, die wenig Geld zur Verfügung haben, ist das 50 Prozent mehr, als sie sonst

A in der Kita bezahlen müssen. Das ist eine verdeckte Erhöhung des Elternbeitrages.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn man Sie so reden hört, Frau Strasburger, – und Sie haben keinen Bonus mehr,

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das meinen Sie wohl nicht ernst! – Zurufe von der CDU)

dass Sie erst seit zwei Tagen die neue jugendpolitische Sprecherin sind – ...

(Glocke)

**Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren, ein bisschen Mäßigung bitte. Fahren Sie fort.

**Christiane Blömeke** (fortfahrend): ... wenn man Sie so reden hört, kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie seit zwei Jahren mit mir gemeinsam in diesem Familienausschuss sitzen. Alle Debatten scheinen an Ihnen vorbeigegangen zu sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass jedes fünfte Kind in Hamburg in Armut lebt?

(*Karen Koop CDU*: Von Sozialhilfe leben, heißt nicht in Armut leben!)

Das sind 51 000 Kinder und mehr als in Ostdeutschland. Dort sind es neun Kinder und höher als der westdeutsche Bundesdurchschnitt.

B (*Stefanie Strasburger CDU*: Was ist denn das für eine Statistik?)

Frau Senatorin, ich verstehne, dass Sie diese Zahlen noch nie in der Öffentlichkeit genannt haben. Sie passen auch nicht in das CDU-Konzept, bei dem Hamburg gern als Glanz und Gloria-Stadt dargestellt wird. Nein, hier passen diese alarmierenden Zahlen nicht hinein.

Armut im reichen Hamburg. Was bedeutet das für den Alltag dieser Kinder? Für diese Kinder ist vieles tabu, was für andere selbstverständlich ist. Musik- und Turnunterricht, Schwimmbad- und Zoobesuch, Klassenreisen, Ausflüge sowie Nachhilfeunterricht. Das alles ist unbestimmt.

(Zuruf von *Lydia Fischer CDU*)

– Wenn Sie sich so echauffieren, warum sind Sie im Ausschuss dann immer so ruhig? Machen Sie doch dort einmal den Mund auf und diskutieren Sie mit uns.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich kann Ihnen noch einiges mehr erzählen. Es sind nicht nur die materiellen Dinge, die diesen Kindern fehlen. Wer arm ist, ist auch häufiger krank und psychisch belastet. Diese ganze Armut zieht einen Rattenschwanz hinter sich her.

Frau Dr. Hilgers hat die Auswirkungen der Kita gerade richtig beschrieben. Kinder bis drei Jahren aus armen Elternhäusern haben gar keinen Kita-Platz, weil meistens ein Elternteil zu Hause ist. Zwischen drei und sechs Jahren haben sie nur einen Halbtags-Kita-Platz. Ihre Schulpflicht und ihr Schulabschluss sind vorprogrammiert. Sie enden meistens ohne Schulabschluss auf den sogenannten Rest-, Förder- oder Hauptschulen. Bei dieser Aus-

grenzung ist es nicht verwunderlich, wenn diese Kinder reagieren, nämlich mit Aggressionen, Gewalt und Kriminalität.

Und in dieser Folge tragen sie genau zu dem bei, wo auch immer wieder Herr Dr. Peiner erklärt, dass es nicht angehen kann, dass die Hilfen zur Erziehung ins Unermessliche wachsen. Woher kommt denn das? Das ist Ihre verfehlte Politik für die Kinder in der Kita und in der Schule.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich sage das an dieser Stelle ganz deutlich. Wir haben es hier mit einem gesellschaftlichen Problem zu tun, dessen Ausmaß dieser Senat völlig verkennt. Die Armut in der reichen Stadt Hamburg ist die Kehrseite der wachsenden Stadt Hamburg.

(*Stefanie Strasburger CDU*: So ein Blödsinn!)

Diese Kinder sind nicht einmal mehr Statisten. Statisten spielen im Film eine ganz besonders wichtige Rolle. Nein, diese Kinder kommen gar nicht erst vor. Sie werden vom Senat ignoriert, Frau Strasburger, weil sie nicht in Ihre Hochglanzbroschüren Hamburgs passen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Lediglich einige dramatische Einzelfälle von vernachlässigten Kindern reißen den Senat aus seiner Lethargie. Es geht hier aber nicht um Einzelfälle, sondern um den ganz banalen Alltag von 50 000 Kindern und wahrscheinlich mehr, die hier in Hamburg auf der Verliererseite stehen.

Was macht unser Bürgermeister? Er verspricht im Februar dieses Jahres vollmundig: Kein Kind darf durch den Rost fallen. Das ist sowieso eine sehr komische Assoziation, Kinder mit Rost in Verbindung zu bringen. Und noch dazu liefert er sich ein sportliches Wettrennen mit seiner Sozialsenatorin nach dem Motto: Wer besucht die meisten Kitas oder die Mittagstische in den sozialen Brennpunkten? Die Senatorin singt ein Lied mit den Kindern und der Bürgermeister isst selbstgebackene Pfannkuchen.

(*Michael Neumann SPD*: ... den Kindern weg!)

Wenn ich diese Kitas besucht habe, dann habe ich andere Dinge mitgenommen, als ein fröhliches Lied oder einen vollen Bauch. Ich habe genau die Dinge erfahren, die Frau Dr. Hilgers genannt hat, nämlich, wie benachteiligt die Kinder in den sozialen Brennpunkten sind, wie Eltern sich verschulden und dass es in Hamburg sogar Kinder gibt, die aufgrund der Verschuldung ihrer Eltern aus der Kita zwangsabgemeldet werden müssen. Haben Sie das auch erfahren?

(*Stefanie Strasburger CDU*: Das hat überhaupt nichts mit dem Finanziellen zu tun!)

– Genau das ist das Thema, Frau Strasburger.

(Glocke)

Der Senat und die Fachbehörde höhlen sich nämlich genau wie Sie zu diesem Problem ins Schweigen ...

(Glocke)

**Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen.

A **Christiane Blömeke** (fortfahrend): ... und demonstrieren Ihre Untätigkeit. Hier haben Sie ein großes Handlungsfeld. Fangen Sie an, zu handeln. Dann wären wir in dieser Stadt ein Stück weiter.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt Frau Senatorin Schnieber-Jastram.

**Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines möchte ich vorweg ganz deutlich sagen: Noch nie, wirklich noch nie haben Kinder und Familien in Hamburg einen so hohen Stellenwert gehabt, wie bei dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der GAL)

Kein Senat wie dieser hat so viel für Familien und Kinder getan.

(Beifall bei der CDU – Luisa Fiedler SPD: Nicht für die armen Kinder!)

Kinder verdienen unseren Schutz und es ist mir ein Herzensanliegen, sie bei einem guten Start ins Leben zu unterstützen. Das legen die Maßnahmen und die Projekte des Senats in den vergangenen Jahren ganz eindeutig dar. Hierfür will ich Beispiele nennen.

Um Kinder vor Vernachlässigungen zu schützen, hat der Senat ein großes Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht. Hamburg schützt seine Kinder, das wissen Sie alle. In diesem Maßnahmenbündel haben wir 40 kleine und große Maßnahmen zusammengefasst. Das sind viele Projekte, unter anderem die Aufstockung, die wirklich teure Aufstockung der allgemeinen sozialen Dienste und die bessere Vernetzung. Es ist also ein breites Paket, das dazu beiträgt, den Schutz von Kindern auszuweiten.

Und ich nenne ein weiteres Beispiel dafür, dass die Politik direkt das Wohl von Kindern und Jugendlichen verfolgt. Das ist unser Konzept der drogenfreien Kindheit und Jugend.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Ich lach' mich tot!)

Während Sie in Teilen der Opposition immer noch über die Freigabe von Cannabis und so weiter fachsimpeln, haben wir hier wichtige und strukturelle Maßnahmen auf den Weg gebracht,

(Dr. Mathias Petersen SPD: Realitätsverlust haben Sie!)

die dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche erst gar nicht in die Sucht abgleiten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Jugendschutz, anstatt Legalisierungssinn. Wir wollen Familien und Kinder in problematischen Lebenslagen so früh wie möglich erreichen. Das ist ebenfalls ein wichtiges Anliegen dieses Senats. Daher gibt es rund um Schwangerschaft und Geburt mehr Familienhebammen,

(Dr. Mathias Petersen SPD: Weniger Geburten! – Gegenruf von Stefanie Strasburger CDU: Dafür können wir ja nun nichts!)

als zu Ihrer Regierungszeit. Es gibt Planungen der Nachbarschaftszentren, Sprachförderangebote und Welcome-Projekte, also einen breiten Strauß. Bereits im Kranken-

haus werden heute junge Mütter von uns angesprochen. C Ich glaube, dass wir hier weiter sind, als Sie je zuvor.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir denken nicht nur an Familien in schwierigen Lebenslagen. Herr Dr. Maier hat gestern bei Herrn Schalthoff sehr nett gesagt, dass man auch Optimismus haben muss. Wir haben in diesen Bereichen Hilfe und Unterstützung massiv ausgebaut, aber auch bei den Megathemen der Familienpolitik hat der Senat gehandelt,

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

nämlich in der Kernfrage: Wie kann man Familie und Beruf miteinander vereinbaren? Wir haben hier ein bundesweit vorbildliches System. Wir haben Eltern von Bittstellern zu Kunden in der Kinderbetreuung gemacht. Mit dem Gutscheinsystem wurde gleichzeitig ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung eingeführt, der weit über den bundesgesetzlichen Vorgaben liegt. Frau Strasburger hat das soeben deutlich gemacht.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt gibt es für alle Kinder berufstätiger Eltern im Alter von Null bis 14 einen Rechtsanspruch auf eine Betreuung,

(Christiane Blömeke GAL: Es geht nicht um Ver einbarkeit, es geht um Armut!)

die dann auch dem benötigten Zeitraum entspricht, auch samstags sowie in den Früh- und Abendstunden. Das hat es früher nie gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Und dazu gibt es für alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren den Rechtsanspruch über eine fünfstündige Betreuung inklusive Mittagessen. Noch nie war in Hamburg die Kinderbetreuung so gut aufgestellt. Noch nie hatten wir so viele Kinder im System und noch nie hatten wir so viel Bildung in den Kindertagesstätten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie hier behaupten, Familien und Kinder würden von diesem Kita-System nicht profitieren, dann ist das blanke Hohn.

(Christiane Blömeke GAL: Hohn ist das, was Sie erzählen!)

Drei Jahre nach Einführung des Kita-Gutscheinsystems können wir feststellen, dass in den Kitas mehr Kinder betreut werden, als vor der Einführung des Gutscheinsystems. Die Versorgung hat sich entscheidend verbessert. Das Gutscheinsystem greift gerade in den Stadtteilen mit sozialen Problemlagen und erstmalig richten sich die Betreuungsangebote – und das habe ich bereits vorhin erläutert – nach den Elternwünschen und Bedürfnissen, und zwar mit flexiblen Betreuungszeiten, nämlich zu allen Tageszeiten, an allen Tagen in der Woche, anstatt Einheitsstandards – wie gehabt – von Montag bis Freitag und Schluss.

(Michael Neumann SPD: Das ist ein gutes Schlusswort!)

Dass diesem Senat die Betreuung der Kinder viel wert ist, lässt sich im Übrigen auch in Zahlen ausdrücken.

Mehr als 330 Millionen Euro wendet die Stadt hierfür insgesamt auf und davon entfallen auf die weitergehen-

A den Hamburger Rechtsansprüche, also auf die hamburgischen Leistungen, die uns bundesgesetzlich nicht vorgeschrieben sind, etwa 150 Millionen Euro. Das ist wirkliches Geld, das erst einmal in die Kassen kommen muss.

(Beifall bei der CDU)

Ich will hier gar nicht erwähnen, was die Kollegin Frau von Welck auf den Weg gebracht hat im Bereich der Kinderkultur, was der Kollege Freytag auf den Weg gebracht hat im Bereich des Wohnens.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf die Armutsdiskussion und die immer wieder aufgestellte These eingehen, dass immer mehr Kinder arm seien. Diese These greift zu kurz.

(Christiane Blömeke GAL: Aha!)

Kinder sind immer arm, sie sind immer abhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Beziehen die Eltern Transferleistungen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Peinlich!)

zum Beispiel nach dem Sozialgesetzbuch II, sind sie davon abhängig. Erst wenn es uns gelingt, wieder mehr arbeitsfähige Eltern in Arbeit zu bringen, können wir diesen Kreislauf durchbrechen.

(Beifall bei der CDU)

Menschen in die Lage zu versetzen, ein Leben ohne staatliche Leistungen führen zu können, muss unser Ziel sein.

B (Dr. Andrea Hilgers SPD: Darauf können die Kinder nicht warten!)

Hier gilt die ganz einfache und prägnante Formel: Sozial ist, was Arbeit schafft.

(Beifall bei der CDU)

Einen wichtigen Beitrag dazu leistet unser Kita-System,

(Michael Neumann SPD: Es kommt eh nichts Neues! Aufhören!)

das es Eltern ermöglicht, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren und die Chance auf einen Einstieg in die Berufstätigkeit bietet.

Meine Damen und Herren! Es ist deutlich geworden, dass Familien und Kinder in Hamburg keine Statisten sind, sondern im Gegenteil. Sie spielen die Hauptrolle,

(Michael Neumann SPD: In einem Stück, das abgesetzt wurde!)

sie profitieren ganz eindeutig von der Politik dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort hat die Abgeordnete Veit.

**Carola Veit** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Strasburger, es gibt Wahrheiten jenseits Ihres Erlebnishorizonts.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Ihre ständige Selbstbewährerung und auch Ihre, Frau Senatorin,

(Barbara Ahrons CDU: Sie sagt nur die Wahrheit!)

hat für viele Hamburger Kinder mit der Realität in dieser Stadt leider gar nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie machen immer wieder überdeutlich, dass Sie Kinder, Eltern und Familien längst abgeschrieben haben. Sie fördern nicht, Sie streichen Förderungen zusammen, wo immer es geht. Fast keine Ihrer vor über einem Jahr mit viel Tamtam und Getöse angekündigten Familienfördermaßnahmen haben Sie wirklich umgesetzt, aber alle Streichmaßnahmen haben unvermindert Bestand.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Hamburg hat die größten Schulklassen, riesige Kita-Gruppen und teure Betreuungsangebote. Es gibt ein Drittel weniger Ganztagsplätze in benachteiligten Quartieren. In Stadtteilen wie der Veddel haben Sie die Mittel für die Sprachförderung brutal gekürzt. Sie haben erstmals nach 120 Jahren wieder das Schulgeld eingeführt

(Stefanie Strasburger CDU: Schulgeld?)

und übrigens auch Studiengebühren. Sie schließen Bücherhallen, Sie streichen Schülerfahrkarten, Sie verweigern denjenigen Kindern die Betreuung, die sie am Nötigsten hätten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Senatorin, noch nie hat ein Senat so wenig für Kinder und Familien in dieser Stadt getan.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Stefanie Strasburger CDU: Ach was!)

Frau Strasburger, das ist die Diskussion, die in Deutschland über Hamburg geführt wird und die hätten wir gerne mit Ihnen geführt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es sind mehr Kinder im Gutschein-System, aber es sind die Kinder anderer Eltern. Und die, die Sie nicht mehr wollen im System, bleiben einfach draußen. Wer die Ganztagsplätze in benachteiligten Quartieren abbaut, der versündigt sich an diesen Kindern und die Kinder können nicht darauf warten, bis ihre Eltern wieder Arbeit haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich wiederhole es gerne noch einmal: Sie haben versprochen, jede und jeder, der Hilfe benötigt, werde sie bekommen. Viele Kinder haben vergeblich auf Ihre Hilfe gewartet; das haben wir alle im letzten Jahr zur Kenntnis nehmen müssen. Landauf, landab wurde auch damals schon berichtet, wie unsere stolze Hansestadt mit ihren Kindern umgeht. Und dann, es war im November, hatte offenbar auch der Herr Bürgermeister, dem diese Debatte leider nicht so wichtig ist, bemerkt, dass hier etwas aus dem Ruder läuft. Er forderte einen Ruck, der durch Hamburg gehen soll. Erinnern Sie sich? Gemeint hatte er wahrscheinlich einen Ruck, der durch den Senat geht. Passiert ist leider nichts.

Vor wenigen Tagen gab nun derselbe Bürgermeister in der "Zeit" und auch in der "Financial Times Deutschland" zum Besten, er würde sich manchmal heimlich, mit einem

A Baseballcap vor dem Gesicht, durch die Stadt fahren lassen und sich das Elend angucken. Vielleicht richten Sie Ihrem Bürgermeister aus, dass diese Stadt erwartet, dass er auch einmal aussteigt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber das ist erst die Hälfte der Wahrheit. Die andere Hälfte hängt direkt mit Ihrem Verständnis von der wachsenden Stadt zusammen. 3000 Euro pro Jahr bringt ein Bürger über den Länderfinanzausgleich. Sie nennen das den fiskalischen Nutzen eines Menschen, so heißt es in einer Ihrer Familienförderdrucksachen. Wenn man eine vierköpfige Familie also am Fortzug aus Hamburg hindert oder zum Zuzug ermuntert, dann hätte man fürderhin Jahr für Jahr 12 000 Euro mehr im Topf; so rechnen Sie. Diese Grundüberlegung ist Ihr wahres Leitbild. Ihnen geht es nicht um menschliches Wachstum, sondern um Masse statt Klasse und deshalb stören kleine Kinder ebenso wie alte Menschen bei Ihnen die Bilanz.

(Stefanie Strasburger CDU: Ach!)

Erzieherinnen, Erzieher und Sozialarbeiterinnen sind bei Ihnen nur Kostenfaktoren, lästige Betriebsausgaben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Bernd Reinert CDU: Ihre Redezeit ist schon zehn Minuten!)

Herr Reinert, es mag ja sein, dass Sie mit Ihrer Politik des Schicki hier und micki da noch immer in der Stadt irgendwo anerkannt werden,

(Stefanie Strasburger CDU: Irgendwo?)

B aber es werden am Ende nicht die großen Baudenkmäler Ihrer Ankündigungssenatoren sein, Herr Hesse, die von Ihrer Regierungszeit bleiben. Was Sie Hamburg hinterlassen, wird eine ganze Generation von schlecht ausgebildeten Jugendlichen sein, denen Sie mit Ihren Sparmaßnahmen die Zukunft gestohlen haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält die Abgeordnete Gregersen.

**Martina Gregersen** GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als erstes möchte ich auf die Worte der Zweiten Bürgermeisterin eingehen. Sie sagt, es gebe einen hohen Stellenwert für Kinder in dieser Stadt. Ich erinnere da nur an die Kinderzimmerzulage: 10 000 Euro sollen Besserverdienende pro Kind und Kinderzimmer bekommen, 23mal abgefördert, eine super Idee für Kinder, die in Armut leben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Frau Schnieber-Jastram, Sie sprachen das Programm "Hamburg schützt seine Kinder" an. Aber ist es ein Programm gegen Kinderarmut oder ist es ein Programm für vernachlässigte Kinder? Gegen Armut hilft es leider gar nicht.

Sie haben auch gesagt, Sie täten mehr für Kitas und nie habe es so viele Plätze gegeben, aber, Frau Schnieber-Jastram, unter welchen Bedingungen. Ich möchte gern eine Leseempfehlung abgeben: "Apartheid in der Krabbelgruppe" schrieb die "Zeit" am 3. August 2006. Man kann in den Sommerferien einmal die Zeit zum Lesen

C nutzen; ich hoffe, die anderen Abgeordneten holen das eventuell nach.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den Nachkriegsjahren haben viele Menschen in dieser Stadt Hunger gelitten, sie haben entbehrt. Die Zeit war schlimm, aber sie hatten alle eines gemeinsam: Sie haben gemeinsam gelitten. Und sie hatten noch eines gemeinsam: Alle hatten die Perspektive, dass es sich irgendwann bessern wird. Heute entbehrt eine ganz große Gruppe in dieser Stadt, die unterhalb der Armutsgrenze lebt, und zwar jedes fünfte Kind. Das ist verdammt viel, es sind circa 51 000 Kinder. Haben diese Kinder die Hoffnung, dass es sich bessert? Geben Sie ihnen diese Hoffnung, dass es sich bessert? Der Wirtschaftsaufschwung, der im Moment herrscht, und der Trubel um die Boomtown Hamburg geht an diesen Kindern leider gänzlich vorbei und wahrscheinlich auch an den Familien.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nirgendwo in Deutschland ist der Unterschied so groß wie in Hamburg zwischen dem Durchschnittseinkommen und der Armutsgrenze. Selbst die Aussage, dass in Hamburg niemand Hunger leiden muss, ist widerlegt. Viele Kinder kommen ohne Essen in die Schule und den Kindergarten. Ehrenamtliche Suppenküchen sind da ein Anfang, aber sind es Lösungen? Stolz hielt Herr Uldall den "Stern" als Hochglanzprospekt hoch – ich sehe ihn hier noch stehen – und jubelte: So toll ist Hamburg. Es ist der Glanz, in dem die CDU sich gerne sieht, aber es ist eben nur ein Scheinglanz: Die einen stehen im Dunkeln und die anderen im Licht und die im Dunkeln, die sieht man eben nicht. Und damit man die nicht sieht, wollte man auch jahrelang keinen Armutsbereich machen. Man will lieber nicht hingucken, was Armut ist, was sie bedeutet.

D Der Gipfel der Arroganz und der Ignoranz war für mich die Aussage des Bürgermeisters, wir können uns soziale Dinge erst wieder leisten, wenn es uns besser geht. 51 000 Kinder und wir wollen warten, bis es uns allen besser geht. Es geht dieser Stadt gut, es geht dieser Stadt verdammt gut und wir können es uns nicht erlauben, diese Kinder am Rande stehen zu lassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Armut macht krank, Armut macht körperlich krank, Armut macht psychisch krank, arme Kinder haben eine schlechtere Gesundheit, sie haben schlechtere Zähne, meist auch schlecht ausgebildete Fein- oder Grobmotorik und sie sind schlecht ernährt, durch falsche Ernährung meist leicht oder stark übergewichtig. Arme Kinder kommen auch nicht so rum wie andere. Sie kennen meist nur ihren Stadtteil oder ihre Straßenzüge. Sie besuchen keine Museen und keine Konzerte und schon der Schwimmbadbesuch scheitert an den Fahrkosten und Eintrittsgeldern. Auch wenn das Museum jetzt einmal im Monat gratis ist, glauben Sie wirklich, dass Kinder aus armen Familien dort hinkommen?

Arme Kinder können auch nicht von Wochenendausflügen reden, sie können nicht von ihren Familienausflügen berichten, schon gar nicht von Urlaubsreisen; sie gehören nicht dazu. Das ist ein Zustand, der sich nicht nur negativ auf die Allgemeinbildung auswirkt, sondern auch auf die Psyche. Das ist eine Gefahr und es ist eine ganz große Gefahr, dass aus diesen armen Kindern auch perspektivlose arme Jugendliche und arme Erwachsene werden. Die Gefahr ist groß und eigentlich schon Realität, dass

A sich das dann über Generationen hinweg verfestigt. Geben Sie diesen Menschen bitte eine Perspektive, geben Sie diesen 51 000 Kindern eine Perspektive.

Was unternahm der Senat? Er besuchte Suppenküchen.  
(Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Ende kommen.

**Martina Gregersen** (fortfahrend): Ich komme gerne zum Ende.

Meine zweite Literaturempfehlung, das Dossier der "Zeit": "Armutszeugnis für Hamburg"; ein echtes Armutszeugnis für diesen Senat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Dietrich.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Da wird es endlich sachlich!)

**Lars Dietrich** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf die Einlassungen der Oppositionsabgeordneten eingehen und Frau Dr. Hilgers, Frau Veit und Frau Blömeke gerne bescheinigen, dass sie natürlich sehr gerne lesen – Frau Gregersen hat es auch noch einmal sehr deutlich gesagt –, mit Sicherheit auch schöne Bücher, aber mitunter die Lebenswirklichkeit in dieser Stadt nicht ganz so ist.

B (Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das von Ihnen Beschriebene ist sicherlich ein Teil der Realität. Aber wie so vieles hat die Medaille zwei Seiten. Die Lebenswirklichkeit der Menschen sieht in der Tat anders aus und der Senat hat in vielen Bereichen vieles für die Familien gemacht; auf einiges haben Frau Senatorin Schnieber-Jastram und auch Frau Strasburger schon hingewiesen.

Ich möchte zu den sogenannten sozialen Brennpunktgebieten kommen. Hier wurde kritisiert, dass der Senat die Menschen vernachlässigen würde; die Lebenswirklichkeit sieht zum Teil aber anders aus. Ich habe das Vergnügen, einen Mittagstisch ehrenamtlich zu betreuen und führe seit vielen Jahren Kinder- und Jugendfreizeiten im Sportbereich durch. Ich weiß, dass viele Eltern einfach die Kompetenz zum Erziehen nicht haben; daran liegt es, das ist das Problem. Es fehlt die Erziehungskompetenz und hier hat der Senat eine ganze Menge gemacht. Wir fördern die Kinder- und Familiencentren, wir fördern Elternschulen, wir haben das Hebammenprojekt aufgelegt, wir gründen Nachbarschaftszentren. Wir begegnen dem mit vielen kleinen Elementen, weil wir möchten, dass Kinder und Jugendliche sich zukünftig allein und eigenverantwortlich bewegen können, damit sie ihre eigene Zukunft gestalten; das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, dieser Senat legt Programme auf, um die Ursachen zu bekämpfen und nicht allein die Symptome.

Zur Lebenswirklichkeit gehört auch, dass das Geld teilweise für andere Dinge ausgegeben wird. Man könnte jetzt darüber streiten, ob sie nützlich oder unnütz sind.

(*Martina Gregersen GAL*: Deshalb muss man die Leute beraten!) C

Entscheidend ist für mich aber – und darüber müssen wir auch diskutieren –, ob wir hier einen Paradigmenwechsel einführen, das heißt weg von den direkten Fördermaßnahmen hin zu indirekten Förderungen zum Beispiel von Kindertagesheimen oder auch Vorschule. Das heißt, das Geld wird nicht mehr auf die Konten der Familien und Sorgeberechtigten transferiert, sondern wir möchten gerne, dass die Kinder gefördert werden. Das ist das Entscheidende: Wir müssen die Kinder fördern.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Mathias Petersen SPD*: Konkret, ja, konkret!)

Bei meinem Mittagstisch sagen mir die Kinder dann deutlich, dass ihre Eltern natürlich mehr Geld haben für Alkohol, Nikotin und andere Dinge. Damit lassen sie es nicht ihren Kindern zugute kommen. Das heißt, nachdem sie dann bei uns gefördert werden im Mittagstisch, bekommen sie zu Hause gar kein Essen mehr. Das macht deutlich, dass wir hier ansetzen müssen. Das heißt, wir wollen die Kinder fördern und nicht ihre Eltern.

(Zuruf von *Dr. Andrea Hilgers SPD*)

Hamburg gibt insgesamt 150 Millionen Euro, Frau Dr. Hilgers, allein für weitergehende Rechtsansprüche aus. Das ist bundesweit top und das finde ich ganz hervorragend, weil wir versuchen, den Kindern Bildungschancen für ein eigenverantwortliches Leben zu offerieren, indem wir Sprachförderung anbieten, indem wir die Ganztagschulen ausgebaut haben. Die Behörde für Bildung und Sport hat angekündigt, im Jahre 2007, 2008 elf neue Ganztagschulen in Hamburg zu etablieren. Mit den vier, die wir in 2006 und 2007 dazubekommen haben, hat Hamburg dann 70 neue Ganztagschulen. Das ist top und das können Sie nicht mehr toppen, weil Sie das in Ihrer Regierungszeit nicht hinbekommen haben.

(Beifall bei der CDU – *Gerhard Lein SPD*: Es sind auch nicht 70 neue!)

Wir kommen zur Bildung. Frau Veit und Frau Gregersen haben auch die Bildung angesprochen; ich will einmal mit einem Gerücht aufhören. Die PISA-Studie, die wir seit vielen Jahren in dieser Stadt diskutieren, stammt aus dem Jahre 2000. Ich kann mich erinnern, dass im Jahre 2000 noch Rotgrün regiert hat und nicht Schwarz.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Ändern Sie doch was!)

– Wir haben etwas geändert. – Hamburg gibt nicht nur 6660 Euro pro Schüler im Jahr aus, sondern unsere Senatorin hat jetzt Maßnahmen eingeleitet,

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Für größere Klassen!)

damit die Kinder besser gefördert werden und das Leistungsprinzip in unseren Schulen wieder Vorrang hat.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Petersen, Rang 13, den Sie uns hinterlassen haben in der PISA-Studie, hat ursächlich natürlich auch ein sogenanntes Stadtstaatenproblem, das wir immer diskutieren. Die Großstadt hat einen höheren Anteil von Migranten und in der Tat einen höheren Anteil von Stadtteilen mit sozialen Problemlagen. Die PISA-Studie hat auch ergeben, dass Hamburg, wenn man die Menschen mit Migrationshintergrund ausnehmen würde, wesentlich

A besser dastehen würde. Das heißt, wir werden in Zukunft in Gebieten mit sozialen Problemen stärkere Sprachförderung durchführen.

(*Dr. Mathias Petersen SPD: Auf der Veddel!*)

Wir tun das bereits in den Kindertagesstätten und der Senat wird erneut ein Programm auflegen, um genau diese sozialen Brennpunkte stärker zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Kienscherf.

**Dirk Kienscherf SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, was Sie vorhin gesagt haben, dass es den Familien und den Kindern noch nie so gut ging wie heute, ist reiner Hohn, das glaubt Ihnen keiner. Und dass es eine Herzenssache Ihrerseits ist, sich um Familien und diese Kinder zu kümmern, glaubt Ihnen erst recht keiner in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Aber – meine Kolleginnen und Kollegen haben schon darauf hingewiesen – es gibt nicht nur die Hochglanzbrochüren, die Senator Uldall immer hochhält, sondern es gibt auch Zeitschriften, die sich mit der anderen Seite unserer Stadt befassen und da kommen wir auf das bekannte und hier schon angesprochene "Zeit"-Dossier. Es ist beispiellos in der Geschichte dieser Stadt, dass einem solchen Magazin, einem solchen Journalisten, der insgesamt drei Monate mit allen möglichen Leuten in dieser Stadt gesprochen hat, mit Verbänden, mit Parteien, diese beiden Personen – der eine ist medienwirksam bei der Trauerfeier von Jessica aufgetreten, hat Monate später verkündet, kein Kind dürfe mehr durchs Rost fallen, besucht Suppenküchen besucht und fährt nachts durch Hamburg,

(*Ingrid Cords SPD: Heimlich!*)

um sich das Elend anzusehen, was er angerichtet hat, und die andere, die fachpolitisch als Senatorin dafür zuständig ist, die auch Kaffeekränzchen mit Kindern in Kitas abhält –, dass diese beiden Personen es wochenlang bis zum Schluss abgelehnt haben, dieser Zeitschrift ein Interview zu geben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Senatorin, da können Sie sich auch nicht herausreden. Das ist nicht die Zeitung "Neues Deutschland" gewesen oder sonst was, die "Zeit" ist eine sehr seriöse und anerkannte Zeitung. Und gerade wenn es eine Herzenssache gewesen wäre, dann hätten Sie Stellung beziehen müssen und das vermissen wir zu Recht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese angebliche Herzenssache nimmt Ihnen nicht einmal mehr der Unternehmensverband Hamburg ab. Auch diese Mitglieder, die eher konservativ sind, haben erkannt, dass die Familienpolitik nicht mehr den Stellenwert hat, den sie eigentlich haben müsste in dieser Stadt.

Frau Senatorin, Sie haben angesprochen, dass Sie viel getan hätten, unter anderem im Kita-Bereich; auch Ihr Kollege hat das eben angesprochen. Aber er hat auch angesprochen, dass vielen Familien und Eltern die Erziehungskompetenz fehlt und das ist auch richtig. Deswegen

C hat sich, was Sie gemacht haben und was im Sonderausschuss auch deutlich wurde, die Streichung der Ganztagsplätze in den sozial schwierigen Stadtteilen fatal auf die Kinder ausgewirkt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch Ihr Konzept "Hamburg schützt seine Kinder" ist Stückwerk, denn wir haben alle nicht vergessen, dass Sie es waren, die monatelang die ASD-Aufstockung blockiert hat. Sie waren es, die anfänglich immer davon gesprochen hat, dass alles gut in dieser Stadt sei und der Bürgermeister hat Sie dann dazu bewegt, darüber nachzudenken, das eine oder andere nachzubessern. Aber die Strukturreform, die wir im Bereich Jugendhilfe, im Bereich ASD brauchen, haben Sie bis heute nicht auf den Weg gebracht und dafür tragen Sie die volle politische Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten vier Jahren erlebt, dass das Thema Kinder, dass das Thema Familie und dass das Thema Armut immer ausgeblendet werden soll. Sie haben jahrelang die Armutsberichterstattung abgelehnt, Sie haben es jahrelang abgelehnt, sich offensiv mit dem Thema zu befassen. Es geht gar nicht darum, eine Schuldzuweisung zu betreiben und zu sagen, ausschlaggebend sind die letzten zwei oder anderthalb Jahre oder was auch immer. Es geht darum, dass wir den Kindern eine Zukunft ermöglichen und das heißt, dass wir alle gemeinsam dieses Problem erkennen und wahrnehmen und auch lösen wollen und diese Lösung wollen Sie nicht, Frau Senatorin.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Stefanie Strasburger CDU: Das letzte stimmt nicht!*)

D Kinder haben jedenfalls in Form der Senatorin keine Anwältin, sie werden nicht gefördert. Hier wird über Leuchtturmprojekte gesprochen und auf der anderen Seite müssen wir in Jenfeld private Essensküchen betreiben, damit die Kinder überhaupt satt werden. Das sollten Sie, Frau Strasburger, einmal wahrnehmen, da sollten Sie einmal hinfahren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Stefanie Strasburger CDU: Ich war da! – Glocke*)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Dirk Kienscherf** (fortfahrend): Schade. – Frau Senatorin, Sie haben vier Jahre lang Familien und Kinder vernachlässigt. Damit muss jetzt Schluss sein, ziehen Sie die Konsequenzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

**Christa Goetsch GAL:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dietrich, Sie haben eine gute Steilvorlage gemacht, Sie haben sich in Widersprüche verwickelt. Große Grundschulklassen zum Beispiel sind sicherlich nicht gerade förderlich für diese Kinder.

Frau Schnieber-Jastram, es geht hier nicht darum, einen Schlagabtausch zu machen, wer besser ist; die Zahlen

A sprechen für sich. Erinnern Sie sich an die Debatte des Zukunftsrats, den HEINZ-Bericht, den wir hier diskutiert haben? Die Zahlen haben Bände gesprochen und auch in vielen anderen Debatten sind die Zahlen so eindeutig, dass wir leider Gottes davon sprechen müssen, dass Sie, wenn Sie so weitermachen, Armut in dieser Stadt reproduzieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie mich, gerade auch wegen der Ignoranz dieses Senats, noch einen weiteren Aspekt in die Armutsdebatte werfen, der weitgehende Folgen für unsere Gesellschaft, für die Wirtschaft und die Volkswirtschaft insgesamt hat. Es geht um die Frage der Risikoschüler, der Looser unserer Gesellschaft, der Schulabrecher, die in aller Regel in bildungsfernen Familien vorkommen und diese bildungsfernen Familien leben in aller Regel in benachteiligten Stadtteilen. Risikoschüler sind diejenigen Schüler, die aufgrund ihrer schulischen Leistungen kaum eine Chance auf Arbeit, geschweige denn auf einen Ausbildungsplatz haben, die in der Regel kein eigenbestimmtes Leben in der Gesellschaft führen. Das ist sinngemäß die Interpretation in den PISA-Berichten.

Es gibt eine neue erste Regionalanalyse in Hamburg, die ich in der Enquete-Kommission in Auftrag gegeben habe und diese Regionalanalyse wurde uns vorgestellt. Die Bildungschancen dieser Kinder korrelieren eins zu eins mit den Benachteiligungen ihrer sozialen und kulturellen Herkunft in den benachteiligten Stadtteilen. Exemplarisch an Beispielregionen in Hamburg sind aufgrund der LAU-9-Daten, der Bildungsstudie, in dieser Regionalanalyse einige Hamburger Postzustellbezirke mit hohem Anteil an Risikoschülern untersucht worden: Billstedt, Bahrenfeld, Wilhelmsburg-Ost, Wilhelmsburg-West.

B

Ich möchte Ihnen einige Daten nennen. Dass die Arbeitslosigkeit in Billstedt und Wilhelmsburg doppelt so hoch ist wie in ganz Hamburg, ist bekannt. Beim Anteil der Schülerinnen ausländischer Nationalität – damals hat man noch nicht die gesamte Definition genommen – ist der nächste Widerspruch, Herr Dietrich. Wenn Sie die Migranten herausrechnen wollen, haben Sie gut zu tun. 45 Prozent aller Jugendlichen unter 18 Jahren sind Kinder mit Migrationshintergrund. Auch in dem Punkt liegen Sie also vollkommen falsch.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Jetzt aber zu den Daten, die wahrscheinlich kaum jemand außer denjenigen, die in der Enquete-Kommission Bildung sitzen, kennt. Nur 5 Prozent in Wilhelmsburg-Ost und 4 Prozent in Wilhelmsburg-West besuchen eine neunte Klasse eines Gymnasiums. Zum Vergleich: In Hamburg gehen 37 Prozent der Neuntklässler in Gymnasien. Wie das in Stadtteilen wie Harvestehude, Winterhude und so weiter ist, brauche ich Ihnen wahrscheinlich nicht zu sagen. Ein weiterer Indikator sind die Schulabschlüsse der Väter. In ganz Hamburg sind 4 Prozent der Väter ohne Schulabschluss, in Wilhelmsburg-West 21 Prozent. Nehmen wir die Bücher im Haushalt, ein internationaler Indikator für Bildungsferne und -nähe. 29 Prozent aller Hamburger Haushalte haben weniger als 50 Bücher, in Wilhelmsburg sind es 54 Prozent. Das heißt aber nicht, dass der Rest dann 1000 oder 2000 Bücher hat, wie wahrscheinlich jeder von Ihnen, sondern es geht gestuft weiter: 100, 200. Das Leseverständnis in diesen Stadtteilen ist im Vergleich zur Herkunft überproportional

C in der schlechtesten Kategorie. So könnte ich fortfahren mit allen anderen Korrelationen.

Meine Damen und Herren! Bei diesen Indikatoren über Abhängigkeit, soziale Herkunft, Migrationshintergrund, benachteiligte Stadtteile, Bildungsarmut darf keiner von Ihnen, der Verantwortung hat und trägt, zusehen. Aber genau das machen Sie, meine Damen und Herren vom CDU-Senat. Fünf Jahre lang haben Sie nichts gemacht und jetzt, 2006, haben Sie es plötzlich erkannt, Herr Peiner heute in der "Hamburger Morgenpost", der Bürgermeister im Frühjahr, die Schulsenatorin ist aufgeschreckt durch die großen Klassen, aber bei allen genannten Verantwortlichen immer dieselbe Masche: Bedauern, Nachdenken, aber nichts tun, bloß kein Imageschaden für den Glitzersenat.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Christa Goetsch** (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht um Gucken im Zoo, wie das der Bürgermeister macht. Es geht hier nicht um Terra incognita, es geht hier um Hamburger Stadtteile, in denen Hamburger Kinder und Familien leben und wohnen.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Zeit ist überschritten.

**Christa Goetsch** (fortfahrend): – Ich komme zum Ende. – Wenn Sie so weitermachen, reproduzieren Sie fahrlässig Armut in Hamburg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Heinemann für drei Minuten.

**Robert Heinemann** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Goetsch, Sie haben gesagt, dass man nicht zuschauen darf. Und genau das tun wir auch nicht, sondern wir führen so viele Reformen und Veränderungen durch, dass Sie immer dagegen protestieren und erklären: Nicht so schnell, bitte ein bisschen langsamer und lasst uns doch die Probleme noch ein wenig länger anschauen. Das ist Ihre Politik und das haben uns die PISA-Ergebnisse 2000 und 2003 auch gezeigt.

(*Gerhard Lein SPD*: Das ist doch nicht wahr!)

Herr Dietrich hat das bereits ausgeführt. Das sind Ihre und damit natürlich auch die sozialdemokratischen PISA-Ergebnisse.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben uns dieses Erbe hinterlassen. Sie haben hier die Jugendlichen nicht ordentlich ausgebildet. Sie haben diese Armutsspirale in Gang gesetzt

(Beifall bei der CDU)

und Sie haben uns Stadtteile hinterlassen, die städtebaulich und von der Zusammensetzung her genau diese Probleme haben.

D

A (Zurufe von der GAL)

Es ist schon sehr spannend, von den Problemen zu hören, die Frau Goetsch gerade geschildert hat. Sie sprechen von der Verteilung und von den sozialen Chancen in der neunten Klasse. Ich frage Sie, wann sind diese Kinder geboren worden und wann sind diese Kinder in die weiterführenden Schulen eingeschult worden? Das war doch in Ihrer Regierungszeit.

(Beifall bei der CDU)

Und wie war das denn mit den Kindern, die jetzt ihre Abschlüsse nicht machen? Wann sind denn diese geboren worden und wann sind denn diese eingeschult worden? Das war doch in Ihrer Regierungszeit. Sie machen sich hier einen weißen Fuß und dabei haben Sie noch viel mehr die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie sich einmal an, was seitdem passiert ist und was wir in dem Bereich getan haben. Um ganz vorn anzufangen, haben wir die Untersuchung der Viereinhalb-jährigen und die Sprachförderung eingeführt sowie verpflichtend gemacht und wir haben gerade in den sozialen Brennpunkten die Ganztagschulen verdoppelt.

(Zurufe von der SPD)

Das alles haben Sie nicht gemacht, denn wenn Sie es getan hätten, dann hätten wir deutlich bessere PISA-Ergebnisse.

(Beifall bei der CDU)

B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung, Drucksache 18/4746, Wahl von acht Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Stadtentwicklung.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:**

**Wahl von acht Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Stadtentwicklung – Drucksache 18/4746 –]**

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf nun die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass diese zu Protokoll gegeben werden.\*

C Ich rufe die Punkte 82 und 90 der Tagesordnung auf, Drucksache 18/4784 Neufassung, Antrag der SPD-Fraktion: Aktenvorlage zum "Fall Mettbach" – Die Wahrheit offen legen ...

(Glocke)

– Meine Damen und Herren, ich bitte doch, Platz zu nehmen oder sonst bitte hinauszugehen.

... und Drucksache 18/4796 Neufassung, Antrag der GAL- und SPD-Fraktion: Bericht des Senats zur Mettbach-Osmani-Affäre.

**[Antrag der Fraktion der SPD:  
Aktenvorlage zum "Fall Mettbach" – Die Wahrheit  
offen legen! – Drucksache 18/4784 (Neufassung) –]**

**[Antrag der Fraktion der GAL und der SPD:  
Bericht des Senats zur Mettbach-Osmani-Affäre  
– Drucksache 18/4796 (Neufassung) –]**

Wer wünscht das Wort? – Dr. Schäfer.

**Dr. Martin Schäfer** SPD: Vielen Dank Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Mettbach bewirbt sich Ende Oktober 2005 bei der Wirtschaftsbehörde um einen Job, mit dem er Flächen für die Stadt Hamburg akquirieren möchte. In der Behörde wird ein Schreiben entworfen, das eine Absage mit ausführlicher Begründung beinhaltet, und zwar dahingehend, wer sich in Hamburg schon damit befasst, das zu tun, was Herr Mettbach tun wollte. Es werden alle aufgeführt und es wird sauber begründet, weshalb man die Dienste des Herrn Mettbach nicht braucht.

D Herr Uldall schickt dieses Schreiben nicht ab. Herr Uldall beschließt, dass er seinem Exkollegen das mündlich mitteilen will. Das erklärte jedenfalls Herr Uldall kürzlich in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses. Er überbringt Herrn Mettbach mündlich am 22. Dezember letzten Jahres diese Absage, am Rande einer Aufsichtsratssitzung.

Anfang 2006 nimmt die Logistikinitiative die Arbeit mit zwei Mitarbeiterinnen auf. Herr Uldall erklärt im Wirtschaftsausschuss – und jetzt kommen wörtliche Zitate –:

"Wir haben dann Anfang des Jahres 2006 die Logistikinitiative gegründet. Sie wurde am 1. März im Umland in einer Pressekonferenz vorgestellt ... Wir haben dann ein Gutachten bekommen. In diesem Gutachten wurde eine Zahl von 14 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen genannt, die wir schaffen können, wenn wir ... vor allen Dingen zusätzliche Logistikflächen schaffen ... Wir haben dann mit Herrn Mettbach einen Vertrag geschlossen ..."

Und hier gibt es noch etwas, nämlich eine Pressemitteilung des Senats über exakt dieses Gutachten und über die exakt 14 000 zusätzlichen Arbeitsplätze, die geschaffen werden können. Diese Pressemitteilung des Senats kam am 2. Januar heraus.

Herr Uldall, der hierfür zuständige Wirtschaftssenator, hat das irgendwann im März auch wahrgenommen, dass dem so sei. Ihm fiel daraufhin plötzlich und unerwartet ein, dass er mehr Arbeitskräfte bräuchte. Daraufhin wurde plötzlich eine Halbtagsstelle geschaffen. Es fiel ihm auch plötzlich und unerwartet ein, dass es diesen Brief von Herrn Mettbach gegeben hat, und stellte daraufhin Herrn Mettbach ein,

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

\* Ergebnis siehe Anlage Seite 3195

A obwohl er seit zwei bis drei Monaten und noch länger wusste, welche Notwendigkeiten dafür vorhanden waren und dass diese Notwendigkeit, Flächen nicht nur in Hamburg, sondern auch am Rande Hamburgs sowie über die Grenzen Hamburgs hinaus aufzutun, gegeben sei. Das wusste er nicht erst seit März, wie er uns kundtun wollte, sondern das wusste er schon viel länger. Nur, dass er hierfür jemanden zusätzlich benötigt, fiel ihm plötzlich im März ein.

(*Michael Neumann SPD*: Warum? – Gegenruf von *Frank-Thorsten Schira CDU*: Nun lassen Sie doch mal Ihren Mann reden!)

Warum ausgerechnet im März? Im März geschahen ein paar Dinge.

Im März wurde Herr Kusch entlassen. Daher brauchte im März die Justizbehörde einen neuen Senator. Das wurde der Staatsrat der Justizbehörde. Daher brauchte die Justizbehörde einen neuen Staatsrat. Das wurde der Staatsrat des Inneren. Daraufhin brauchte die Innenbehörde einen neuen Staatsrat. Das wurde Herr Ahlhaus. Daraufhin wurde ein Job bei der CDU am Leinpfad frei. Diesen Job wollte Herr Mettbach.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Ach so, Sie sind ja ein Detektiv, Herr Dr. Schäfer! – Heiterkeit bei der CDU)

Im März fand noch etwas statt. Im März hatte Herr Mettbach ein weiteres Anliegen. Er trug dieses Anliegen Mitte März dem Staatsrat der Senatskanzlei vor. Es ging um die Bebauung der "Heißen Ecke" an der Reeperbahn. Dieses Anliegen trug er außerdem am 20. März sowohl dem Oberbaudirektor

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU* – Gegenruf von *Michael Neumann SPD*: Herr Hamann, Sie kriegen ihre Chance doch noch!)

als auch dem Bausenator sowie am 21. März dem Bürgermeister vor. Leider konnte dem Anliegen des Herrn Mettbach nicht nachgegeben werden, denn das, was er wollte, traf auf Schwierigkeiten.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: War Herr Schreiber auch dabei?)

Es gibt zwischen dem Besitzer der "Heißen Ecke" und dem Bezirk Mitte gerichtliche Auseinandersetzungen, weil die Auflagen, die dem Besitzer auferlegt wurden, bis heute nicht erfüllt worden sind, denn diese Ecke, wie wir alle wissen, ist noch immer unbebaut, hätte aber schon seit einiger Zeit bebaut sein sollen.

(*Bernd Reinert CDU*: Wer ist eigentlich der zuständige Bezirksamtsleiter?)

Der Besitzer dieses Grundstücks

(*Bernd Reinert CDU*: Nein, Bezirksamtsleiter!)

ist ein gewisser Herr Osmani. Zwischen Herrn Osmani und dem Bezirksamt Mitte gibt es gerichtliche Auseinandersetzungen. Diesen Auseinandersetzungen wollte selbst der Erste Bürgermeister weder vor- noch eingreifen.

Aus diesem Grunde soll angeblich laut Aussage des Herrn Wirtschaftssenators Herrn Mettbach in diesem Gespräch mitgeteilt worden sein, dass die Zuständigkeit beim Bezirk Mitte liegt und er sich daher an Herrn Schreiber wenden solle. Um ihm das mitzuteilen, hat der

C Staatsrat der Senatskanzlei, der Bausenator und der Bürgermeister Herrn Mettbach zu einem Gespräch empfangen. Das ist äußerst wichtig und bei Ihnen anscheinend nicht weiter ungewöhnlich.

Dann geschah noch etwas im März. Ende März bekam Herr Mettbach dann doch seinen Job, wenn es auch nur ein Halbtagsjob war. Alles, was er gern gewollt hätte, wurde auf die Hälfte reduziert, aber er hat den Job erhalten. Die Entscheidung, nun doch Herrn Mettbach einzustellen, erfolgte laut Aussage von Herrn Uldall genau durch ihn selbst. Er konnte zwar nicht erklären, wann das genau war und warum. Er konnte nur bestätigen: Die Entscheidung habe ich getroffen. Was dann in seiner Behörde geschah, konnte oder wollte er nicht sagen. Das alles bleibt wunderschön im Dunkeln.

Er konnte und wollte auch nicht ausführen, wann er mit Herrn Fischer beziehungsweise mit dem Bürgermeister über dieses Thema gesprochen hat. Er hat lediglich eingeräumt, dass er es getan hat, aber gleichwohl betont, den Namen Osmani und was dahinter steckt nie gehört zu haben. Das hätte er am 15. Mai zum ersten Mal wahrgenommen. Am 15. Mai gab es diesen Bericht in der Morgenpost. Dieser Bericht wurde dann auch ausgeschnitten, kopiert und in die Akten, die uns dann vorgelegt worden sind, aufgenommen. Diese Akten sind völlig unvollständig, aber der Bericht war darin enthalten.

(Lachen bei der GAL)

In diesem Bericht erklärt Herr Mettbach, dass er Geschäftsbeziehungen zu Herrn Burim Osmani habe. Zwei-einhalb Wochen später erläutert Herr Mettbach in einem Telefonat mit dem Staatsrat der Wirtschaftsbehörde, dass dem nicht so sei. Die Frage, ob denn die Wirtschaftsbehörde sich nun dafür interessiert habe, wie diese Diskrepanz in den Aussagen – zum einen in der Morgenpost, die doch immerhin so wichtig erschien, dass sie in die Akte aufgenommen wurde, und zum anderen Ihnen gegenüber – aufgelöst werden könne, kam die Antwort des Senators Uldall – ich zitiere:

"Das sei völlig unwichtig gewesen. Hier sei überhaupt niemand dem hinterher gegangen. Das habe dort überhaupt niemanden interessiert."

Herr Mettbach blieb erst einmal im Amt, bis er dann am 8. Juni doch plötzlich entlassen werden musste. Warum eigentlich?

(*Dr. Till Steffen GAL*: Weil er so eine erfolgreiche Arbeit gemacht hat!)

Man wusste definitiv bei der Einstellung von Herrn Mettbach von seinen Geschäftsbeziehungen zu Herrn Osmani.

(Zurufe von der CDU)

Selbstverständlich, Herr Mettbach hat in Sachen Osmani Mitte März mit dem Bürgermeister und mit dem Bausenator verhandelt. Man wusste präzise Bescheid, dass es solche Geschäftsbeziehungen gab. Man hat ihn dennoch eingestellt, weil man meinte und das auch meinetwegen gern meinen durfte, dass das kein Problem sei.

Dann stellte sich im Mai heraus, dass es doch vielleicht ein Problem sei. Dann kam die Aussage, dass das Problem dadurch zustande gekommen sei, weil das Ganze öffentlich gemacht wurde.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

A Daraufhin wurde Herr Mettbach dann von seinen Aufgaben unter Fortführung der Bezüge bis Ende des Jahres entsprechend der Vertragsgestaltung entbunden.

(*Barbara Ahrons CDU*: Er wurde fristgerecht gekündigt!)

Noch am selben Tag mittags hat Herr Uldall in einer Pressekonferenz kundgetan, dass er diesen Vertrag nicht auflösen wolle, am Abend desselben Tages hat Herr Uldall den Vertrag dann aufgelöst. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses begründete er das damit, dass er vorher dem Bürgermeister hätte Bescheid geben wollen. Ich weiß nicht, wie die Kommunikationswege in diesem Senat sind.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Undurchdringlich!)

Der Wirtschaftssenator hat es nicht geschafft – nicht einmal telefonisch –, den Bürgermeister zu erwischen, um ihm mitzuteilen, was doch von gewisser Bedeutung war und durch die Presse ging, dass die Veröffentlichung dieser Angelegenheit so unangenehm war, dass man nunmehr tätig werden musste, obwohl man kurz zuvor noch der Meinung war, dass das nicht nötig wäre.

Worum ging es bei der ganzen Geschichte? Offenkundig musste im März dieses Jahres jemandem geholfen werden, dessen Übergangsbezüge zufälligerweise auch im März dieses Jahres zu Ende gingen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ganz zufällig!)

Hier wurde jemand arbeitslos.

B (*Jörg Hamann CDU*: Da ist Ihre Partei ja Spezialist drin in solchen Sachen!)

Anfang April bekam dieser Jemand dann plötzlich und unerwartet einen Job. Der Bürgermeister, auf solche Dinge angesprochen, verweigert seitdem jegliche Auskunft. Der Wirtschaftssenator ist die Ahnungslosigkeit in Person. Sein Name ist Hase.

Und welche Rolle spielte bei der ganzen Geschichte dann noch der Landesvorsitzende der CDU? Es gab kürzlich in der Sitzung des Ausschusses keine Aussage seitens des Wirtschaftssenators. Dreimal musste nachgefragt und nachgehakt werden. Dann stellte er fest, dass er immer vergessen hatte, die Frage zu beantworten, obwohl Herr Kerstan ihm diese Frage mehrfach gestellt hatte. Er stellte lediglich fest, dass er so viel und so oft mit Herrn Fischer rede, dass er sich beileibe an nichts mehr erinnern könne. Ich kann nur sagen: Sein Name ist Hase.

(Lachen und Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich**: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Jäger.

(*Michael Neumann SPD*: Den Hasen erlegen, Herr Dr. Jäger. Einmal im Leben!)

**Dr. Manfred Jäger** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Wochen sind die Hamburgerinnen und Hamburger Zeugen eines unwürdigen Schauspiels, das die Opposition und insbesondere Sie, meine verehrten Damen und Herren von der SPD, hier aufführen.

(Beifall bei der CDU)

C Und Herr Schäfer hat das soeben mit der Variante Märchenerzähler noch getoppt. Hiermit hätten Sie auf einem orientalischen Basar gut verdienen können, Herr Schäfer.

(*Nebahat Güclü GAL*: Pfui! – Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Die Auflistung von Unterstellungen, Verdächtigungen und persönlichen Angriffen ist unwürdig und unseriös. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, durch ständige Wiederholungen werden diese Behauptungen nicht seriöser.

Eine wohl lancierte Pressemitteilung ersetzt noch keine Fakten.

(*Michael Neumann SPD* und *Dr. Willfried Maier GAL*: Das sind alles Fakten!)

Und sie kann die Hamburgerinnen und Hamburger nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie offensichtlich jedes Interesse an der Sacharbeit verloren haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Hier sollten Ihnen zumindest die Ergebnisse der letzten Umfrage in Hamburg zu denken geben. Ich nenne Ihnen nur zwei Zahlen, nämlich 27 und 13. 27 Prozent wollen Sie noch wählen und nur 13 Prozent kennen Ihren Landesvorsitzenden Petersen, dem ich trotzdem hier von diesem Platz aus auch noch einmal herzlich gratulieren möchte.

(Zurufe von der SPD)

Offensichtlich, meine Damen und Herren von der SPD,

(Unruhe im Hause – Glocke)

D

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Meine Damen und Herren, so geht das nicht, denke ich. Das Wort hat Herr Dr. Jäger.

(*Petra Brinkmann SPD*: Zur Sache!)

**Dr. Manfred Jäger** (fortfahrend): – Das ist die Sache, Frau Brinkmann.

Machen Sie doch endlich eine ordentliche Oppositionsarbeit, dann kann man Sie ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie legen es offensichtlich darauf an, die FDP mit ihrem Projekt durch ein doppeltes Projekt 18 noch zu toppen.

(*Gesine Dräger SPD*: 36!)

Wenn Sie so weitermachen,

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Herr Dr. Jäger, ich möchte Sie auch bitten, zum Thema zu kommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Dr. Manfred Jäger** (fortfahrend): Ein Wort noch: Wenn es mit der Imagekampagne klappt, vielleicht wird es dann auch etwas mit den 18 Prozent für den Bekanntheitsgrad bei Herrn Petersen.

A (Glocke – *Dr. Willfried Maier GAL*: Eine peinliche Nummer!)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Manfred Jäger** (fortfahrend): Nein. – Ich komme aber jetzt auch zu Ihrem Antrag. Dieser Antrag ist in weiten Teilen schlichtweg überflüssig.

(Beifall bei der CDU)

Bereits mit Aktenvorlagebeschluss vom 29. Juni 2006 ist Ihr heutiges Begehr ersfüllt worden.

(*Michael Neumann SPD*: Stimmt doch nicht!)

Dem damaligen Beschluss ist der Senat inzwischen nachgekommen. Sofern Sie nunmehr mit Ihrer Replik den Eindruck zu erwecken versuchen, dass es Manipulationen oder Vertuschungen gegeben hätte, so sind diese Vorwürfe an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der CDU)

Es wird Ihnen auch nicht gelingen, irgendeine Verbindung zwischen dem Senat und der organisierten Kriminalität herzustellen, auch wenn Sie das krampfhaft versuchen. Wo nichts ist, können auch Sie nicht auf Gold stoßen.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird im Zuge der Ermittlungen oder der Berichterstattung ein honoriger Staatsanwalt mit Verdächtigungen überzogen. Die Justizbehörde überprüft den Fall und die Vorwürfe brechen wie ein Kartenhaus zusammen.

(Zurufe von der SPD)

Der Abgeordnete Böwer fragt in einer Kleinen Anfrage, ob Verdachtsmomente aus einem Bericht des BND gegen Mitglieder der Familie Osmani nicht zu einem Eingreifen hätten führen müssen. Ausführlich zitiert Herr Böwer diese Vermutungen im Vorspann der Anfrage. Ein Rechtsgutachten namhafter Strafrechtsprofessoren ergibt – ja, das mögen Sie nicht gern hören, ist aber auch die Wahrheit –,

(Zuruf von der SPD: Lesen Sie doch mal vor!)

dass die Anfrage nur mit Schwärzungen und einem Kommentar veröffentlicht werden kann. Die SPD aber tut so, als ob der Senat etwas zu verheimlichen hat. Das ist doch eine Frechheit.

(Beifall bei der CDU)

Herr Böwer verstößt gegen Vorschriften, aber der Senat hat angeblich etwas zu verheimlichen. Sie verdrehen hier doch die Tatsachen.

(Beifall bei der CDU – *Gerhard Lein SPD*: Welche Vorschriften?)

Vor diesem Hintergrund habe ich mich dann auch nicht mehr über Ihren Antrag zu dem angeforderten Bericht des Senats gewundert. Sie verlangen hier unter anderem einen Bericht über Ermittlungsergebnisse von Staatsanwaltschaften, Verfassungsschutz und Nachrichtendiensten. So leicht können Sie sich das nicht machen. Für die Veröffentlichung derartiger Ergebnisse gibt es Regeln. Hier geht es um Datenschutz und um strafrechtliche Fragen.

C Ich hatte immer gedacht, meine Damen und Herren von der GAL, bei Ihnen gäbe es einige heilige Kühe und der Datenschutz gehöre dazu. Ich aber konstatiere, dass Sie zumindest den Datenschutz auf dem Altar der tagespolitischen Opportunität rücksichtslos opfern.

(Beifall bei der CDU – *Christa Goetsch GAL*: Oh nö!)

Zudem ist nicht einzusehen, warum unzählige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Verwaltung mit einem sinnlosen Bericht über ein von Ihnen aufgebauten Gespenst beschäftigt werden sollen. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Besseres zu tun. Wir werden daher Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Ich wollte eigentlich mit einer Empfehlung an die Opposition aus einem gestrigen Abendblattkommentar schließen.

(*Gerhard Lein SPD*: Eigentlich ist schon gut!)

Dieser Kommentar betraf zwar die Weitergabe von PUA-Protokollen, passt aber auch auf diesen Fall, wie die Faust aufs Auge. Dort heißt es – ich zitiere:

"SPD und GAL sollten überlegen, ob sie ihre oppositionellen Kräfte nicht verstärkt auf tatsächliche Brennpunkte dieser Stadt legen sollten, anstatt auf virtuelle."

(*Dr. Till Steffen GAL*: Haben Sie in der Aktuellen Stunde geschlafen, Herr Jäger? – Beifall bei der CDU)

Aber dann habe ich in der heutigen WELT ein Zitat gefunden, das ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, nicht vorenthalten möchte. Auf die Frage, ob er einen Tipp für die Hamburger SPD parat habe, damit sie in der Hansestadt besser punkten könnte, antwortete kein Geringerer als der Bundesvorsitzende Herr Kurt Beck – ich zitiere:

"Es braucht neue Ideen, es braucht neue Leute."

Dem habe ich nun endgültig nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU)

Machen Sie eine Oppositionsarbeit,

(*Werner Dobritz SPD*: Sie haben doch ein schlechtes Gewissen! Das ist Ihr Problem!)

die endlich wieder diesen Namen verdient. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich**: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

**Jens Kerstan GAL**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Endphase dieser unseligen Koalition mit der Schill-Partei schien die CDU endlich zu begreifen, mit was für Personen sie es eigentlich zu tun hatte. Der Bürgermeister musste an eigenem Leibe erfahren, was es bedeutet, wenn man sich mit solchen unappetitlichen Gestalten einlässt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Seinerzeit hat er die Konsequenzen gezogen. Man sollte eigentlich meinen, dass er aus der Geschichte gelernt

A hätte. Aber heute, drei Jahre später, reibt man sich verwundert die Augen.

(*Werner Dobritz SPD*: Herr Mettbach ist in die CDU eingetreten!)

Die gleichen Gestalten, die man eigentlich schon für abgeschrieben hielt, tauchen wieder im Umfeld des Senates auf – Herr Mario Mettbach, Bürgermeister a. D., der Statthalter Schills. Und siehe da, er ist immer noch eine äußerst unangenehme Gesellschaft mit äußerst kompromittierenden Kontakten. Daran wird eines deutlich: Nein, Sie haben keinen Schlussstrich gezogen. In den letzten Wochen hat Sie Ihre eigene Vergangenheit wieder eingeholt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aus unerfindlichen Gründen bekam Herr Mettbach auf einmal einen Posten in der Hamburg Port Authority und Herr Uldall gab ihm wenige Monate danach einen lukrativen Auftrag der Stadt. Wie konnte das passieren?

Wie konnte es passieren, dass Herr Mettbach als Logistikbeauftragter, Logistikflächen im Umland für Hamburg akquirieren sollte? Eine Tätigkeit, die die Hamburger Verwaltung, das zuständige Amt, in der entsprechenden Stellungnahme für absolut überflüssig gehalten hatte, weil genau diese Tätigkeiten schon verschiedene Personen an verschiedenen Stellen in der Verwaltung ausführten.

Sie haben Herrn Mettbach trotzdem den Job gegeben, Herr Uldall. Warum gerade Herr Mettbach? Ist er wirklich als Person und von seinem angenehmen Auftreten ein geeigneter Botschafter Hamburgs im Umland? Ein Mann, der niemals Senator werden dürfen, geschweige denn Bürgermeister. Ein Mann, dessen peinliche Auftritte hier in dieser Bürgerschaft vielen von uns noch schmerzlich in Erinnerung sind.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Nun halten Sie sich aber mal zurück!)

Ein Mann, bei dessen Abgang ganz Hamburg froh war, dass es ihn und seine Parteifreunde los war. Und ausgegerechnet dieser Mann ist für Herrn Uldall die Traumbesetzung eines Botschafters für Hamburg. Herr Uldall, wer soll Ihnen das glauben?

(*Gerhard Lein SPD*: Der hört Ihnen gar nicht zu!)

Der Öffentlichkeit und – wenn man der Berichterstattung der "Bild"-Zeitung von heute glaubt – auch der Fraktion der CDU, Herr Hamann, ist eigentlich klar, was passiert ist. Der einzige Grund hierfür kann eigentlich nur Schwarzer Filz sein. Ein alter Koalitionspartner sollte belohnt werden, für welche Dienste auch immer.

Das ist leider auch gar nichts Neues. Das ist nur ein weiteres Glied in einer ganzen langen Reihe von Filzvorfällen dieses Senates und eigentlich so selbstverständlich, dass es schon fast keinen Neugkeitswert hat und schon gar nicht mehr berichtenswert. Das ist eigentlich ein Trauerspiel für die CDU, die doch eigentlich mit der Ansage angetreten ist, in dieser Stadt mit dem Filz aufzuräumen.

Aber dessen nicht genug hat Herr Mettbach auch noch äußerst windige Geschäftskontakte. Das macht die Angelegenheit sobrisant. Herr Mettbach war als Lobbyist für ein Projekt in dieser Stadt unterwegs, das der Familie Osmani wirtschaftlich nutzt, gegen die seit vielen Jahren das Landeskriminalamt ermittelt und über die der BUND...

(*Gesine Dräger SPD*: BND! – Heiterkeit bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Reden Sie lieber über den BUND! Davon haben Sie mehr Ahnung! Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

C

... – Entschuldigung BND –, also der Auslandsnachrichtendienst BND geheime Dossiers anlegt und die unter dem dringenden Verdacht steht, dass sie ein Teil des organisierten Verbrechens in Hamburg und anderswo ist. Herr Mettbach hat Kontakte zu dieser Familie gehabt.

Herr Uldall, die einzige Entschuldigung, die Sie anbringen, dass Sie Herrn Mettbach diesen Auftrag gegeben haben, ist, dass Sie gar nicht wussten, dass er Kontakte zu den Osmanis hat. Wir wollen Ihnen das mal glauben. Aber der Bürgermeister wusste von diesen Kontakten. Nachdem Herr Mettbach praktisch den halben Senat abgeklappert hatte, um für dieses Projekt zu werben, hatte er auch einen Termin beim Bürgermeister. Die Verwaltung hatte dem Bürgermeister auch eine Vorlage unterbreitet, um diesen Termin vorzubereiten. Darin war die Rede, dass die Osmanis unseriöse Geschäftspartner sind.

Wochen später – Herr Uldall gab das in der Sonder-sitzung des Wirtschaftsausschusses zu – informierte Herr Uldall den Bürgermeister darüber, dass er Herrn Mettbach einen Auftrag der Stadt geben wollte. Und der Bürgermeister hat nicht eingegriffen und diese Berufung nicht rückgängig gemacht. Warum eigentlich? Haben ihn diese Kontakte nicht gestört?

D

Das organisierte Verbrechen in dieser Stadt gibt es schon lange. Es ist auch ganz normal und üblich, dass versucht wird, das hiermit verdiente Geld in den Wirtschaftskreislauf einzuspeisen. Zum Glück haben sich in dieser Stadt auch Abwehrmechanismen dagegen gebildet.

Ein ehrbarer Kaufmann in Hamburg würde niemals Geschäfte mit Personen machen, die auch nur im Verdacht stehen, Kontakte zum organisierten Verbrechen zu haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Präsident des FC St. Pauli weigerte sich, Geld von Investoren anzunehmen, die ihm sein Stadion finanzieren wollten, obwohl sein Verein praktisch pleite war, weil diese Investoren im Ruf standen, Kontakt zu den Osmanis zu haben.

Ja, es ist Tradition in Hamburg. Man meidet den Kontakt zu anrüchigen Kreisen. Warum – das frage ich – gilt dieses Prinzip nicht für den CDU-Senat, meine Damen und Herren? Das muss uns dieser Bürgermeister einmal erklären.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vielleicht war es auch gar nicht der unter Ihrer Regierung so üblich gewordene schwarze Filz, der dazu geführt hat, dass Sie den gebotenen Abstand zu den Osmanis und den Mettbachs dieser Stadt nicht gehalten haben. Vielleicht war es ganz anders. Damals, als Sie Schill herausgeworfen haben, war dann gar nicht mehr von Kontakten von Regierungsmitgliedern dieses Senates zu den Osmanis, über die schon damals spekuliert wurde, die Rede. Darüber waren Sie ganz froh, denn in den letzten Wochen wurde deutlich, da kommt eine ganze Menge zusammen. Sie konnten darüber den Mantel des Schweigens decken. Dann tauchte auf einmal Herr Mettbach mit

A einem Projekt der Osmanis auf, rennt damit in der ganzen Stadt herum, macht den halben Senat wild. Wenn das so weiterginge, dann hätten Sie diese unangenehmen Geschichten nicht weiter unter der Decke halten können.

Vielleicht musste deshalb ein Vertrag her, damit Herr Mettbach Ruhe gibt, ein Vertrag der Stadt – praktisch als Schweigegeld.

(Zurufe von der CDU – *Barbara Ahrons CDU*: Sie verdächtigen hier einfach Leute!)

Aber vielleicht fand der Bürgermeister diese Kontakte gar nicht so bemerkenswert. Er hat in seinem Senat schon ganz andere Sachen geduldet. Einen Anwalt, dessen Kollegen in seiner Anwaltskanzlei die Osmanis und auch andere Personen, die im Verdacht stehen, dem organisierten Verbrechen in Hamburg anzugehören, verteidigt haben, hat Herr Bürgermeister von Beust zum Staatsrat in der Innenbehörde berufen – praktisch der oberste Bekämpfer des Verbrechens in Hamburg derselbe Anwalt, dem vor Jahren vor seiner politischen Tätigkeit nach Mafia-Manier in die Beine geschossen wurde, im einschlägigen Milieu als letzte Warnung bekannt, und der sich bei den Ermittlungen der Polizei, so sagen Polizeibeamte unter der Hand, erstaunlich unkooperativ gegeben hatte.

Der Senat und auch der Bürgermeister haben tatenlos zugesehen, als Herr Schill und dieser Staatsrat den Leiter der Abteilung zur Ermittlung gegen das organisierte Verbrechen abberufen haben und diese Stelle jahrelang nicht wieder besetzt wurde – übrigens auch zu einer Zeit, als Sie schon alleine regiert haben, meine Damen und Herren.

B

Wenn der Bürgermeister all dies geduldet hat und dann tauchte ein Lobbyist wie Mettbach auf, der für Grundstücksgeschäfte der Osmanis Werbung macht, ist das vielleicht aus ihrer Perspektive wirklich nur ein kleiner Fisch.

(*Barbara Ahrons CDU*: Die haben die Grundstücke in Ihrer Regierungszeit gekauft!)

Wie es wirklich war, kann uns eigentlich nur der Bürgermeister sagen, aber er ist nicht da.

(Zurufe von der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Sie wissen ganz genau, dass der Bürgermeister mit dem Bundespräsidenten unterwegs ist! Das ist unmöglich!)

Meine Damen und Herren, das ist vielleicht auch bezeichnend, der Umgang des Bürgermeisters mit dieser Debatte, die schon seit Wochen und Monaten die Öffentlichkeit dieser Stadt beschäftigt.

(Die CDU-Abgeordneten verlassen den Saal.)

Sie können gerne herausgehen, meine Damen, meine Herren. Die unbeantworteten Fragen bleiben.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Meine Damen und Herren, ich habe keine Rednerin und keinen Redner auf der Liste, mir liegen also keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Zunächst zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL aus der Drucksache 18/4784 in der Neufassung. – Ich

C stelle fest, dass dieser Antrag mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist. Das Aktenvorlageersuchen ist somit wirksam zustande gekommen.

Wir kommen nun zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD aus der Drucksache 18/4796 in der Neufassung. Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenprobe.

(Unruhe im Hause)

Ich sehe deutlich, dass immer noch Abgeordnete hereinströmen, deshalb ...

– Ich habe deutlich gesehen, dass ganz viele Abgeordnete noch hereingeströmt sind, das waren mindestens fünf. Das würde bedeuten ...

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich berufe den Ältestenrat ein und bitte die Fraktionsvorsitzenden und die anderen Ältestenratsmitglieder zu mir. Ich unterbreche die Sitzung.

**Unterbrechung: 17.07 Uhr**

**Wiederbeginn: 17.24 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte Sie, auf Ihren Plätzen Platz zu nehmen, damit wir nicht ähnliche Probleme wie eben haben.

D Das Ergebnis unserer Ältestenratssitzung ist, dass wir diese Abstimmung wiederholen werden.

(Zurufe von der SPD: Buh, buh! – Zuruf von *Werner Dobritz SPD*)

– Wir werden jetzt abstimmen.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Ordnungsruf! Der Dobritz hat gesagt, wir haben uns die Abstimmung erkauf!)

Herr Neumann wünscht das Wort zur Geschäftsordnung. – Herr Neumann gibt eine persönliche Erklärung zur Abstimmung ab.

**Michael Neumann SPD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Der Ältestenrat hat mitnichten einen Beschluss gefasst. Es war nicht möglich, weil die CDU der Auffassung war, wie Herr Hesse gesagt hat – ich darf ihn sinngemäß zitieren –, dass er subjektiv der Auffassung gewesen sei, die Mehrheit der CDU-Abgeordneten sei im Raum gewesen. Das ist die Grundlage dafür gewesen, dass die Präsidentin, die im Zweifelsfall die Sitzungsleitung hat, entschieden hat, die Abstimmung zu wiederholen, was meine Fraktion ausdrücklich für einen Fehler hält, denn es gab eine klare Mehrheit in diesem Parlament für den gestellten Antrag.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Bernd Reinert CDU*: Er darf nur Angriffe auf sich zurückweisen!)

Eine zweite Bemerkung, die CDU-Fraktion hat sich, aus welchem Grund auch immer, schützend vor den Ersten Bürgermeister geworfen, weil ein Kollege der GAL-Fraktion Fragen gestellt hat.

A      (*Bernd Reinert CDU*: Das ist eine politische Debatte! – Zurufe von der CDU)

Das hat die Fraktion dazu bewogen, den Saal zu verlassen. Offensichtlich ist hier aus Sicht der CDU der Tatbestand der Majestätsbeleidigung eingetreten.

Das war Ihre Entscheidung, den Saal zu verlassen, das war Ihre falsche Entscheidung als Fraktionsführung, den Saal zu verlassen und im Nachhinein – ich sage es von diesem Ort heraus – mit Lügen zu versuchen, eine Abstimmung, die Sie verloren haben, zu wiederholen.

(Glocke – Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Das Wort hat Herr Reinert.

**Bernd Reinert CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Präsidentin hat im Ältestenrat festgestellt, ihr sei das Ergebnis der Abstimmung nicht klar gewesen. Deshalb möchte sie die Abstimmung wiederholen. Es besteht Ihrerseits insofern überhaupt kein Grund, sich aufzutreiben.

(*Werner Dobritz SPD*: Sie haben die Abstimmung chaotisiert, weil Sie kein Ergebnis wollten!)

– Also, lieber Herr Dobritz, ...

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Herr Dobritz, ein Ordnungsruf an Sie.

B

**Bernd Reinert** (fortfahrend): Es bleibt zu dem was Herr Neumann ansonsten noch sagte – der eigentlich nicht, wie es in der persönlichen Erklärung vorgesehen ist, Angriffe auf seine Person zurückgewiesen hat –, zu dem Verhältnis zu sagen ...

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Das machen Sie ja jetzt auch nicht!)

– Na ja, da berufe ich mich jetzt auf einen Präzedenzfall, der gerade vor mir am Rednerpult war.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Wenn der Bundespräsident offiziell die Freie und Hansestadt Hamburg besucht, dann ist es die Pflicht des Bürgermeisters, den Bundespräsidenten bei diesen Terminen zu begleiten,

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Was für ein Zufall!)

wenn der Bundespräsident dieses wünscht.

Darüber hat der Bürgermeister die Fraktionen weit vor der heutigen Bürgerschaftssitzung schriftlich informiert.

(*Werner Dobritz SPD*: Es geht um die Chaotisierung der Abstimmung! – Zuruf von *Gerhard Lein SPD*)

– Den Terminplan des Bundespräsidenten, Herr Lein, macht der Bundespräsident.

Dieses hier in diesem Plenum durch Herrn Kerstan zu nutzen, dem Bürgermeister zu unterstellen, er täte nichts gegen organisierte Kriminalität, ist eine bodenlose Frechheit.

C      (*Beifall bei der CDU – Dr. Mathias Petersen SPD*: Was hat das mit der persönlichen Erklärung zu tun?)

Das ist eine so bodenlose Frechheit, für die ich aus der Zeit, in der ich diesem Parlament angehöre, keinen vergleichbaren Fall kenne.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Frau Dräger hat das Wort für zwei Minuten.

**Gesine Dräger SPD**\* Ich möchte etwas zu dem sagen, was hier gerade abgelaufen ist. Die CDU-Fraktion ist angefasst, weil sie merkt, dass ihr Senat schwer wegen einer Filz-und-ich-weiß-nicht-was-noch-alles-Geschichte immer mehr in Bedrängnis gerät.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dann kritisiert ein GAL-Abgeordneter zu Recht das Fehlen des Bürgermeisters. Da sind Sie noch mehr angefasst. In einer überschießenden Reflexreaktion sagen Sie sich dann: Bloß weg hier.

(*Harald Krüger CDU*: Oh Gott, oh Gott!)

In dieser Situation verlassen Sie den Saal. Sie dürfen den Saal verlassen. Aber wer den Saal verlässt, muss auch die Konsequenzen tragen können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dazu sind Sie zu feige.

D

Ich habe eben eine Ältestenratssitzung erlebt, in der Leute uns ins Gesicht die Unwahrheit sagen, weil sie nicht akzeptieren wollen, dass sie einen Fehler gemacht haben, und weil sie die Konsequenzen nicht tragen können und wollen. Das ist wirklich peinlich für Ihre Fraktion und Ihre Führung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Frau Goetsch hat das Wort – auch für zwei Minuten.

**Christa Goetsch GAL**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vier Bemerkungen meinerseits.

Es ist erstens bemerkenswert, dass eine Regierungsfraktion so unsouverän ist, dass sie den Saal verlässt, wenn Kritik am Bürgermeister geübt wird, und nicht bereit ist, für die Aufklärung zu sorgen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweitens, es ist bemerkenswert, dass eine Regierungsfraktion im Ältestenrat mit Unwahrheiten argumentiert und behauptet, sie wäre in der Mehrheit gewesen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Drittens hat mein Kollege Kerstan eine Frage an den Bürgermeister gestellt, die nur er beantworten kann, meine Damen und Herren.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Märchen hat er erzählt!)

Viertens möchte ich Sie alle bitten, die Sie nicht im Saal waren, sich einmal zu prüfen, ob Sie wirklich da waren –

A Frau Gienow, Herr Ohlsen, Herr Fuchs, Frau Hochheim, Herr Krüger, Herr Böttger,

(*Olaf Böttger CDU: Ich bin hier gewesen!*)

Frau Eggers, Frau Strasburger, Herr Goldberg und Herr Mattner.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Dr. Willfried Maier GAL: Dann war die Sache in nur einem Fall falsch!*)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Doch, Herr Petersen.

(Zurufe von der CDU)

**Dr. Mathias Petersen** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Vorfall ist einmalig in der Hamburger Demokratie.

(Lachen bei der CDU – Beifall bei der SPD)

Das hat es noch nie gegeben, dass eine absolute Mehrheit in so einer Art und Weise und, ich gehe so weit zu sagen, undemokratisch umgesetzt worden ist.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Dummheit ist der Vorwurf!*)

Ich fordere Sie auf, meine sehr verehrten Damen und Herren, in sich zu gehen und diesen Schritt, den Sie jetzt gerade vorhaben, nicht zu vollziehen. Dieses schadet der Demokratie unserer Hansestadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Jetzt wünscht Herr Kerstan das Wort für eine persönliche Erklärung.

**Jens Kerstan** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte hier gerne eine persönliche Erklärung abgeben. Ich weiß geschäftsordnungsmäßig nicht, was gerade abgelaufen ist. Ich glaube, ich bin im Moment der einzige, der das darf, weil ich direkt von Herrn Reinert angesprochen wurde.

Ich kann nicht beurteilen, wer oder welche Fraktion im Ältestenrat mit unwahren Behauptungen operiert hat, aber ich kann etwas dazu sagen, was Herr Reinert in Bezug auf mich behauptet hat, was Sie alle auch eben in der Debatte nachvollziehen könnten.

Herr Reinert hat eben gesagt, er wäre herausgegangen, weil ich behauptet hätte, der Bürgermeister würde nichts gegen das organisierte Verbrechen tun. Sie werden das alle im Protokoll nachlesen können, das ist nicht wahr. Ich habe einen solchen Satz nicht gesagt. Ich habe gesagt, ich habe Fragen an den Bürgermeister gestellt, die nur der Bürgermeister beantworten kann. Er ist jetzt nicht da.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lemke zu?

**Jens Kerstan** (fortfahrend): – Nein, das möchte ich jetzt nicht. Sie haben das Verfahren heute schon lange genug unterbrochen.

Ich fuhr dann fort: ... und das ist bezeichnend, wie der Bürgermeister mit dieser Debatte in dieser Stadt in den letzten Monaten umgegangen ist, weil er sich da auch nicht geäußert hat.

Herr Reinert, warum Sie bei dieser Frage meinten, hinausrennen zu müssen, das weiß ich nicht. Ich kann nur feststellen, welchen Effekt es hatte. Sie haben dafür gesorgt, dass ich diese Rede nicht mehr weiter gehalten habe. Sie haben dafür gesorgt, dass dann abgestimmt wurde, und Sie haben dafür gesorgt, dass Sie als CDU-Fraktion und auch der Senat auf diese Vorwürfe, und es sind schwerwiegende Vorwürfe, nicht geantwortet haben.

So wie das Ganze hier abgelaufen ist, bin ich mir nicht sicher, ob Sie das nicht auch vorher schon geplant hatten. – Vielen Dank.

(Zuruf von der CDU: Och! – Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Herr Warnholz zur Geschäftsordnung.

**Karl-Heinz Warnholz** CDU (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren! Man mag von Fraktionsdisziplin sprechen wie man will. Aber eines sage ich Ihnen ganz deutlich, ich gehöre diesem Hause neun Jahre an. Wenn ein Abgeordneter, egal ob er Böttcher oder wie auch immer heißen möge, sagt, ich war hier drinnen, dann war er hier drinnen. Dann geht es nicht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(*Dr. Willfried Maier GAL: Das ist nicht zur Geschäftsordnung!*)

dass hier ein Name aufgezählt wird, der nachher im Protokoll steht unter dem Motto, er war nicht da. Das finde ich ungerecht.

(Glocke – Vereinzelter Beifall bei der CDU)

D

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** – Herr Warnholz, das ist nicht zur Geschäftsordnung.

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, ist das richtig?

(*Dr. Willfried Maier GAL: Gott sei Dank!*)

Dann kommen wir zur Abstimmung des gemeinsamen Antrags der Fraktionen der GAL und der SPD aus der Drucksache 18/4796 in der Neufassung. Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenprobe.

(Zurufe von der SPD und *Gesine Dräger* SPD: Pfui!)

– Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf den Punkt 38, Drucksache 18/4688, Unterrichtung des Präsidenten, Hamburger Bürger-Dialog – Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Hamburger Bürger-Dialog – Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung – Drucksache 18/4688 –]

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Haushaltausschuss überweisen.

C

A Wer wünscht das Wort? Herr Kruse, bitte.

**Rüdiger Kruse CDU:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist natürlich jetzt eine wunderbare Situation, zu einem Thema zu kommen, das von Übereinstimmung geprägt ist.

Wir haben in diesem Punkt in der Richtung eines internetgestützten Bürger-Dialoges ... – Sie können jetzt ruhig alle einmal hinausgehen, ich werde auch nicht sofort eine Abstimmung herbeiführen. Ich kann das gut verstehen, wenn jetzt Leute hinausgehen möchten. – Es war nicht der erste Dialog, den wir internetgestützt gemacht haben, es war der dritte. Die ersten beiden waren zu Themen der Wachsenden Stadt und zur familienfreundlichen Stadt. Insofern war der Weg schon einmal gebahnt. Allerdings haben mir viele zum Thema Haushalt gesagt, also Haushalt ist nun wirklich nicht sexy. Da erreichst Du keinen, da macht keiner mit. Das ist viel zu komplex, gerade für ein Medium, das hauptsächlich zur Unterhaltung genutzt wird.

Nun gut, der Erfolg hat uns Recht gegeben. Die genannten ersten Dialoge haben jeweils um die 1000 registrierte Benutzer gehabt, ich rede nicht von den vielen Zigaretten, die sich das einmal angesehen haben.

(*Wolfhard Ploog CDU: Es ist zu unruhig hier!*)

– Wir können uns doch darauf verständigen, dass wir das gleich überweisen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

B **Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um mehr Ruhe für Herrn Kruse. Das ist der einzige, der hier im Plenarsaal derzeit sprechen sollte. – Bitte.

**Rüdiger Kruse** (fortfahrend): – Wahrscheinlich bin ich hier gleich der einzige.

(*Wolfhard Ploog CDU: Wir halten Dir die Treue!* – *Bernd Reinert CDU: Die Präsidentin ist auch noch hier!*)

Die ersten beiden genannten Dialoge haben um die 1000 registrierte Benutzer gehabt, der Bürger-Dialog Haushalt 3000. Von denen haben 2500 einen Haushalt aufgestellt. Das war der Clou dabei, dass man selber mit einem netten kleinen Schieberegler – das Internet braucht immer Gimmicks – entscheiden konnte, wo soll es ein bisschen mehr geben, wo will ich weniger geben. Erschwerende Bedingungen, Geld war nicht zu drucken, man konnte auch die Steuereinkünfte des Staates nicht erhöhen. Das heißt, wenn man zum Beispiel für Schulen mehr Geld ausgab, musste man es an einer anderen Seite wieder abziehen. Dieser Herausforderung haben sich rund 2500 Menschen gestellt und dieser Haushalt war nicht einmal so eben zu machen.

Corny Littmann hat das sehr schön gesagt, der war nämlich der erste, der so einen Haushalt aufgestellt und das dann auf der Pressekonferenz ein bisschen locker, wie er halt so ist, erklärt hat. Er sagte, erst einmal macht das Spaß, dann wird das anstrengend und am Schluss hat man Mitleid mit den Leuten, die das täglich und im wirklichen Leben tun müssen.

Mitleid war natürlich nicht das, was wir erwecken wollten, brauchen wir auch nicht. Verständnis wollten wir wecken.

Aber nicht Verständnis für unsere harte Arbeit bei einer Haushaltsberatung, wie wir sie jetzt haben, sondern Verständnis für das Thema Haushalt. Denn es ist wichtig, dass sich der Bürger in einer demokratischen Gesellschaft auch einmal intensiv damit beschäftigt, wie das mit dem Geld eigentlich läuft. – Ich habe das in der Schule nicht gelernt, wie öffentliche Haushalte funktionieren. Das ist sicherlich auch ein Bereich, in dem wir etwas tun müssen.

Hier war dann der Ansatz, wenn der Bürger selber einen Haushalt gestalten soll, dann muss er eigentlich nur über die gleichen Informationen verfügen, wie wir sie im Haushaltungsausschuss, in den Fachausschüssen haben. Das war dann auch die Herausforderung an die Mitarbeiter von TuTech, die das mit großer Unterstützung der Finanzbehörde haben machen können.

Das war für mich der positivste Überraschungseffekt bei dieser Geschichte, dass sich die Finanzbehörde nicht hingesetzt und gesagt hat, alles Herrschaftswissen, das geben wir nicht her. Sie haben auch nicht gesagt, ist doch kein Problem, ihr könnt die Haushaltspläne haben, die Dinger, die zurzeit Ihr Fach blockieren. Das können sie natürlich keinem antun, dass sie dort PDFs hineinstellen und vorschlagen, man möge sich doch einmal die Einzelpläne herunterladen.

Es ist tatsächlich gelungen, dass wir eine Datenbank hinterlegt hatten, mit der man sich mit wenigen Mausklicks in die Produktinformationen hineinklicken konnte. Das ist intensiv gemacht worden und so sind sehr viele – 2500 – individuelle Haushalte aufgestellt worden.

Es gab eine Gemeinsamkeit bei diesen Haushalten. Ich hatte schon gesagt, niemand konnte mehr Geld ausgeben, als vorhanden ist. Es ist viel umgeschichtet worden, aber das Überwältigende war, dass weniger als möglich ausgegeben worden ist. Grundkonsens bei fast allen dieser Haushalte war, dass nicht 100 Prozent der veranschlagten Gelder ausgegeben wurden, sondern so um die 95 Prozent. Fünf Prozent weniger, das sind Einsparungsquoten, die würden wir hier niemandem zumuten wollen.

Die Bürger, die sich hier beteiligt haben, wollten das. Sie haben gesagt, die Konsolidierung des Haushaltes muss zügiger laufen. Es ist – so interpretiere ich das – ein übergeordnetes Ziel, die Finanzen dieser Stadt zügig wieder in Ordnung zu bringen, damit wir wieder zu einer Generationsgerechtigkeit kommen. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt, den wir für unsere zukünftigen Haushaltsberatungen mitnehmen sollten, dass der Konsolidierungsauftrag, das Vermeiden von Schulden, die Rückführung von Schulden, absolut im Interesse der Bürger ist.

Das ist das, was der Bürger selber in seinem Leben auch tun muss. Das mutet er auch uns zu. Gleichzeitig gibt er uns aber auch mit einem solchen Signal die Unterstützung dafür, klar zu formulieren, wo wir Ausgabenschwerpunkte setzen und wo wir dann Prioritäten setzen. So war auch der Dialog betitelt, wir haben nicht gesagt, wir wollen mehr sparen, sondern wir haben gesagt, was wollen wir uns leisten? Das kann man unterschiedlich gewichten, da wird und muss es immer Streit zwischen den Fraktionen geben, aber es muss Einigkeit darüber geben, dass Haushaltssolidarität Vorrang vor allen anderen Dingen hat.

(Beifall bei der CDU – *Barbara Ahrons CDU: Jawohl!*)

A – Danke, Barbara.

Ich bin sehr froh, dass wir nicht den Weg gegangen sind, einfach zu sagen, Ersuchen an den Senat, nun mache einmal so einen Dialog. Dann wäre es relativ einfach gewesen, aber Haushalt ist Parlamentssache, da war es auch sehr wichtig, dass dieser Antrag von allen Fraktionen gestützt worden ist. Wir haben das einvernehmlich beschlossen, wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet, in der Herr Dr. Maier und Herr Zuckerer und die Bürgerschaftskanzlei vertreten waren. In diesem Team haben wir mit der beauftragten TuTech diesen Dialog sehr zügig auf die Beine stellen können. Sie alle haben die 131 Seiten Bericht gelesen, insofern hat sich die Mühe gelohnt. Bundesweit wird dieses Projekt nachgefragt. Es ist ein sehr interessanter Ansatz, daher freue ich mich, dass wir diese Diskussion intensiv im Haushaltungsausschuss fortsetzen können. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Herr Marx hat jetzt das Wort.

(*Olaf Ohlsen CDU: Wo sind denn die ganzen Ge- nossen geblieben?*)

**Wolfgang Marx SPD:** – Die suchen den Bürgermeister.

(*Wolfhard Ploog CDU: Die haben Sie verlassen! Der Marx wurde verlassen!*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

B – Herr Ploog, keine Sorge, so verlassen bin ich nicht.

Wir wenden uns nun einem der Anträge zu, die der Finanzsenator der CDU-Fraktion erlaubt hat. Der Antrag ist ja auch einstimmig in der Bürgerschaft beschlossen worden. Hamburger Bürger-Dialog – Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung, heißt es da so schön.

Man muss immer ein bisschen skeptisch sein, wenn in Hamburg die CDU der Bürgerbeteiligung das Wort redet und siehe da, auch hier durften die Bürger zwar viel sagen, aber trotzdem durften sie sich nicht so recht beteiligen. Die Bürger durften zwar Vorschläge für geänderte Ausgaben machen, aber sie durften nicht das machen, was der Senat ständig macht, nämlich Senatsmonopoly machen, um die Einnahmen dieser Stadt zu erhöhen. Die Bürgerinnen und Bürger durften nicht Geschäfte mit SAGA und GWG machen, die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht die Hälfte der HHLA verkaufen wollen, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dürfen nicht einfach alle Nicht-Wohngebäude verkaufen. Auch Steuererhöhungen waren Tabu.

Trotzdem, finde ich, war dieser Bürger-Dialog sehr interessant. Man konnte nämlich sehen, dass die Menschen in dieser Stadt eine Menschliche Metropole und eine kreative Stadt mit Schwerpunkten besonders bei Kita, Schule und Hochschule wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gab auch etwas bizarre Vorschläge, wie jener Transrapid, der sich in der Art eines Perpetuum mobile durch steigende Steuereinnahmen weitestgehend selbst finanzieren sollte. Es gab den Vorschlag, das Gästehaus der Bürgerschaft abzuschaffen, aber ich muss gestehen, selbst nach zehn Jahren Bürgerschaftszugehörigkeit

C  
habe ich eben dieses Gästehaus nie kennen lernen dürfen. Dazu kann man nur feststellen, Parlamentarismus kostet Geld und ist daher nicht bei allen und jederzeit beliebt. Trotzdem, denke ich, muss uns das lehren, dass wir über unsere Arbeit und über das, was wir haben, und das, was wir nicht haben, besser informieren sollten.

Wir konnten auch lesen, dass Rüdiger Kruse als Initiator dieses Antrags mehr Geld für den Umweltschutz haben möchte. Allerdings ist Herr Kruse Haushaltssprecher einer alleinigen Regierungsfaktion. Da wundert es mich schon, dass der Haushaltssprecher sich nicht in der eigenen Fraktion und gegenüber seinem eigenen Senat durchsetzen kann und dem Haushaltsplan des Senats vermutlich am Ende dieses Jahres trotzdem zustimmen wird.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Das ist bei uns ähnlich!*)

Allerdings ist ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass die Schutzbewegung Deutscher Wald mitsamt Geschäftsführer auch zum Umweltbereich gehört.

Interessant ist dann noch eine Betrachtung der Produktbereiche. Die Lieblingssparmaßnahme war eine Absenkung des Managements des öffentlichen Grundvermögens. Da geht es um die wenig öffentlichkeitswirksame Liegenschaftsverwaltung und alles was daran hängt. Im Schnitt wollten die Menschen in dieser Stadt, die an diesem Projekt teilgenommen haben, dort 21 Prozent einsparen. Auch die Theater und die Musik sollten 17 Prozent absenken. Das wird sicherlich bei Herrn Dr. Maier Sorgenfalten auslösen.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Ja!*)

D  
Außerdem soll das Landesamt für Verfassungsschutz 18 Prozent einsparen, das würden die hamburgischen Onlinebürger jetzt zurzeit vielleicht anders betrachten.

Kindertagesstätten, Schule und Hochschulen hatten mit elf, zehn und sieben Prozent die deutlichsten vorgeschlagenen Zuwächse.

Da ich als Sozialdemokrat ein hoffnungsvoller Mensch bin, gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass die CDU die Ergebnisse dieses Dialogs ernst nimmt. Auch wenn es entgegen dem verlockenden Titel des Projekts keine echte Bürgerbeteiligung war, in Wahrheit könnte es trotzdem ein bisschen Bürgerbeteiligung geben, indem die CDU als Mehrheitsfraktion die Ansinnen der Bürger ernst nimmt und zu den Haushaltsberatungen verarbeitet. Darauf hoffe ich, dass die CDU für eine Menschliche Metropole und eine kreative Stadt Schwerpunkte bei Kita, Schule und Hochschule nicht nur durch das Einführen ständig neuer Gebühren setzt.

Trotz meiner Kritik danke ich an dieser Stelle ausdrücklich Rolf Lührs und seinem Team von der TuTech für die Durchführung dieses Projektes und freue mich auf eine spannende Debatte dazu im Haushaltungsausschuss.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Herr Dr. Maier hat das Wort.

**Dr. Willfried Maier GAL:** Danke schön, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren. Ich fand eigentlich in Bezug auf dieses Zahlenspiel mit den Haushaltssummen am interessantesten die Entscheidungen, bei denen etwas höher gesetzt wurde. Das waren, wie die Vorredner schon sag-

A ten, vorneweg Kindertagesbetreuung, als Nächstes Schulen und als Drittes Hochschulen. Das sind aber auch die drei einzigen Bereiche im gesamten Haushalt, wo gesagt worden ist, da soll mehr ausgegeben werden. Das ist offenkundig eine Schwerpunktentscheidung, die die Teilnehmer an diesem Diskurs für sich mit deutlicher Mehrheit getroffen hatten.

Nun muss man allerdings sagen, diese 2500, 3000 Leute, die daran beteiligt waren, waren vorwiegend 18- bis 44-Jährige, vorwiegend Leute mit Hochschulreife beziehungsweise Hochschulausbildung, soweit im Wesentlichen GAL-Wähler, aber leider auch 85 Prozent Männer und insofern wieder untypisch für die GAL-Wählerschaft. Diese Gruppe ist dominant.

Darin steckt natürlich schon eine gewisse Selbstauslese derjenigen, die sich beteiligt haben. Es haben Leute mit Hauptschulabschluss nur zu vier Prozent daran teilgenommen, das heißt ein großer Sektor innerhalb unserer Bürgerschaft hat sich dazu nicht gemeldet.

*(Dietrich Rusche CDU: Kein Wunder!)*

Zweitens finde ich, dass die Aussagen, bei denen über Sparvorschläge geredet worden ist, weniger aufschlussreich sind. Sparen konnte man in diesem Fall auf die sonderbare Weise, dass man einfach sagte, da zehn Prozent weniger, da 15 Prozent weniger und so weiter.

Jetzt findet Herr Kruse das überwältigend, dass die Leute auf diese Weise insgesamt weniger Geld ausgegeben haben und spricht vom eindrucksvollen Willen der Bürger zum Abbau der Schulden. Das vereinfacht die Sache unzulässig. Dieselben Bürgerinnen und Bürger, die für zehnprozentige Kürzungen in den und den und den Bereichen sind, würden sofort in lebhaften Protest gehen, wenn die Konsequenz dieser Kürzungen sie als weniger dies und weniger das, etwa längere Gerichtszeiten et cetera treffen würde.

Das heißt man kommt aus diesem Widerspruch, den jeder individuell in sich trägt – für sich höhere Leistungen zu fordern und gleichzeitig das Ergebnis in wachsender Verschuldung nicht haben zu wollen – nicht heraus, indem man mit pauschalen Zahlen operiert. Da muss man über konkrete Kürzungen reden. Insofern hat dieses Zahlenspiel mit den Prozentzahlen etwas mit Blindekuh-Spielen zu tun, weil Prozentzahlen die Wirklichkeit ausblenden und ganz ohne Konkretisierung sagen, in dem Bereich sollte es einmal weniger sein. Das ist ein bisschen schief.

Man merkt es am deutlichsten, wenn der Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler seinen Haushaltsplan macht. Das läuft einfach darauf hinaus: Alles zehn Prozent weniger. Da kann man sagen, na gut, da ist sozusagen eine leibhaftige Ideologie in Prozentzahlen ausgedrückt worden, aber es hat überhaupt nichts mehr mit dem konkreten Haushalt und dem, was eigentlich an Bedürfnissen dahinter steckt, zu tun.

Zum Dritten finde ich, dass die Einzelvorschläge, die auch dazugehören, schon interessanter sind. Es haben sich Gruppen gebildet und konkrete, einzelne Vorschläge gemacht. Da finde einige ganz interessant. Ich kann nicht alle nennen, ich nenne nur Beispiele: Es wird sich sehr ausführlich über die größere Autonomie von Schulen als eine Möglichkeit, Kosten zu sparen, ausgetauscht. Wenn die Schulen selber über die Einstellungen ihres Personals und über die Qualifikationen, die sie einkaufen wollen,

C entscheiden und nicht einfach vorgeschrieben bekommen, dass alle, die in die Schule zugelassen werden, mindestens diese und jene Beamtenkategorie sein müssen, ist das – finde ich – ein plausibler Vorschlag.

Oder wenn gesagt wird, kreativer investieren in der HafenCity, sind das auch vernünftige Vorschläge. Nur sind das zum Teil Vorschläge, wo ich mir nicht so ganz sicher bin, ob das auf Einsparungen oder auf Mehrausgaben hinausläuft. Da muss man dann im Einzelnen noch einmal schauen, aber das ist im Grunde der interessante Bereich, wo kleinere Gruppen sich über einen konkreten Vorschlag unterhalten haben und mit diesem konkreten Vorschlag auch herausgekommen sind.

Es gibt allerdings auch dort ausgesprochenen Unsinn. Der eine Unsinn ist schon genannt worden, wir sollen unser Gästehaus der Bürgerschaft, das es nicht gibt, verkaufen. Das ist sozusagen nur ressentimenterbaut gewesen. Da hat jemand ein gewisses Ressentiment gegenüber dem Geldausgeben von Politikern und erfindet sich ein Gästehaus der Bürgerschaft, das dann abgebaut werden soll.

*(Dr. Mathias Petersen SPD: Er meinte das Gästehaus des Senats!)*

So etwas ist natürlich auch da, aber es sind nicht nur solche Ressentiments. Besonders kopfschüttelnd habe ich auf Professor Budäus reagiert, ein bedeutender Mensch in der öffentlichen Verwaltungslehre und der öffentlichen Finanzierung. Der macht den Vorschlag, leistungsgerechte Bezahlung von Politikern einzuführen. Wie das eigentlich aussehen soll, was weiß ich: Die Regierung erzielt schlechte Bruttonsozialproduktsergebnisse. Die Opposition bekommt darauf steigende Einkommen und die Regierung sinkende? Oder sollen beide zur Rechenschaft gezogen werden? Wird das Gehalt der Kultursenatorin genauso abgesenkt, wie das des Wirtschaftssenators, wenn es im Hafen nicht klappt?

D Ich finde, es gibt auch Vorschläge, von denen man sagen kann: Das Abwahlrisiko von Politikern ist deutlich höher als das Arbeitsplatzrisiko von Professoren, die Vorschläge machen.

*(Vereinzelter Beifall bei allen Fraktionen)*

So weit ein Wort zur allgemeinen "Gutachteritis". Es gibt da häufig den Gestus, als Weltweiser aufzutreten, während richtiger Quatsch vorgeschlagen wird.

Einige Vorschläge weisen auch auf ein Defizit des Verfahrens hin. Das ist auch schon gesagt worden. Es gibt Vorschläge, wie die Stadt zu mehr Geld kommen könnte, von der City-Maut bis zu einer Sonderabgabe. Da ist offenkundig durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Element ins Spiel gebracht worden, das vorher ausdrücklich ausgeschlossen war, nämlich dass man nicht nur über die Ausgabenseite redet, wenn man den Haushalt ausgleichen will, sondern natürlich auch über die Einnahmenseite. Das fehlte einfach in diesem Spiel und lässt sich auch schwierig darin unterbringen, wie man ehrlicherweise zugeben muss, weil darin die Ebenen Bund, Land und Kommune schwierig abzubilden sind. Insgesamt fand ich auch, dass es eine erfreuliche und Erkenntnis bringende Sache war. Aber man kann sie nicht 1 : 1 nehmen. Darum sprechen wir im Haushaltssausschuss noch einmal darüber. – Bis dann.

*(Beifall bei der GAL und bei Dietrich Rusche CDU)*

A **Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/4688 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Punkt 18, Drucksache 18/4644, Große Anfrage der GAL-Fraktion, Kreative Stadtentwicklung: Die Potenziale Hamburgs.

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:  
Kreative Stadtentwicklung: Die Potenziale Hamburgs  
– Drucksache 18/4644 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Herr Lieven, bitte.

(Dr. Willfried Maier GAL: Just in time! Anders als die CDU-Fraktion!)

**Claudius Lieven GAL:**\* – Just in time, meine Damen und Herren. Erstaunlich, dass die letzte Debatte so schnell ging.

Meine Damen und Herren! Sie werden sicher mitbekommen haben, dass wir uns bei der GAL intensiv mit der kreativen Stadt beschäftigen. Warum unser Fokus auf die Kreativität? Kreativität ist zunächst einmal kein Wert an sich. Aber Kreativität ist eine Voraussetzung für Innovation. Kreativität ist die Prädiktionsvariable, aus der sich Innovationen erst entwickeln können. Man kann auch sagen, eine Innovation ist eine kreative Idee, die den Realitäts-test bestanden hat.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

So wie es ist, braucht man eine Vielzahl von Ideen, um eine Innovation zu erhalten. Also muss man in einer Stadt, in der man viele Innovationen haben will, die Bedingungen so gestalten, dass möglichst viele Ideen entwickelt werden können. Die Wissensgesellschaft, in die wir uns hineinbewegen, lebt von Innovationen und Ideen, sie sind eine zentrale Größe für die Wettbewerbs-fähigkeit und die Attraktivität unserer Stadt.

Aus unserer Sicht allerdings vernachlässigt der Senat wegen seiner einseitigen und auf den Hafen fixierten Clusterpolitik die Potenziale, die in Hamburg in der Entwicklung der kreativen Branchen liegen. Der Senat verweist in seiner Antwort auf unsere Anfrage beispielsweise auf die Luftfahrtindustrie als ein Beispiel für eine gelungene Clusterpolitik mit ausgewiesener Innovationsstärke und signifikanten Arbeitsplatzeffekten. Allerdings muss man sagen, diese Luftfahrtindustrie, der Luftfahrtcluster ist nicht auf dem Mist des Senates gewachsen, das ist ein Erbstück.

Gleichzeitig erklärt der Senat, dass die Creative Industries zwar auf vielfältige Weise gefördert würden, dass aber die Zusammenfassung in einem Cluster nicht voneinander sei. Dabei ist die Medienwirtschaft der drittgrößte Arbeitgeber in Hamburg und der viertgrößte Umsatzträger in der Stadt, deutlich größer als die Luftfahrtindustrie, aber offensichtlich nicht würdig, dass man eine gezielte Clusterpolitik für die Creative Industries ansetzt.

Mit rund 13 000 Medienunternehmen hat sich deren Zahl gegenüber 1995 in Hamburg mehr als verdoppelt, was man von keiner anderen Branche sagen kann. Andere

C Städte, wie zum Beispiel Berlin oder Wien, messen den Creative Industries dementsprechend auch große Bedeutung zu und entwickeln diesen Cluster gezielt weiter. Hamburg sieht dazu leider offenbar keine Veranlassung. Die Schmalspur-Medien- und IT-Initiative des Senats umfasst weder die Filmwirtschaft noch die Musikwirtschaft und greift dort wesentlich zu kurz. Dabei hatte der Senat schon 2002 festgestellt, dass andere Konkurrenten wie Köln, München und vor allem Berlin Hamburgs Position in den Medien gefährden. So steht es in dem vom Senat beschlossenen Leitbild zur wachsenden Stadt.

Leider wird aus den Antworten auf unsere erste Anfrage und der zweiten zur kreativen Stadt deutlich, dass der Senat auf diese Gefährdung nur mangelhaft reagiert hat. Weder gibt es eine einheitliche Erhebung über die kreativen Industrien in Hamburg noch Förderprogramme, die wirklich Geld bewegen und deutliche Zeichen setzen, im Gegenteil. Das ist alles Klein-Klein, das können Sie in unseren Anfragen nachlesen.

Auch die gesteckten Ziele, die der Senat 2002 formuliert hat, wurden nicht erreicht. Ich erinnere an die Echo-Verleihung, die ein einziges Mal stattgefunden hat. Die Bambi-Verleihungen, mit denen großer Glanz nach Hamburg geholt werden sollte, haben zweimal für je 250 000 Euro stattgefunden, dann war es wieder vorbei. Das House of Design soll nun vielleicht in der HafenCity gegründet werden, es ist seit vier Jahren überfällig. Dort sind reihenweise Ziele verfehlt worden und das ist der Beleg dafür, dass der Senat diesen ganzen Bereich stiefmütterlich behandelt hat.

**(Beifall bei der GAL)**

D Ich fasse zusammen. Wir müssen beobachten, dass Hamburg in den High-Tech-Branchen stagniert und zu wenig Innovation hervorbringt. Wir müssen beobachten, dass in den kreativen Branchen der Kultur- und Medien-industrie Hamburg Terrain an seine Konkurrenten verloren hat und wir müssen beobachten, dass Hamburg in diesem Schlüssfeld moderner Stadtentwicklung weit hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt.

Was hat dies nun alles mit der Stadtentwicklungs-politik im engeren Sinne zu tun? Darum dreht sich ja der Fokus unserer Anfrage. Metropolen sind natürlicherweise Zentren der Kreativität und der Creative Industries. Sie sind auch Zentren des gesellschaftlichen Wandels und der wirtschaftlichen Innovation und in aller Regel nicht nur von einer vorherrschenden Kultur geprägt, sondern von vielen Kulturen und Subkulturen. Gerade diese abweichen-de Lebensstile und Subkulturen bilden häufig den kreativen Humus, aus dem die Impulse für neue Stile und Trends kommen, die das Image einer Stadt erneuern und ihre Ökonomie ankurbeln. Hierin liegt die Bedeutung dieses kreativen Humus, Impulse zu setzen und die ökonomische und gesellschaftliche Innovation voranzubringen. Die meisten dieser innovativen Ansätze sind zwar zunächst klein und ökonomisch schwach. Deshalb ist es wichtig, nicht nur auf große Projekte zu setzen und Glanz und Glamour zu fördern, sondern auch die grass-roots, die kleinen Projekte, die sich entwickeln und stark werden können.

Die Stadtentwicklung im Sinne der Steuerung, der Nutzung von Flächen und Bauten, hat für die Kultur und die kreativen Branchen in erster Linie die Funktion, Bauten und Flächen für solche Nutzungen zur Verfügung zu stellen. Dabei kommt es darauf an, nicht nur tolle und

A teure Bürolofts herzustellen, sondern den spezifischen Bedarf dieser kreativen Branchen im Blick zu haben und die sind für zwei Dinge besonders affin: niedrige Preise und die richtige Atmosphäre. Deshalb kommt es weniger auf besondere technische Modernität der Flächen an, vielmehr sind Authentizität und Einmaligkeit der Orte von Bedeutung.

Demgemäß sind Brutstätten der Kreativität häufig zunächst formal entwertete Räume, heruntergekommene Wohnviertel, aufgelassene Industriegelände, alte Speichergebäude. An solchen Orten gibt es vorübergehend Raum für Experimente, dort siedeln sich Minoritäten an und es kann ein Klima der Toleranz und Vielfalt entstehen, sodass sich quasi Laboratorien entwickeln, die den Austausch zwischen Kultur und Ökonomie, Kunst und Technologie stimulieren.

Deshalb haben wir in unserer Anfrage so intensiv nach diesen Orten gefragt, ob das dem Senat bekannt sei, denn in unserer ersten Anfrage zum Thema "kreative Branchen" wurde sehr abschlägig und oberflächlich geantwortet, dass man hierüber keine Daten habe und alles so schwierig sei. Offenbar hat man sich diesmal glücklicherweise etwas mehr Mühe gemacht und zumindest zu den kreativen Hot-Spots einiges herausgefunden, was die Bestandserhebung angeht. Was allerdings die Förderung der grass-roots angeht, ist das extrem jämmerlich. 114 000 Euro in ganz Hamburg pro Jahr fließen dort fein verteilt.

Hamburg hat in den letzten Jahren im kreativen Sektor Terrain verloren. Steigende Wohnungs- und Gewerbe mieten führen zu einer schleichen den Verdrängung kreativer Nutzungen und einkommensschwächerer Schichten aus der inneren Stadt. Dies bedroht die Lebendigkeit und Vielfalt gerade der Quartiere, die sich zu kreativen Hot-Spots entwickelt haben wie zum Beispiel St. Georg, Ottensen, das Schanzenviertel oder St. Pauli. Diese Quartiere sind nicht nur kreative Hot-Spots, sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Integration und dem sozialen Zusammenhalt der Stadt. Deshalb muss darauf geachtet werden, dass innerstädtische Wohn- und Arbeitsflächen bezahlbar bleiben. Sonst können auch junge Menschen und kreative Menschen mit häufig niedrigem Einkommen in der Stadt keinen Raum mehr zum Leben und Arbeiten finden.

Die jüngsten Entwicklungen, wie sie im Mietenspiegel abgebildet sind und besonders in St. Georg deutlich sichtbar werden, zeigen, dass die Entwicklung in Hamburg in eine entgegengesetzte Richtung geht. Innerstädtischer Wohnraum verteuert sich rapide. Hamburg hat vor einigen Jahren die sozialen Erhaltungsverordnungen weitgehend abgeschafft. Andere Metropolen wie zum Beispiel München, die sich mit einer ähnlichen Entwicklung konfrontiert sehen, machen es genau umgekehrt. Um den Bevölkerungsmix in den Innenstadtvierteln zu bewahren und eine ökonomisch ausgelöste Entmischung zu verhindern, setzen sie soziale Erhaltungsverordnungen fest, um diese kreativen und gemischten integrationsstarken Viertel zu bewahren.

Noch ein Punkt. Wichtig ist auch, die Schlüsselrolle von Migrantencommunitys bei der Veränderung und Innovation in den Städten zu sehen. Die Eigenart, der kulturelle Background und die Impulse, die von den Eingewanderten ausgehen, müssen als Chance begriffen werden. In einigen Vierteln, in denen ein hoher Migrantenanteil und auch eine starke Ökonomie von Migranten vorhanden

C sind, geht das, in anderen Vierteln geht es noch nicht. Da ist es eher eine Segmentierung der Gesellschaft. Und wenn wir über aktive Stadtentwicklung reden, wenn wir über die Potenziale von Stadtteilen reden, dann müssen wir die kulturellen Wurzeln, die Eigenarten der Bevölkerungsgruppen, die sich dort angesiedelt haben, als Potenzial ansehen, weil das etwas ist, was sie mitgebracht haben und aus dem heraus die Stadt neue Impulse schöpfen kann.

#### (Beifall bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Was ist aus unserer Sicht zu tun, um die kreative Stadtentwicklung voranzubringen? Als erstes muss die Stadt prüfen, mit welchen politischen Instrumenten sie die Arbeitsbedingungen kreativer Branchen und die Realisierung kreativer Wohnräume fördern kann. Dazu müssen aus dem weit gefächerten Bestand an städtischen Gewerbeimmobilien Objekte für kreative Laboratorien aktiviert werden. Andere Städte sind da wesentlich weiter als Hamburg, angefangen von Kopenhagen über London, Amsterdam, Wien bis Barcelona, die gezielt aufgelassene Gebäude, Industriebrachen für Musikzentren, für Ausstellungszentren zur Verfügung stellen und dort natürlich eine Zeit lang beispielsweise auf die Realisierung von möglichen Gewinnen durch Veräußerungen verzichten, aber aus dem Gedanken eines städtischen Mehrwerts heraus sagen, dies kann ein Experimentierraum sein, aus dem es dann Impulse gibt. Häufig ist so etwas auch der Auslöser einer Aufwertung.

D Wir sehen beispielsweise gerade in der Neuen Großen Bergstraße in Altona, wie die kulturellen Nutzungen, die sich dort in den Brachen entwickeln, dieser Straße ein neues Gesicht geben, ein neues Image schaffen und, wenn man sich beispielsweise die Ausstellung DING DONG anschaut, innerhalb Kürzester Zeit 30 000 Besucher anziehen.

Die Stadt muss auch eine größere Offenheit für Raum pioniere entwickeln, die auf Hausbooten oder vielleicht auch in Bauwagen leben wollen, die in abweichenden, anders gearteten Wohnnutzungen leben wollen. Es muss nicht alles standardisiert sein, es muss nicht alles über denselben Kamm geschoren werden. Hamburg sollte den Mut haben, wenn es zum Beispiel eine internationale Bauausstellung einrichtet, dort auch tatsächlich Offenheit zu erzeugen und muss die Bereitschaft haben, Dinge abseits der Norm zuzulassen. Das erfordert von den Bau- und Planungsbehörden Mut zur Innovation und Vielfalt. Das war bisher nicht ihre Stärke, aber ohne das geht es nicht voran. Bei der Liegenschaft braucht es die Bereitschaft, das Interesse an einer renditeorientierten Verwertung von Brachen und Leerständen zumindest temporär zugunsten kultureller Neubesiedlungen zurückzustellen und dafür qualitative Gewinne für die Innovationsfähigkeit und das kulturelle Profil der Stadt zu erzielen.

Die Antwort des Senats auf unsere Anfrage ist da sehr zweigeteilt. Auf der einen Seite sagt man in einem einleitenden Statement, man sehe das, es könne so etwas geben, aber im Konkreten folgt dem nichts nach. In allen Bereichen, bei denen es auf städtischem Grund und in Immobilien möglich wäre, geht immer gleich die Klappe zu. Vielleicht ist der Geist willig, aber der Apparat ist schwach und unbeweglich; das muss sich ändern.

Wenn das tatsächlich gelingen soll, dann müssen auch Entscheidungen herbeigeführt werden. Das betrifft insbesondere die Port Authority, die sehr krampfhaft an prakti-

A tisch leer stehenden Speichergebäuden festhält, die auch zum Beispiel die kulturelle Inwertsetzung von Hafenflächen durch die Circle Line, was wir hier mehrfach diskutiert haben, blockiert und verhindert hat. Auch dort ist ein anderes Verständnis notwendig, nicht nur eine harte Trennung von Räumen vorzunehmen und zu sagen, hier ist Wirtschaftsraum, dort ist Lebensraum, dort ist vielleicht der Bereich des kulturellen Eventcenters der Stadt, sondern auch zu erkennen, dass dieser Wirtschaftsraum Hafen auch ein Ort der Kultur ist und dadurch wichtige Impulse für die Revitalisierung der angrenzenden Stadtteile ausgehen können.

Im Grunde genommen brauchen wir so etwas wie eine Kampnagelfabrik für Wilhelmsburg,

(*Olaf Ohlsen CDU: Natürlich!*)

was vor 20 Jahren in Barmbek vieles ausgelöst hat. Sie haben wahrscheinlich immer noch Angst vor so etwas wie einer Kampnagelisierung der HafenCity; das war vor zehn Jahren eine Schimäre der Angst. Heutzutage müssten auch Sie eigentlich weiter sein und erkennen, dass Kampnagel für Hamburg zu einer wirklichen Größe in der kulturellen Szene geworden ist, es auch viel zur Revitalisierung des Bereichs in Barmbek beigetragen hat

(*Jan Quast SPD: Na, na, das ist aber übertrieben!*)

und dass auch in der Nachfolge weitere Bebauungen auf dem Areal möglich geworden sind. Insgesamt ist das doch eine Erfolgsstory. Aber dazu braucht man erst einmal den Mut, einige Jahre nicht zu verkaufen, nicht zu verwerten, sondern Flächen bereitzustellen und zu sagen, den Pionieren überlassen wir die Räume für sehr günstige Konditionen.

B Meine Damen und Herren! Wie das Beispiel in der Neuen Großen Bergstraße zeigt, können von kulturellen Nutzungen entscheidende Impulse zur Revitalisierung ausgehen. Dass dies auch der Senat erkannt hat, ist erfreulich. So heißt es in der Antwort auf unsere Anfrage:

"Die kulturelle (Zwischen-)Nutzung leer stehender Flächen ist eine wichtige Option für die Stadtteilentwicklung ..."

und

"Die Kunst- und Kulturprojekte sind u. a. als Imageträger wichtige Impulsgeber für die Erneuerung des jeweiligen Gebietes."

Schöne Worte, nur müssen dem auch Taten folgen. Leider zeigen die Antworten auf unsere Fragen, dass die Tendenz beim Senat nach wie vor eindeutig zu den großen Leuchtturmprojekten geht und so, wie die Dinge liegen, dämmern die kreativen Potenziale Hamburgs vor sich hin und werden von diesem Senat nicht entfesselt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL – *Dr. Willfried Maier GAL: Nicht wachgeküsst!*)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Hochheim.

**Dr. Natalie Hochheim** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das von der GAL aufgeworfene Bild der kreativen Stadt ist durchaus spannend. Die weichen Standortfaktoren Hamburgs sollen weiter gestärkt und kreative Menschen global nach Hamburg gelockt werden

C – ein vernünftiges Ansinnen. Die Volkswirtschaft braucht kreative Menschen, die Hamburger Wirtschaft und auch unsere wachsende Stadt braucht sie.

Die kreative Stadt eignet sich jedoch nicht als Leitbild und schon gar nicht als konträres Leitbild zur wachsenden Stadt. Es kann allenfalls als Untermodell,

(Lachen bei der GAL)

als ein Baustein der wachsenden Stadt fungieren.

Die GAL hat sich aber nun eine fixe Idee in den Kopf gesetzt, die fixe Idee, den eigentlich sehr schönen akademischen Ansatz der kreativen Stadt unbedingt zu einem Leitbild hochstilisieren zu wollen, alle Politikbereiche damit zu überstülpen mit überraschenden Nebenwirkungen,

(*Dr. Willfried Maier GAL: Wer hatte denn die fixe Idee?*)

dass die GAL verkrampt, Herr Maier, und richtig unkreativ rüberkommt. Sie fordern quasi Kreativität ein, Kreativität lässt sich aber nicht einfach einfordern.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Das ist uns wohl bekannt!*)

Kreativität ist ein unorganisierter Prozess, der sich entwickelt und weitgehend frei wächst, und zwar in der Regel genau dort, wo die Politik nicht künstlich eingreift. Kreativität kann auch nicht auf Knopfdruck verordnet werden. Eine kreative Szene entsteht dort, wo anderes Leben bereits vorhanden ist. Der Stadtteil St. Georg ist dafür ein typisches Beispiel. Aber auch St. Pauli, das Karolinen- und das Schanzenviertel bieten längst den vielfältigen, vibrierenden Mix, in dem Kreativität blüht und gedeiht.

D (Zurufe von der GAL)

Nicht ohne Grund hat Professor Straubhaar, Direktor des Weltwirtschaftsinstituts, vor kurzem im "Hamburger Abendblatt" betont, Kreative lieben Hamburg.

(Glocke)

**Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

**Dr. Natalie Hochheim** (fortfahrend): Nein.

Sie lieben natürlich auch den Hamburger Hafen. Gerade die Kreativen sind es doch, die den Hafen und die HafenCity als Location suchen und sich dort ansiedeln. Deshalb ist der Ansatz der Grünen und von Ihnen, Herr Maier, Hafen und Kreativität auseinanderdividieren zu wollen, völlig überzogen. Ein funktionierender und florierender Hafen garantiert doch eine spannende Kreativszene.

Wie nun die GAL versucht, ihr bisher eher fragmentarisch dargestelltes Leitbild bekanntzumachen, ist meines Erachtens auch erwähnenswert. In der Werbebranche, einem wirklich kreativen Berufszweig, wird nach einem Ausspruch des alten Eisenhowers gehandelt, nämlich: Was nicht auf einer einzigen Seite zusammengefasst werden kann, ist weder durchdacht noch entscheidungsreich.

(*Dr. Mathias Petersen SPD: Da müssen Sie die alten Senatspapiere aber zur Seite legen!*)

- A Was aber tut die GAL? Sie formuliert zu Hamburgs Kreativitätspotenzial eine Große Anfrage nach der anderen, will Zahlenkolonnen und Daten seitenlang erfasst wissen und fordert die Suche und Katalogisierung von Standorten ein. Penibel wird jeder Gewerbehof, jedes Kulturprojekt, jedes Stadtteilfest hinterfragt, detailversessen und kleinigkeitsliebend, geradezu in preußischer Akribie.

(Antje Möller GAL: Was ist das für ein Argument?)

Das Ergebnis der Anfragen ist, dass der Hamburger Senat natürlich auch ein Interesse an den Kreativen in dieser Stadt hat. Das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" des Senats hat sich schließlich ein überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, eine Erhöhung der Einwohnerzahl Hamburgs sowie die Steigerung seiner internationalen Attraktivität zum Ziel gesetzt. Bestandteil bei den weichen Standortfaktoren ist selbstverständlich die Kultur. Hamburg bietet alle Facetten der kulturellen Vielfalt und ist damit ein wichtiger Anreiz für eine neue Urbanisierungsbewegung. Als ein Beispiel der Vielfalt seien nur die Angebote im Bereich der Stadtteilkultur genannt. Hamburg ist mit der Stadtteilkultur bundesweit führend.

Aber natürlich muss auch die wirtschaftliche Kraft Hamburgs weiter gestärkt werden. Dafür setzt Hamburg konsequent eine Clusterpolitik um, die die wichtigsten Wachstumsbranchen und Potenziale berücksichtigt. Dazu gehören natürlich der Hafen und die Luftfahrtindustrie sowie die Logistikbranche, aber ebenfalls der Medien- und Games-Bereich, in dem sehr viele Kreative tätig sind.

- B Mit dieser erfolgreichen Clusterpolitik hat der Senat auch im arbeitsmarktpolitischen Bereich alle Hamburger im Blick im Gegensatz zu den Grünen, die insbesondere die kreative, akademische, gut verdienende junge Klasse vor Augen hat und damit eine recht elitäre Gruppe. Das ist Klientelpolitik und zu wenig, um Hamburg für das nächste Jahrzehnt zu rüsten. Für uns als Volkspartei geht es nicht nur um die Interessen Einzelner. Wir als CDU wollen die Interessen aller berücksichtigen, die der Jungen und der Alten, die der Arbeiter und der Akademiker, die der Kreativen und der weniger Kreativen. Insofern ist das Leitbild der GAL kein Leitbild für Hamburg, sondern allenfalls eine Ergänzung der bestehenden Konzepte.

Ich bin der Überzeugung, dass es Hamburg mit der Umsetzung des Konzepts "Wachsende Stadt" gelingen wird, sein Ranking unter den attraktivsten Metropolen Europas weiter zu festigen und zu verbessern mit gezielter Wirtschaftsförderung, mit einer weiter optimierten Hochschulpolitik und einer weiteren Festigung seiner toleranten, weltoffenen Haltung. Mit ihrer Toleranz- und Innovationsfreudigkeit war, ist und bleibt Hamburg eine Stadt, die große Anziehungskraft ausübt und dies auch und gerade auf die kreative Klasse.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Schäfer.

**Dr. Martin Schäfer** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Hochheim, Sie haben für Ihre Fraktion gezeigt, dass Sie genauso viel zu dem Thema zu sagen haben wie der Senat selbst, nämlich nahezu nichts.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Wenn man die Beantwortung dieser Großen Anfrage durchliest, dann sieht man förmlich vor sich, wie die Ärmelchen übergezogen worden sind, wie die Bleistifte gespitzt worden sind, um Antworten zu geben, die so dröge sind, dass sie jenseits all dessen sind, wonach gefragt worden ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In der Einleitung wird beschrieben – Herr Lieven hat es schon aufgezählt –, welche Wirkungen vielfältige Kulturen und Subkulturen auf die Entwicklung einer Stadt haben, wie abweichende und nichtökonomisierte Lebensstile für neue Trends sorgen, wie daraus ein modernes Image entsteht und das dann wieder die Ökonomie stimuliert. Was fällt dem Senat dazu ein? Dem Senat fällt dazu ein, auf die erfolgreiche Entwicklung des Clusters Luftfahrt zu verweisen. Das ist ihm in den Schoß gefallen. Neu an dem Ganzen ist lediglich das Wort "Cluster".

Weiter stellt die GAL in der Einleitung dar, welche Rolle entwertete Räume, heruntergekommene Stadtviertel, ausgelassene Industriegelände, alte Speichergebäude als Raum für Experimente bieten. Der Verzicht auf Einnahmen heute führt zu weit höherem Nutzen morgen. Der Senat dazu:

"..., dass hierfür wirtschaftlich angemessene Miet- und Pachteinnahmen erzielt werden."

und das in jedem Fall und ohne jede Rücksicht auf das, was mit den Arealen und Gebäuden getan werden könnte. Auch hier hat der Senat nicht erklärt, worum es dem Grunde nach geht; die Frage ist nach weiteren, in Hamburg noch nicht angewendeten Förderinstrumenten zur Unterstützung kreativer Branchen. Die Antwort des Senats:

"Die zuständigen Behörden ... haben ... Kenntnis über alle relevanten Förderinstrumente in Bund und Ländern."

Was sie mit der Kenntnis machen, steht nicht da; sie tun schlcht gar nichts.

Noch schöner wird es dort, wo – ich habe selbst gelernt, was es ist – nach kultureller Sukzession als Instrument der Stadtentwicklung gefragt wird. Es geht dabei um die Nachnutzung brachgefallener Immobilien und Areale für kulturelle Zwecke. Antwort des Senats:

"... Im Übrigen hat sich der Senat hiermit nicht befasst."

Er weiß nichts, er hat dazu keine Ahnung, keine Meinung.

Wo es dagegen um die HafenCity geht, sind die Antworten prall. Dort wird alles aufgezählt, von der Elbphilharmonie bis zum Tamm-Museum; das hat aber nichts mit dem Thema zu tun.

Am allerbesten ist es dort, wo es um Subkulturen in sozialen Brennpunkten geht. Das ist ein Thema – das springt einen förmlich aus der Antwort heraus an –, das der Senat noch nicht einmal mit der Kneifzange anfasst. Das gibt es einfach nicht, Subkulturen darf es nicht geben, von sozialen Brennpunkten wollen Sie nichts hören und dabei könnten Sie doch sehen, wenn Sie sich die Geschichte der letzten 15 Jahre angucken würden, was aus solchen Gegenden werden kann. Das Schanzenviertel wurde schon angesprochen. Vor 15 Jahren wollte kein Mensch dort hin, vor zehn Jahren war es europaweit verschrien. Was ist es heute? Man kann aus solchen Gebieten etwas machen, wenn man nur möchte.

A (Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie schaffen es lediglich, das alles gar nicht weiter anzusehen. Stattdessen zählen Sie penibel jede klitzekleine Kleinigkeit auf. Da hat es mich richtig gefreut, dass der Senat als Beitrag zur kreativen Stadt auch das Kinderfest des SPD-Distrikts Eimsbüttel-Süd aufgeführt hat und dabei allerdings übersehen hat, dass es gar nicht nur von uns gemacht wird, sondern in Zusammenarbeit mit Altona-Nord grenzüberschreitend und solidarisch. Das als Beitrag dazu aufzuführen zeigt, mit welcher Ärmelschonhaltung und mit welch spitzem Bleistift das alles beantwortet wurde, aber nicht im Geiste der Fragen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt Herr Senator Dr. Freytag.

**Senator Dr. Michael Freytag:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sollten den Begriff "Wachstum" hier nicht künstlich auseinanderdividieren. Hamburg ist deshalb eine wachsende Stadt, weil wir hier ein besonderes qualitatives Wachstum haben. Sonst wäre Hamburg nicht die einzige Stadt, das einzige Bundesland mit einem wirklich nennenswerten Bevölkerungswachstum, sonst wäre Hamburg nicht die Stadt mit Rekorden im Tourismus – über 8 Millionen Übernachtungen pro Jahr –, sonst wäre Hamburg nicht die Stadt mit so vielen innovativen Projekten.

Ohne Kreativität, ohne kreative Köpfe gibt es kein Wachstum; deshalb ist der Ansatz der GAL richtig. Die kreative Stadt ist eine der Ursprungszellen für Wachstum insgesamt, übrigens genauso wie eine menschliche Stadt. Es gibt kein qualitatives Wachstum ohne Menschlichkeit. Insofern sollten wir hier nicht um Begriffe streiten, sondern darüber nachdenken, was die Qualität Hamburgs ausmacht. Das Wachstum Hamburgs ist sichtbar greifbar. Es ist keine Propaganda des Senats, dass sich so viele Menschen in Hamburg wohlfühlen, in einer Stadt, die ein erfolgreicher Wirtschafts- und Industriestandort und gleichzeitig das Bundesland mit den größten Flächenanteilen von Naturschutzgebieten ist, eine echte grüne Metropole am Wasser. Das hat natürlich mit Kreativität, mit intelligenten Konzepten zu tun, die Parlament und Senat gemeinsam auf den Weg bringen, wenn Sie an Life Science denken, wenn Sie an Medien denken – dort sind doch kreative Köpfe –, wenn Sie an den Logistikstandort Hamburg denken, der Nummer eins in Deutschland ist, den Luftverkehrs-Industriestandort, wo wir zu den drei großen Standorten weltweit gehören. Die besten Architekten, nicht nur Hamburgs, sondern Deutschlands und der Welt, arbeiten an Projekten in Hamburg. Da kann man doch nicht sagen, die kreativen Potenziale dämmerten vor sich hin, was eben von der GAL behauptet worden ist. Das Gegenteil ist richtig; die kreativen Potenziale lassen unsere Stadt erst wachsen und darüber sind wir nachhaltig froh.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt in den USA maßgebliche Forschungsarbeiten, die auch die These stärken, wonach Kreativität ein ganz besonders wichtiger Faktor für Wachstum ist. Professor Richard Florida von der Carnegie Mellon University hat einen Zusammenhang zwischen erfolgreichem Wachstum und Kreativität in verschiedenen amerikanischen Städten hergestellt. Er hat verschiedene Indexe bestimmt

ten Städten zugeordnet und es sind diejenigen Städte auch wirtschaftlich besonders erfolgreich, die das höchste Potenzial von Kreativen nutzen, die Kreativität zur Entfaltung kommen lassen. Interessanterweise ist Kreativität nicht nur ein positiver Indikator für mehr Lebensqualität, sondern auch für wirtschaftlichen Erfolg, denn die Städte, die in diesem Kreativitätsindex vorne liegen, haben auch überdurchschnittliche Werte beim Wirtschaftswachstum und den persönlichen Einkommensverhältnissen der Bevölkerung. Danach haben nämlich die Kreativen, die sich in diesem Umfeld gut entwickeln, ein um 50 Prozent höheres Einkommen als der Durchschnitt. Ich finde das sehr interessant. Abgestellt wird auf bestimmte positive Kreativitätsindexzahlen, im Wesentlichen auf Technologie, Talent und Toleranz.

Wenn man sich die Merkmale aus diesen Forschungsergebnissen einmal anschaut, erfüllt unsere Stadt genau diese Elemente. Hightech ist ein Merkmal des Wirtschaftswachstums unserer Stadt, Talent ist ein Merkmal unserer Stadt. Wir haben sehr viele kreative Köpfe in verschiedenen Szenen in unserer Stadt, die zu dem Erfolg beitragen. Und Toleranz ist wichtig, denn unterschiedliche Lebensformen und Lebensentwürfe haben ihren Platz auch in unserer Stadt. Wir haben einen ethnischen Mix, der diese Kreativität zur Entfaltung kommen lässt.

Deshalb bin ich überzeugt, dass wir mit der wachsenden Stadt Hamburg, die Realität ist, genau auf dem richtigen Weg sind. Ich bin genauso überzeugt, dass wir das Merkmal wachsende Stadt nicht als starres Merkmal begreifen dürfen, sondern die wachsende Stadt offen sein muss für neue Entwicklungen und weitere Schwerpunkte.

Ich finde den Ansatz richtig, den die GAL hier besonders betont, die Kreativität ganz besonders in den Fokus zu nehmen. Und danach handeln wir auch. Das Gleiche gilt für die Bereiche Soziales und Familienfreundlichkeit.

Wir müssen vor allen Dingen in den einzelnen Stadtteilen überlegen, wie dieses Potenzial von Kreativität zu fördern ist. Ich nenne zwei Beispiele: Wir haben in klassischen Stadtteilen wie St. Georg oder auf der Veddel gezielt Kreativitätspotenziale weiter entwickelt.

Wir haben gestern im Rahmen der aktiven Stadtteilentwicklung ein neues Programm für St.-Georg-Mitte aufgelegt, das wesentlich auch darauf basiert, dass dort sehr viele kreative Köpfe wohnen, und wir haben es geschafft, auf der Veddel innerhalb kürzester Zeit 300 Studenten verschiedener Fachrichtungen anzusiedeln, weil wir auch möchten, dass sich dort neues, kreatives Potenzial entfaltet. Das sind konkrete Beispiele der Stadtteilpolitik, nicht nur Potenziale zu erschließen, sondern zur Entfaltung kommen zu lassen.

Ich denke, meine Damen und Herren, wir sollten gemeinsam überlegen, wie wir die wachsende Stadt Hamburg auch in den kommenden Jahren nach vorne bringen können. Wachstum hat nämlich auch die Verpflichtung, es beizubehalten. Für mich gibt es aber nur ein qualitativ hochwertiges Wachstum. Das ist menschlich und das ist kreativ und das genau zeichnet unsere Stadt aus.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

C

D

A **Dr. Willfried Maier** GAL: Es sieht so aus, dass Herr Senator Freytag in den letzten Monaten studiert hat.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Richtig!)

Er kann fast flüssig unser Wahlprogramm von 2004 aufsagen. Das finde ich gut.

(Beifall bei der GAL)

Wir hatten es damals schon einmal da reingeschrieben. Es ist damals nicht so richtig aufgefallen.

(*Bernd Reinert CDU*: Vielleicht ist er der Einzige, der es gelesen hat!)

Bei Frau Hochheim fällt mir auf, dass sie hier eine Debatte eröffnen möchte – Kreativität gut und schön, wenn sich das unter das Leitbild, das wir haben, unterordnet –, also sozusagen noch einmal die Koch- und Kellnerdebatte führen möchte. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie den Versuch machen wollen zu sagen, eine Partei wie die GAL sollte sich besser keine eigenen Vorstellungen machen, sondern irgendwo andocken, dann kommt so etwas sehr bitter bei uns an. Sie werden damit auch wenig Erfolg haben.

(Beifall bei der GAL)

Jetzt aber noch einmal zu Ihren konkreten Ausführungen. Ich weiß gar nicht, warum hier immer durch die Welt geht, wir hätten etwas gegen den Hafen. Das ist doch völliger Unsinn. Wir sind dafür, dass er ausgebaut wird. Wir sagen nur, dass er nicht mit Steuergeldern ausgebaut werden muss. Die Differenz ist, dass wir ihn anders finanzieren wollen. Das ist der Vorschlag und das könnte doch vielleicht auch einmal in die geneigten Köpfe rein, dass nicht immer wieder gesagt wird, dass die GAL etwas gegen den Hafen habe. Nein, wir haben etwas gegen die öffentliche Hafenfinanzierung, bei der sich ein paar Firmen dumm und dämlich verdienen und wir die ganze Zeit unser Steuergeld da hineinschmeißen. Das ist ein Problem.

(Beifall bei der GAL)

Dann ist offenkundig auch etwas nicht richtig verstanden worden, wenn gesagt wird, dass das ein Programm für Eliten sei, für wenige Leute, für Kreative oder für kreative Branchen. Nein, wir sind der Meinung, dass Kreativität die Fähigkeit eines jeden Menschen ist. Deswegen setzen wir so auf das Thema Kita, auf das Thema Schule und Hochschule, weil wir sagen, dass Hamburg zu wenig tut, um die kreativen Potenziale all seiner Menschen zu entfalten. Das ist aber der eigentliche Reichtum der Stadt. Die wollen wir besser entfalten und darum steht das bei uns im Zentrum. Das hat überhaupt nichts mit Elitenthematik zu tun, sondern damit, dass wir gerade auch den Leuten, denen es schlechter geht, bessere Entfaltungsmöglichkeiten geben wollen, weil wir ihnen viel mehr zutrauen als Sie.

(Beifall bei der GAL)

Schließlich Ihre Idee, Kreativität erkenne man vor allen Dingen daran, dass alles auf eine Seite passt, was man so sagen möchte.

Das letzte Mal, dass ich solch eine ähnliche Aussage gehört habe, war, als Herr Rittershaus

(*Sabine Boeddinghaus SPD*: Bierdeckel!)

– ja, die Bierdeckelsteuerpolitik war auch so, passte alles auf den Bierdeckel, hat wunderbar funktioniert – damals als Wirtschaftssenator die Ansage gegeben haben soll, dass nichts, was über eine halbe Seite geht, auf seinen Schreibtisch kommt. Dass das besonders die Kreativität fördern würde, wenn man sich auf ein Argument gar nicht einlässt, ist bis dahin unbekannt gewesen, aber es mag sein, dass da ganz neue Gesichtspunkte gedacht werden. Ich bin, was das Verhältnis Kreativität und Wachstum angeht, der Meinung, dass Wachstum eigentlich ein relativ leerer Begriff ist, weil er noch gar nichts darüber aussagt, was denn da eigentlich wachsen soll – die Sturmflut oder was weiß ich –, sondern es geht ja gerade darum zu sagen, dass wir durch die Erweiterung der Fähigkeiten von Menschen, Neues zu tun, wollen, dass diese Stadt vorankommt. Diese Fähigkeit zu erweitern, ist unsere zentrale Aussage, die wir als Partei vertreten und mit der wir antreten wollen. Dazu gehört übrigens auch nicht nur die Kreativität in wirtschaftlichen Fragen, sondern auch bei der Lösung von Umweltproblemen und von Problemen, die sich nicht nur den Hamburgern, sondern die sich der ganzen Welt stellen: Nehmen Sie die Klimathematik. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

**Präsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/4644 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

C

Tagesordnungspunkt 25, Drucksache 18/4497: Senatsmitteilung: Stärkung der Metropolregion Hamburg durch das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt".

[**Senatsmitteilung:**  
**Stärkung der Metropolregion Hamburg durch das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt"**  
– Drucksache 18/4497 –]

Die GAL-Fraktion möchte diese Drucksache an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Roock bekommt es.

D

**Hans-Detlef Roock** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg liegt im Zentrum der Metropolregion mit circa 4,3 Millionen Einwohnern. Mit dem Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" sind die Grundpfeiler gelegt worden, an der sich die Senatspolitik und die der Regierungsfraktion ausrichtet. Eines der Ziele des Leitbildes, über das wir heute sprechen, ist, Hamburgs Funktion als Metropole weiter auszubauen und seine internationale Attraktivität zu stärken. Dies ist auch zwingend erforderlich, um im Rahmen der Globalisierung im internationalen Konzert mit anderen großen Metropolen wie Barcelona, Amsterdam, Sidney oder Toronto mitspielen zu können. Insofern will ich noch einmal deutlich herausstellen, dass Hamburg auf die Landkreise der Metropolregion in Schleswig-Holstein und Niedersachsen angewiesen ist und gleichermaßen die Landkreise aber auch auf Hamburg angewiesen sind. Als Beispiel dafür nenne ich für Hamburg den Flächenausgleich im Umland und für Schleswig-Holstein und Niedersachsen die Be-

- A reitstellung der Verkehrsinfrastruktur in Hamburger Verantwortung, zum Beispiel durch den ÖPNV.

Meine Damen und Herren! In den gegenseitigen Wechselbeziehungen ist unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbssituation ein fairer Umgang miteinander und Vertrauen zueinander zwingende Voraussetzung für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Dabei müssen die Stärken der Metropolregion länderübergreifend genutzt und Interessensgegensätze aufgelöst werden. Am 1. Dezember 2005 ist in der trilateralen Kabinettssitzung eine grundlegende, inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung für die Metropolregion beschlossen worden und mit Wirkung zum 1. Januar 2006 in Kraft getreten. Dazu kann man den Senat und die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen nur beglückwünschen.

Meine Damen und Herren! Mit dem Beschluss des Lenkungsausschusses im Dezember 2004, drei Task Forces für die wichtigen Bereiche Wirtschaftspolitik und -förderung, Marketing und Tourismus einzusetzen und bis Mai 2005 konkrete Vorschläge zu erarbeiten, ist ein richtiger Schritt eingeleitet worden. Die Ergebnisse leisteten einen wichtigen Beitrag für die Internationalisierungsstrategie und zur inhaltlichen Neuausrichtung der Metropolregion.

Ich will aus Zeitgründen nicht mehr auf die genannten Themenfelder Wirtschaftspolitik und -förderung, Marketing und Tourismus ausführlich eingehen. Das können Sie im Einzelnen der Drucksache entnehmen. Ich will vielmehr noch etwas über das Verwaltungsabkommen zur organisatorischen Neuausrichtung der Metropolregion

- B Hamburg etwas sagen, weil diese Neuausrichtung ein wichtiges politisches Element für die Parlamente beinhaltet.

Früher war es so, dass die Mitglieder der Regionalkonferenz aus den Parlamenten einmal im Jahr zusammenkamen und eigentlich nur das zur Kenntnis nahmen, was auf Verwaltungsebene im Planungsrat abgesegnet wurde. Es war völlig unbefriedigend, weil keine Möglichkeit bestand, in diesem Gremium initiativ zu werden. Ein wirklicher Fortschritt ist, dass nunmehr die Abgeordneten aus den Land- und Kreistagen, Vertreter von Kammern, Gewerkschaften und Verbänden sowie Experten die Regionalkonferenz als Forum für wichtige Themen der Metropolregion unabhängig vom Regionalrat nutzen können. Zu begrüßen ist auch die engere Anbindung der Arbeitsgruppen an den Lenkungsausschuss. Dennoch stellt sich für mich die Frage, ob man nicht die Regionalkonferenz mit einem Initiativrecht ausstatten sollte, denn wenn man schon wichtige Themen für die Metropolregion in der Regionalkonferenz bewegt, sollte auch ein gewisser Output da sein. Darüber sollten die drei Länderregierungen noch einmal nachdenken, welche Möglichkeiten sie hinsichtlich eines Initiativrechtes der Regionalkonferenz sehen. Ein so genanntes Regionalparlament wäre aus meiner Sicht durchaus hilfreich und würde die Zusammenarbeit intensivieren.

Meine Damen und Herren! Abschließend kann ich nur feststellen, dass die drei Länder die Herausforderungen der Globalisierung für die Metropolregion angenommen und wichtige Schritte zur Umsetzung eingeleitet haben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff. C

**Ingo Egloff** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Interesse habe ich diese Drucksache gelesen in der Hoffnung, Neues über die Politik der Metropolregion erfahren zu können, aber leider wurde ich enttäuscht. Nun will ich keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass auch wir die Politik der Metropolregion befürworten. Herr Roock hat zu Recht darauf hingewiesen, dass ein Stadtstaat auf die umliegenden Landkreise und Bundesländer angewiesen ist, genauso wie die umliegenden Landkreise, wenn ich nur an die Arbeitsplätze denke, auf die Metropole Hamburg angewiesen sind. Das ist also ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Das ist allerdings nicht neu und so stellt sich die Frage, was an der Drucksache, mit der der Senat hier vermitteln will, dass er eine neue Politik der Metropolregion macht, neu ist. Da habe ich vergeblich gesucht.

Der Senat selber hat seinen Anspruch einer Internationalisierung der Metropolregionspolitik erhoben. So steht es drin. Aber wenn man konkret nach den Maßnahmen sucht – Fehlanzeige. Konkrete Maßnahmen zur Internationalisierung der Metropolregionspolitik findet man nicht, es sei denn, man nimmt den Austausch mit der Öresundregion, bei dem man sich darüber unterhalten hat, wie man sich gegenseitig fördern kann. Aber das kann es eigentlich nicht sein, um die Metropolregion Hamburg international zu positionieren. Das ist das erste Fazit, dass konkrete Aussagen zu dieser Internationalisierungsstrategie, obwohl es vorweg gestellt wird und als Begründung für diese Drucksache genannt wird, dort nicht vorhanden sind. D

Der nächste Punkt ist die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Da stellt man zunächst einmal fest, dass Arbeitskreise gegründet worden sind. Das ist schon mal gut, dass man miteinander redet auf verschiedenen Ebenen, in verschiedenen Regionen. Dann hat man aufgezählt, wo die Stärken in der norddeutschen Region liegen: Luftfahrt, Life Science, alles Dinge, die wir hier schon tausendmal rauf und runter diskutiert haben, die selbstverständlich sind. Auch das ist gut, dass diese Stärken in dieser Region vorhanden sind. Dann heißt es, dass man Maßnahmen entwickeln muss. Wenn man bei den Maßnahmen guckt – Fehlanzeige. Eine Maßnahme: Man will für Arbeitnehmer über 50 Jahren etwas tun, im Süderelberaum will man eine Ausbildungsinitiative machen. Das ist in Ordnung, aber mehr ist da bisher auch nicht gewesen. Man muss auch nicht gleich alles auf den Tisch packen, aber dann soll man das sagen und nicht auf acht Seiten den Eindruck erwecken, man würde hier eine neue Politik kreieren und am Ende ist es nur der alte Wein in neuen Schläuchen.

Gucken wir uns noch einmal an, was konkret in der Metropolregionspolitik passiert.

Wenn hier gesagt wird, man möge dann mit den Randgemeinden in einen Austausch kommen und auch die Probleme der Randgemeinden beziehungsweise der Metropolregion aufnehmen, da ist das Thema Elbvertiefung – wir haben vorhin über den Hafen diskutiert – eines, das man als Beispiel heranziehen kann. Manchmal ist es gut, auch in die Umlandzeitungen zu gucken. In der "Niederelbe-Zeitung" vom 17. Juni dieses Jahres gibt es ein Streitgespräch mit dem Bürgermeister der Samtgemeinde Hadeln und dem Oberbürgermeister von Cuxhaven. Da

A geht es um die Frage der Elbvertiefung und wie Hamburg als Metropole mit den betroffenen Regionen und Gemeinden umgeht und da muss man feststellen, dass Hamburg leider nicht sehr gut mit diesen Gemeinden umgeht. Wir wundern uns, dass sich die Landkreise in Niedersachsen – anders als die schleswig-holsteiner Kollegen – so vehement dagegen wehren, dass diese Elbvertiefung durchgeführt wird. Wenn man dann aber liest, dass der Bürgermeister der Samtgemeinde Hadeln, Herr Zahrte, sagt:

"Es hat im Arbeitskreis Deichsicherheit eine klare Verfahrensabsprache gegeben, die bisher nicht eingehalten wurde, und in Kürze soll die Planfeststellung erfolgen und wir geraten unter enormen Zeitdruck",

dann frage ich mich, was der Senat in der Regionalpolitik, in der Metropolpolitik bei diesem für den Hamburger Hafen eminent wichtigen Thema macht. Es kann doch nicht sein, dass man dieses Thema in dieser Art und Weise vernachlässigt.

(Beifall bei Doris Mandel SPD)

Wenn der Oberbürgermeister von Cuxhaven auf die Frage, ob er immer offen informiert worden sei, sagt:

"Nein, wir haben viele Dinge erst aus der Zeitung erfahren. Wenn wir als Stadt Cuxhaven nachgefragt haben, ob das denn ein abgestimmtes Verfahren ist, mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass irgendein Senator irgendeines Ressorts etwas an die Presse gegeben hat und das mit dem anderen Ressort nicht abgestimmt hat."

B Das kann doch auch keine Regionalpolitik sein, meine Damen und Herren, wenn man die Unterstützung der Landkreise haben will. So funktioniert das in der Realität nicht.

(Beifall bei der SPD)

Weiter sagt der Oberbürgermeister von Cuxhaven – das Thema Sedimentablagerungen und Schaffung von Inseln im Elbstrom kennt wohl jeder –:

"Seit Januar möchten wir, dass zu dem Thema eine Informationsveranstaltung im Verwaltungsausschuss des Rates stattfindet. Zugesagte Rückrufe und Offenheit von der Hamburg Port Authority und der Wasser- und Schiffahrtsdirektion sind bisher nicht erfolgt. Das kann ich nicht verstehen."

Ich kann das auch nicht verstehen, meine Damen und Herren. Da macht man eine Drucksache über acht Seiten über Metropolpolitik, die aus heißer Luft besteht und wenn es darum geht, konkret in der Region für die Interessen der Hansestadt einzutreten, dann macht man solche handwerklichen Fehler. Machen Sie lieber anständige Politik und sparen Sie sich das Vollschreiben von Seiten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Lieven.

**Claudius Lieven GAL:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch in meinen Augen ist diese Drucksache eigentlich für eine Kenntnisnahme in der Bürgerschaft ziemlich ungeeignet, denn angesichts des großen Anspruches, die der Senat zur Metropolpolitik vor sich her

trägt, ist der Inhalt wirklich dürfig, unbefriedigend, heiße Luft, teilweise auch einfach enttäuschend und grotenschlecht.

Herr Egloff hatte einiges aufgezählt. Wir haben jetzt August 2006. Im Dezember 2004 wurden drei Task Forces eingerichtet, die bis Mai 2005 Ergebnisse zum Thema Tourismus, Marketing und Wirtschaftspolitik vorlegen sollten. Wenn man sich diese Ergebnisse nun durchliest, dann ist das wirklich bitterböse. Da wurde ein Internetauftritt eingerichtet, der bereits nach einem Jahr komplett neu strukturiert werden musste. Gegenwärtig ist die Situation so, dass erst einmal grundsätzlich neue Angebote entwickelt werden sollen, weil noch gar nicht klar ist, was da rein soll, wie vereinheitlicht werden soll und wie diese gemeinsame Plattform funktioniert. Das ist also das Ergebnis der im Dezember 2005 eingesetzten Task Force nach gut und gerne zwei Jahren. Das ist wirklich extrem schwach.

Auch zur Metropolcard, eine der Maßnahmen, die zum Bereich Tourismus eingeführt werden sollten, steht hier, dass die Verkaufserfolge der Metropolcard bislang hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Nun muss das ganze Objekt neu strukturiert werden und soll an die Hamburg Card angedockt werden et cetera, also mit anderen Worten: Es funktioniert nicht. Das ist doch ziemlich bitter, was dabei herausgekommen ist.

Einige andere Punkte, wie die Information zu METREX und zu Dithmarschen, sind selbstverständlich okay. Das ist, denke ich, ist hier auch kein Dissenspunkt und für eine Debatte in der Bürgerschaft wenig spannend. Was spannender wäre, ist die organisatorische Umstrukturierung, die jetzt angegangen wird, aber da sind die Aussagen der Senatsmitteilung extrem dürfig. Zum einen – das hatte der Kollege Roock angesprochen –, was das Regionalparlament angeht. Da heißt es, dass das Gremium den Abgeordneten aus Landtagen, Kreisen et cetera als Forum für wichtige Themen der Metropolregion dienen. Ich wüsste doch gerne genauer, was ich mir darunter vorzustellen habe, was diese Regionalkonferenz denn in Zukunft zu tun haben soll. Ein Initiativrecht, irgendeine Form von Antragsrecht müsste schon dabei sein, denn sonst ist das eine reine Quasselbude ist und ich weiß nicht, was diese Reorganisation da bringen soll.

Zum zweiten gibt es eine Reihe von wichtigen Veränderungen gegenüber der bisherigen Organisation, beispielsweise, dass nicht mehr die für Raumplanung zuständigen Ministerien teilnehmen, sondern die für Wirtschaftspolitik zuständigen Ministerien. Herr Roock hatte das dargestellt. Ein wichtiges Thema ist der Flächenausgleich, ist die regionale Kooperation auf der Flächenebene, die Entwicklungskorridore, die Raumplanung. Was wird aus der werden, wenn jetzt die für Raumplanung zuständigen Behörden nicht mehr Teil des Metropolrates sind? Das ist völlig offen. Das müsste im Ausschuss dargelegt werden, wohin denn die Reise dabei gehen soll.

Was aber offensichtlich ist, dass das Thema Wirtschaftsförderung ...

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren! Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir zuhören würden. Dann muss ich nicht so laut in den Raum hineinrufen.

- A Das Thema Wirtschaftspolitik hat offensichtlich großes Gewicht, aber auch dazu ist extrem wenig ausgesagt. Für großes Interesse im Ausschuss würde sicherlich das Thema Ausweisung von EU-Fördergebieten am Rande der Hamburger Stadtgrenzen sorgen. Das ist der ehemalige Regierungsbezirk Lüneburg.

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Auflösen in Kleinstgruppen ist nicht das Ziel dieser Veranstaltung. Wenn Sie Austauschbedarf haben, bitte ich Sie, es draußen zu tun. Der Redner muss hier zu verstehen sein. Bitte, Herr Lieven, fahren Sie fort.

**Claudius Lieven** (fortfahrend): Dieses Thema Abstimmung der EU-Fördergebiete außerhalb Hamburgs mit Hamburg wäre von großem Interesse. Das müsste im Ausschuss debattiert werden. Insofern können wir von dieser Drucksache nur mit Enttäuschung Kenntnis nehmen. Ich verstehe nicht, warum die CDU einer Befassung im Ausschuss nicht zustimmt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

**Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt Senator Dr. Freytag.

**Senator Dr. Michael Freytag:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die neueste Pendlerstatistik beweist einmal mehr, dass Hamburg keine Insel, sondern Mittelpunkt eines regionalen Wirtschaftsraumes und eines gemeinsamen Arbeitsmarktes ist. So kamen im Jahr 2005 mehr als 300 000 Einpendler zur Arbeit nach Hamburg. Für Hamburg heißt das, ohne die Arbeitskraft, die Kreativität dieser Menschen, die insbesondere aus der Metropolregion zu uns kamen, wäre Hamburg nicht lebensfähig.

Allein bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Hamburg, meine Damen und Herren, wird mehr als jedes dritte Beschäftigungsverhältnis von Einpendlern wahrgenommen. Umgekehrt haben im Jahre 2005 nahezu 100 000 Hamburgerinnen und Hamburger außerhalb der Stadt einen Arbeitsplatz gefunden. Für uns heißt das, dass auch im Umland angesiedelte Unternehmen potenziell und tatsächlich Arbeitsplätze für die Hamburger Bevölkerung bieten. Es stärkt die Branchenstruktur der Region, es generiert Kaufkraft und die fließt nicht zuletzt nach Hamburg.

Die letzten 30 Jahre waren davon geprägt, dass eine Kommune der anderen die Steuer zahlenden Bürger und Unternehmen neidete. Dieser Konflikt bestand nicht etwa nur zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, sondern auch zwischen den Landkreisen. Natürlich befinden wir uns alle in einem Wettbewerb. Das wird auch so bleiben, aber die Spielregeln haben sich dramatisch verändert, denn in Zeiten der Globalisierung ist das Gewerbesteuergefälle zwischen Hamburg und dem Umland in den Hintergrund getreten. Ausschlaggebend ist heutzutage eher das Kostengefälle zwischen Deutschland und den östlichen Anrainerstaaten oder den asiatischen Staaten. Auch in Zeiten der Globalisierung interessieren niemanden in den Vereinigten Staaten und niemanden in Japan die Grenzziehungen zwischen Bundesländern oder gar Kreisen und hieraus folgende Bevölkerlichkeiten. Selbst die Entfernung zwischen Hamburg

und Kopenhagen ist für Investoren heute nur noch von untergeordneter Bedeutung. Global betrachtet bilden wir mit dem Öresund nämlich eine Region an der Ostsee und wir arbeiten deshalb zunehmend erfolgreich zusammen. Kein Investor bringt Verständnis dafür auf, wenn rund um Hamburg der zentrale Ansprechpartner fehlt, er sich aber mit 20 Wirtschaftsförderungsgesellschaften unterhalten muss, um ein Grundstück zu erhalten. Inzwischen zählt im internationalen Standortwettbewerb vor allen Dingen Größe und damit Sichtbarkeit, Präsenz.

Hamburg mit seinen gut 1,7 Millionen Einwohner ist nicht groß genug, um sich auf Dauer als Global Player behaupten zu können. Perspektivisch werden wir uns in nicht allzu ferner Zukunft mit Regionen wie dem Öresund gemeinsam präsentieren. Beginnen müssen wir jedoch im nahen Umfeld, in der Metropolregion. Die Metropolregion und die norddeutsche Zusammenarbeit vergrößern das Hamburger Gewicht nachhaltig. Der Unternehmensstandort wächst, der Wissenschaftsstandort wird bedeutsamer, der Arbeitsmarkt wird größer. Nicht zuletzt machen die weichen Standortfaktoren des Umlandes Hamburg attraktiver: die Nähe zum Meer, die vielfältigen Naherholungsmöglichkeiten und insbesondere die kreativen kulturellen Highlights. Angesichts begrenzter Flächen für die Ansiedlung von Unternehmen und naturschutzrechtlichem Ausgleich braucht Hamburg das Umland, wie natürlich auch das Umland auf den Standort Hamburg ausgerichtet ist.

Meine Damen und Herren! Die wachsende Stadt und die Politik für den Standort Norddeutschland beziehungsweise die Metropolregion bilden keine Gegensätze. Im Leitbild der wachsenden Stadt hat der Senat auch den Paradigmenwechsel in seiner Regionalpolitik auf den Weg gebracht und im Juni 2004 eine neue Strategie zur Metropolregion und zur norddeutschen Zusammenarbeit beschlossen. Dieser Senatsbeschluss dient im Weiteren als Grundlage für Verhandlungen mit dem Umland und den Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das Ergebnis ist eine inhaltliche und strukturelle Neuausrichtung der grenzüberschreitenden Kooperation zum Jahresbeginn 2006.

Ich will einige Punkte, die besonders wichtig sind, hervorheben. Die Trägerschaft der Metropolregion ist erweitert worden. Seit dem 1. Januar sind neben Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein auch die 14 Landkreise der Metropolregion Träger und Finanzierer der Zusammenarbeit. Positive Beispiele sind der Staatsvertrag zur Sicherung der Finanzen der Metropolregion, der Beitritt zur europäischen Organisation der Metropolregion METREX. Im Süden und im Norden sind zwei regionale Wirtschaftsinitiativen gegründet worden, zunächst die Südelerbe AG und dann die Wachstumsinitiative Nordeelerbe. Beide entwickeln sich erfolgreich und sorgen für Prosperität in der Region. Vorrang der neuen Zusammenarbeit der Metropolregion ist die gemeinsame Positionierung im internationalen Wettbewerb mit dem Ziel Stärkung der Kooperation im Bereich Marketing und Wirtschaftsförderung. Die 18 wichtigsten Wirtschaftsförderer der Region haben im Juni dieses Jahres einen Vertrag geschlossen, in dem Grundsätze der Zusammenarbeit festgelegt werden. Unter anderem der Verzicht auf Abwerbung und die gemeinsame Bewerbung zum Beispiel von Logistikflächen.

C

D

A (Michael Neumann SPD: Sie können ja einen Logistikbeauftragten einstellen! Dann sind wir wieder beim Thema!)

Das, meine Damen und Herren, war früher keine Selbstverständlichkeit, sondern das sind ganz konkrete Punkte, die die Metropolregion nach vorne bringen. Für die Bürgerschaft ist aus meiner Sicht folgende Neuerung besonders bedeutend: Die Regionalkonferenz soll in Richtung einer Parlamentarisierung aufgewertet werden. Für den 21. November ist in Stade die konstituierende Sitzung geplant. Statt wie früher je drei koordinierende Abgeordnete aus Landtagen und Bürgerschaft sollen nun alle Landtagsabgeordneten der Metropolregion und eine korrespondierende Anzahl von Mitgliedern der Bürgerschaft in dem Gremium Sitz und Stimme erhalten. Die Einzelheiten werden in Kürze mit den Obleuten der Fraktionen erörtert.

(Michael Neumann SPD: Bei uns heißen die Fraktionsvorsitzende, Herr Freytag!)

Meine Damen und Herren! Die Politik für und mit Norddeutschland bietet große Perspektiven. Ausgehend von einer Initiative Hamburgs in der Ministerpräsidentenkonferenz haben die Raumordnungsminister von Bund und Ländern Ende Juni dieses Jahres ein neues raumordnerisches Leitbild verabschiedet. Dieses Leitbild will ganz im Sinne einer europäischen Politik den Gegensatz zwischen den elf starken Metropolregionen und den strukturschwachen Regionen überbrücken. Dazu werden über die Grenzen der Bundesländer hinaus so genannte Verantwortungsgemeinschaften gebildet. Die Metropolregion Hamburg bekommt danach ganz Schleswig-Holstein und Mecklenburg Vorpommern bis nach Rügen zur Vernetzung mit dem starken Kern zugewiesen. Ab 2008 – auch das ist wichtig – sollen dafür Bundesmittel zur Verfügung stehen. Dieser neue, zunächst raumordnerische Prozess ist für Norddeutschland und für Hamburg von großer Bedeutung.

B Meine Damen und Herren! Kooperation kann aber nur funktionieren Kooperation kann aber nur funktionieren, wenn alle Partner profitieren. Daran werden wir arbeiten. Wir laden die Bürgerschaft ein, gemeinsam mit dem Senat an der Gestaltung der norddeutschen Geografie zu arbeiten. Es lohnt sich für alle Beteiligten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/4497 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft die Drucksache 18/4497 zur Kenntnis genommen hat.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 86, Drucksache 18/4792, Antrag der CDU-Fraktion: Das Bundeskleingartengesetz modernisieren – Hamburg fordert Öffnung für Modellprojekte.

[Antrag der Fraktion der CDU:  
Das Bundeskleingartengesetz modernisieren –  
Hamburg fordert Öffnung für Modellprojekte  
– Drucksache 18/4792 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/4859 ein Antrag der GAL-Fraktion vor. C

[Antrag der Fraktion der GAL:  
Abwasserentsorgung in Kleingärten  
– Drucksache 18/4859 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Niedmers hat es.

Ralf Niedmers CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nichts ist so beständig, wie der Wandel. Diesen Grundsatz kennen wir. Und dieser Grundsatz gilt uneingeschränkt auch für das Kleingartenwesen in Deutschland sowie in Hamburg. Wir wissen aber auch, dass es namhafte Protagonisten des Kleinkartenwesens gibt, die natürlich extreme Probleme damit haben, sich dem Wandel und dessen Zusammenhang zu stellen.

(Michael Neumann SPD: Wandel durch Annäherung! – Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

D Daher denke ich, dass es Zeit ist, dass sich im Kleingartenwesen etwas ändern muss und insbesondere im Hamburger Kleinkartenwesen.

Die positiven Funktionen der Kleingärten in Großstädten wie Hamburg muss ich hier nicht weiter erläutern. Das ist allen Beteiligten klar. Wir haben das an anderer Stelle in der Bürgerschaft auch schon hinreichend vertieft.

Die ökologischen Aspekte, namentlich der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, sind für mich und auch für die CDU-Fraktion eigentlich der entscheidende Ansatz, diesen Antrag hier zu stellen.

Nach Paragraph 4 des Bundeskleingartengesetzes ist der Anschluss von Lauben an das Sielnetz grundsätzlich unzulässig. Diese Regelung geht aber an der Lebenswirklichkeit völlig vorbei. Daher sind auch findige Kleingärtner in anderen Bundesländern zu der Entscheidung gekommen, dieses Problem anders zu lösen, indem sie nicht die Laube anschließen, sondern den Sammler. Das heißt, alle Lauben werden in den Sammler angeschlossen und der Sammler wiederum an die Kanalisation. Dass das in Deutschland funktioniert, zeigt nicht nur das Essener Modell und das ist gut so.

Es gibt – und hier möchte ich auch ein erstes Wort zu dem Zusatzantrag der GAL sagen – eine Studie der Universität Rostock aus dem Jahre 2006, die Herr Maaß später völlig zu Recht auch noch einmal zitieren wird. Diese Studie zeigt zweifelsfrei, dass die Wasserversorgung und -entsorgung bundesweit völlig uneinheitlich geregelt ist. Gerade diese Tatsache, die diese Studie ebenso zweifelsfrei belegt, bedeutet für die CDU, dass es unbedingt Modellprojekte zur Reform des Bundeskleingartengesetzes und eben auch zur Reform des Abwasserrechtes geben muss.

Ein weiterer Punkt, der mich sehr bedrückt – das möchte ich an dieser Stelle einmal klar sagen –, betrifft den Umgang mit diesen Abwassernotständen seitens des Landesbundes der Kleingärtner in Hamburg. Es gab im vergangenen Jahr – einigen von Ihnen sicherlich auch bekannt – den Versuch, eine einheitliche Satzung allen dreihundert Kleingartenvereinen seitens des Landes-

A budes überzülpfen. Das geschah dann in der Regel so, dass Herr Kleist, Präsident des BDG und Vorsitzender des Landesbundes Hamburg – Ihnen allen auch bekannt –, die Vorsitzenden dieser Vereine angeschrieben hat, Ihnen die Mustersatzung übersandte und darauf hinwies, nur diese Mustersatzung sei dann auch freundlicherweise von den Vereinen anzunehmen. Von Privat-autonomie beziehungsweise Vereinsautonomie war keine Spur.

Es gab natürlich auch ein paar aufrechte Vereine in Hamburg, die erklärt haben, dass sie das nicht akzeptieren und sie diese Mustersatzung des Landesbundes ein wenig modifizieren wollen. Das ist auch gut, wenn man eine modifizierte Satzung des Landesbundes dann so beschließt.

Einige Vereine haben das auch getan mit dem Ergebnis, dass es dann Briefe vom Landesbund und von Herrn Kleist gab, die diesen Vereinsvorsitzenden zweifelsfrei bedeuteten, dass, wenn sie nicht die Mustersatzung des Landesbundes 1 : 1 übernehmen, versucht werde, über mögliche Abwassermisstände diesen Vereinen die Gemeinnützigkeit zu entziehen und somit ihren Wirkungskreis einzuschränken. Das finde ich unanständig und solche Machenschaften gehören beseitigt. Wir müssen daher etwas unternehmen, dass solche Versuche, freie Vereine in Hamburg unter Druck zu setzen, in Zukunft nicht mehr stattfinden.

(Beifall bei der CDU – *Rolf-Dieter Klooß SPD*: Vereinsautonomie, haben Sie davon schon mal was gehört?)

B Wir haben hier einen Zusatzantrag von der GAL auf dem Tisch und das zeigt, dass man sich dort zu diesem Thema ernsthaft Gedanken macht. Das ehrt Sie, Herr Maaß, dass Sie sich so dezidiert mit dem Thema auseinandersetzen.

(*Antje Möller GAL*: Das tun wir schon länger!)

Nur meiner Meinung nach – und das ist hier auch ganz klar zu erkennen – haben Sie weder Ziele noch Inhalte definiert. Sie haben hier nichts weiter getan, als ein Berichtersuchen an den Senat zu stellen. Das kann eigentlich auch nicht Sinn einer vertieften Behandlung sein. Wenn Sie zur Rechtslage und zu den Verhältnissen in Hamburg ein Wissens- oder Informationsdefizit haben, dann sollten Sie das in Form einer Schriftlichen Kleinen Anfrage klären oder andere Möglichkeiten der Informationsbeschaffung nutzen.

Ich bin der Meinung, dass Ihr Antrag hier heute nicht die Unterstützung der CDU finden kann, weil er weder Ziele noch Inhalte definiert. In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir heute einen kleinen Beitrag aus Hamburg zur Reform des Bundeskleingartengesetzes leisten können und möchte Ihnen empfehlen, den Antrag der CDU in großer Einheit zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Schaal.

**Dr. Monika Schaal SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Niedmers, das ist eine einmalige Sache: Es ist Ihnen tatsächlich gelungen, einen Antrag auf den Tisch des Hauses zu legen, dessen Intention und Zielrichtung kein Mensch vorher kennt. Das ist unglaublich.

C Ich war bisher immer der Meinung, man formuliert Anträge, weil man etwas Bestimmtes will. Jetzt geht aus Ihrem Beitrag hervor, dass Sie sich hier in die Interna des Landesbundes der Kleingärtner einmischen und irgendwelche Racheakte planen.

(*Ralf Niedmers CDU*: Das stimmt nicht!)

Das finde ich ziemlich merkwürdig. Aber ich denke mal, dass hinter Ihrem Antrag noch viel mehr steckt.

Wenn Sie jetzt die GAL kritisieren, dass sie nicht Ziel und Inhalte nennt, dann ist das sicherlich richtig, aber man konnte nicht wissen, was Sie eigentlich mit Ihrem Antrag bezeichnen wollten.

Es wäre natürlich das Beste, wenn man das, was Sie hier auf den Tisch legen, erst einmal zur Abklärung in den Ausschuss überweist, was sicherlich auch für den Antrag der GAL angebracht wäre, denn darin sind Fragen gestellt, die beantwortet werden müssen.

(Beifall bei *Rolf-Dieter Klooß SPD*)

Aber da Sie das nicht vorhaben, sage ich Ihnen gleich, dass wir den hier vorgelegten Antrag nicht mittragen werden, denn Blankoschecks unterschreiben wir nicht.

Wenn Sie sagen, dass man sich um eine zeitgemäße Entsorgung von Abwasser und Fäkalien in Kleingartenanlagen kümmern muss, ist das sicherlich richtig. Wenn Sie aber dieses Problem lösen wollen, Herr Niedmers, müssen Sie den Senat nicht zum Bundesrat schicken. Das können Sie hier in Hamburg lösen, denn die Zuständigkeit für Abwasser liegt nun einmal bei den Bundesländern.

D Es geht Ihnen also im Grunde genommen um etwas ganz anderes. Sie wollen eine Öffnungsklausel für das Bundeskleingartengesetz haben, denn es ist nicht möglich – und das haben Sie schon ausgeführt –, im Zuge des Bundeskleingartengesetzes Kleingärten an die öffentliche Ver- und Entsorgung anzuschließen. Das ist ausdrücklich im Bundeskleingartengesetz ausgeschlossen und hier wollen Sie ran.

Aber ich frage mich, wie Sie im Bundesrat überhaupt eine Mehrheit erhalten können? Sie wissen vielleicht, dass es in den letzten 20 Jahren zweimal eine Novellierung des Bundeskleingartengesetzes gegeben hat, zum einen unter der Ära Kohl und zum anderen unter der Ära Schröder. Beide Male waren sich die jeweiligen Mehrheiten im Bundestag darüber einig, dass es keine Anschließung der Kleingärten an das öffentliche Siel geben darf.

(Beifall bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Selbst das Bundesverfassungsgericht hat sich bereits mit diesem Thema auseinandergesetzt und hat auch die Zulässigkeit öffentlicher Sielanschlüsse von Gartenlauben ausgeschlossen. Der Gesetzgeber und auch die obersten Richter der Republik wollten nämlich damit dauerhaftes Wohnen in Kleingärten verhindern, um hiermit der schlechenden Umwandlung von Kleingartenanlagen in Baugebiete vorzubeugen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Herr Niedmers, Sie wollen unter dem Vorwand, für mehr Umweltschutz in Kleingärten zu sorgen, versuchen, über die Erschließung von Kleingartenanlagen schlechend die

A Anlagen in Baugebiete zu verwandeln. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Es ist klar, Kleingärten und Lauben sind nun einmal keine kleinen Eigenheime und keine Wochenendhäuser. Planungsrechtlich ist es so, dass Kleingärten Grünanlagen sind und dadurch haben sie auch ein gewisses Privileg, nämlich, dass sie billig sind. Durch die Erschließungsmaßnahmen würden dann in der Tat auf die Stadt hohe Kosten zukommen. Diese Kosten würden Sie nicht bei der Stadt belassen, sondern auf die Pächter umlegen wollen. Hier hat bereits das Gutachten der Rostocker Universität klargestellt, dass der Sielanschluss eines Kleingartens, abgesehen von den Sielgebühren, mindestens 3600 Euro, wenn nicht sogar bis 4000 Euro kosten würde. Mit dem geringen Pachtzins wäre es dann vorbei und viele Kleingärtner müssten aufgeben.

Aber es geht auch noch weiter, denn durch den Anschluss der Kleingärten an das Sielnetz sind die Gärten keine Grünflächen mehr, die dort beackert und bewohnt oder bewirtschaftet werden, sondern sie würden langfristig zu Einfamilienhäusern werden, was Sie offensichtlich wollen. Es geht – und das pfeifen auch die Spatzen von den Dächern – ganz konkret um Wilhelmsburg, wo Sie offensichtlich im Zuge der Internationalen Gartenbauausstellung den Versuch unternehmen wollen, einzelne Objekte innerhalb dieses Schaugeländes, die ehemals Behelfsheime waren, in dauerhaft bewohnte Einfamilienhäuser umzuwandeln und die muss man natürlich an das Siel anschließen. Sobald einer angeschlossen ist, werden die anderen auch wollen und schwuppliwupp ist der Kleingarten-Bauland geworden. Diese schleichende Umwandlung machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hiermit wäre dann für Sie noch ein ganz anderes Problem gelöst.

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich möchte mal kurz für Ruhe sorgen. Das Gebrummel hier ist eigentlich unerträglich für eine Rednerin. Es wäre sehr nett, wenn Sie zuhören würden, was Frau Dr. Schaal sagt.

**Dr. Monika Schaal** (fortfahrend): – Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Wenn Sie jetzt Kleingärten für andere Zwecke verwenden, ist es nach dem Bundeskleingartengesetz so, dass Sie auch Ersatzland zur Verfügung stellen und einen Ausgleich zahlen müssen. Wenn sich aber sozusagen von selbst eine Kleingartenfläche in ein Einfamilienhausgebiet umwandelt, dann würde man sich natürlich auch von diesen Verpflichtungen irgendwann frei fühlen.

Der Bürgermeister selbst hatte schon einmal vor drei Jahren versucht, im Bundesrat die Ersatzlandpflicht zu kippen. Er hat dann die Finger davon gelassen, weil die Proteste zu groß gewesen wären. Es wäre gut, wenn der Bürgermeister jetzt auch eingreifen und seine Fraktion zurückhalten würde, denn der Bürgermeister ist 2007 der Schirmherr des Kleingartentages. Dann sollte er auch etwas für die Kleingärtner tun.

C Aber es wäre vorteilhaft, wenn man künftig Anträge auf dem Tisch hat, bei denen man weiß, wohin die Reise geht und hier nicht mit gezinkten Karten gespielt wird. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort hat der Abgeordnete Maaß.

**Christian Maaß** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Niedmers, kleine Gärten, große Rede, aber doch ein kleines Karo, möchte ich zu dem sagen, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich würdige das durchaus, dass Sie sich jetzt auch dem Thema Kleingärten widmen, wobei ich immer auch ein bisschen unterschwellig das Gefühl habe, die CDU-Fraktion möchte jetzt unbedingt auch einmal etwas für die Kleingärtner unternehmen, was eher traditionell bisher die Klientel der SPD und der GAL gewesen ist.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Woher wissen Sie das?)

Ich weiß aber nicht, ob das jetzt wirklich das richtige Thema ist, was Sie sich hier ausgesucht haben. Hier fallen mir durchaus auch noch andere Themen ein, gerade wenn ich an das Motto "Wachsende Stadt" denke. Dort könnten Sie vielleicht lieber fraktionsintern Lobbyarbeit machen, wenn Sie wirklich etwas für die Kleingärtner tun wollen.

(Beifall bei der GAL)

D Sie hatten uns vorgeworfen, dass wir hinsichtlich dieses Themas ein Wissens- und Informationsdefizit hätten. Ich glaube, dass kann ich guten Gewissens zurückweisen. Die Studie der Universität Rostock, die unlängst erschienen ist und die Sie bereits angesprochen haben, macht doch eigentlich deutlich, was auch unter der bestehenden Rechtslage eigentlich möglich ist, um Umweltschutz sowie Bodenschutz zu betreiben und gleichzeitig aber auch den Kleingärtner in ihren Gärten natürlich ein gewisses Maß an Komfort zu bieten.

Ich bin der Meinung, dass wir auch innerhalb des bestehenden rechtlichen Rahmens mit den Möglichkeiten, die detailliert in dieser Studie aufgezeigt sind, in Sachen Umweltschutz sehr viel weiterkommen können.

Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir uns nicht genau festlegen würden, dann kann ich nur antworten, dass wir das bewusst nicht getan haben, weil es durchaus Fälle geben mag, in denen eine bestimmte Lösung die richtige ist und in anderen Kleingärten eine andere Lösung die vernünftige ist. Insofern ist es vollkommen in Ordnung, sich nicht von vornherein auf etwas festzulegen und zu erklären, nur diese oder jene Lösung für alle Kleingärten durch eine Rechtsänderung ermöglichen zu wollen, sondern hier sollte aus meiner Sicht immer noch die Vereinsautonomie der Kleingärtner gewahrt bleiben und dort auch jeweils eine passgenaue Lösung für die Kleingärten gewählt werden können.

Den gleichen Vorwurf, dass Ziel und Inhalte fehlen, ließe sich im Übrigen auch an Sie zurückwenden, denn Sie sagen auch nicht wirklich, was das genaue Ziel ist und was für eine genaue Gesetzesänderung Sie haben wollen. Sie erklären, dass das Bundeskleingartengesetz

A geöffnet werden soll, aber welches Ziel genau dahinter steckt, bleibt tatsächlich aber noch im Unklaren.

Es gibt viele Möglichkeiten, auch mit dem bestehenden Recht etwas zu tun, um den Bodenschutz, Umweltschutz und Gewässerschutz in den Kleingärten voranzubringen. Uns geht es darum, auch zu schauen, was wir erst einmal an Verbesserungen mit der bestehenden Rechtslage erreichen können. Wenn wir dann nach einer wirklich guten Analyse feststellen, dass wir noch Veränderungsbedarf haben, dann können wir gern noch einmal darüber sprechen.

Auch wir werden – wie auch Frau Dr. Schaal soeben ausgeführt hat – hier keinen Blankoscheck für irgendwelche Bundesratsinitiativen unterschreiben, bei denen vollkommen unklar ist, ob sie wirklich erforderlich sind. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/4792 und 18/4859 an den Umweltausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum CDU-Antrag aus der Drucksache 18/4792. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte dem GAL-Antrag aus der Drucksache 18/4859 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zum Punkt 73 der Tagesordnung, Drucksache 18/4609, Antrag der SPD-Fraktion: Menschliche Metropole: ein Seniorenplan für Hamburg

**[Antrag der Fraktion der SPD:**

**Menschliche Metropole: ein "Seniorenplan" für Hamburg – Drucksache 18/4609 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Brinkmann.

**Petra Brinkmann** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die demografische Entwicklung in Deutschland bewirkt, dass sich die Altersstruktur der Bevölkerung deutlich verändert.

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich möchte Sie noch einmal unterbrechen. Es ist hier wirklich zu unruhig. Bitte seien Sie so nett und gehen Sie entweder hinaus oder setzen Sie sich hin. Für den Redner hier vorn ist das wirklich nicht schön. – Vielen Dank.

**Petra Brinkmann** (fortfahrend): Sinkende Geburtenziffern und eine höhere Lebenserwartung führen dazu, dass der Anteil älterer Menschen in dieser Gesellschaft wächst.

(Unruhe im Hause – Glocke)

C

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Ich muss Sie leider nochmals unterbrechen. Herr Buss, ich hatte soeben um Ruhe gebeten. – Danke.

**Petra Brinkmann** (fortfahrend): Der demografische Wandel bringt es mit sich, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsaufgaben von weniger und im Durchschnitt älteren Menschen bewältigt werden müssen. Um für diese Zukunft die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen und die Potenziale älterer Menschen stärker nutzen zu können als bisher, muss man sehr genau wissen, wie der Anteil der Älteren wächst, wie ihre Interessen aussehen, was sie zum gesellschaftlichen Leben beitragen können und über welche finanziellen Ressourcen sie verfügen.

Alt sein heißt heute nicht mehr, in erster Linie hilfe- und pflegebedürftig zu sein. Die heutigen Seniorinnen und Senioren sind im Durchschnitt gesünder, besser ausgebildet und vitaler als frühere Generationen. Das sind zum Teil sehr subjektive Wahrnehmungen, zu denen entsprechendes Zahlenmaterial lange nicht vorlag.

Die Bundesregierung hat schon 1993 den ersten Altenplan aufgestellt, der erstmals eine umfassende und differenzierte Analyse der Lebenssituation älterer Menschen lieferte. Danach folgten weitere Berichte mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten, bis Ende 2005 der fünfte Altenplan veröffentlicht wurde. Alle Erkenntnisse und Zahlen dieser Berichte beziehen sich auf das gesamte Bundesgebiet. Die spezifischen Lebensverhältnisse der Älteren in den einzelnen Bundesländern müssen die Länderregierungen selbst erstellen.

D

Hierzu bedarf es besonderer Untersuchungen und Statistiken über die Lebensverhältnisse und -wünsche der Älteren in den Bundesländern, um dann daraus Förderinstrumente und eine Weiterentwicklung der Bedarfe zu erstellen.

Fast alle Bundesländer und auch viele Städte haben seit einigen Jahren einen Senioren- oder Altenplan erarbeitet. In vielen Bundesländern werden schon weitere Pläne mit speziellen Schwerpunkten veröffentlicht.

In Hamburg sieht es aber zurzeit anders aus. Es gibt bisher keinen Altenplan. Es können von dem Senat auch zu bestimmten Themen keine Aussagen gemacht werden, wie aus unseren letzten vielen Kleinen und Großen Anfragen hervorging.

So wird beispielsweise von den Freien Trägern, aber auch von einzelnen Senioreneinrichtungen bestritten, dass die Seniorinnen und Senioren im Durchschnitt über vergleichsweise hohe finanzielle Ressourcen verfügen. Der Senat konnte hierzu wegen fehlender Daten keine Aussagen machen. Dabei werden die finanziellen Ressourcen dieser Bevölkerungsgruppe für die Wirtschaft zukünftig eine wichtige Rolle spielen, da diese Menschen zum Teil über entsprechende Mittel verfügen und bereit sind, sie auch auszugeben.

Sehr geehrte Frau Senatorin, lassen Sie sich von der Notwendigkeit der Aufstellung eines Altenplanes nicht so lange überzeugen, wie von der Aufstellung eines Armutsberichtes.

(Beifall bei der SPD)

- A Handeln Sie jetzt. Sie können dem Kind ruhig einen anderen Namen geben, beispielsweise Lebenslageplan, aber fangen Sie mit der Erarbeitung an. Die älteren Menschen in dieser Stadt werden es zu schätzen wissen.

Wir haben nächste Woche die "Woche der Älteren" in Hamburg und die Senatorin wird dort viele öffentliche Auftritte haben. Nutzen Sie die Gelegenheit, Frau Senatorin, und geben Sie dort bekannt, dass Sie jetzt in der Lage sind, einen Lebenslagebericht für Ältere erarbeiten zu lassen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält die Abgeordnete Jürs.

**Vera Antonia Jürs CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unser Land und damit auch unsere Stadt stehen vor einem tief greifenden demografischen Wandel. Wer wollte das bestreiten? Unsere heutige und dringliche Aufgabe ist es unbestritten, uns den Anforderungen zu stellen, die die veränderte Gesellschaftsstruktur der Zukunft an uns richtet. Das sind wir unseren Kindern schuldig, haben aber auch im Interesse der immer älter werdenden Menschen zu handeln.

Der SPD-Antrag, den Senat einen Seniorenplan für Hamburg erstellen zu lassen, wird diesem Anforderungsprofil nicht gerecht. Er ist zu kurz gedacht und nicht geeignet, problem- und handlungsorientierte Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Wo ist denn der Alternativaufruf? Können Sie doch vorgeben!)

Die CDU-Fraktion wird daher den Antrag der SPD ablehnen.

Bei dieser Entscheidung lässt sich die CDU von einem positiven Seniorenbild und von einem Gedankenmodell leiten, dass die Partnerschaft der Generationen in den Vordergrund stellt. Senioren sind nämlich keine Masse, die man in Tabellen und Kalkulationen hin- und herschieben kann.

(Beifall bei der CDU – Zwischenruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

– Können Sie bitte mal ruhig sein!

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Alte Schule!)

Ein solcher Ansatz passt nur in die technokratische und bürokratische Vorstellungswelt sozialdemokratischer Pläne, die einen ganz wesentlichen Aspekt vollständig ausblenden. Es gibt nicht die Senioren.

(Beifall bei der CDU)

Das Lebensgefühl des überwiegenden Teils der sogenannten "Jungen Alten" ist von dem Wunsch geprägt,

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Zählen Sie sich auch dazu?)

sich mit der gewonnenen Lebenserfahrung nicht zuletzt zum wertvollen Nutzen junger Menschen in generationsübergreifende Projekte einzubringen und sie wollen möglichst lange ein selbst bestimmtes Leben führen.

(Beifall bei *Elke Thomas CDU*)

Die CDU und der Hamburger Senat tragen dieser Herausforderung Rechnung. Der Senat initiiert und fördert im Rahmen seines selbst formulierten Anspruchs, Hamburg als seniorengerechte Stadt mit einer Reihe von entsprechenden Projekten weiterzuentwickeln,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Da konnten Sie doch gestern gar nichts zu sagen!)

wie beispielsweise die Qualifizierung von Seniorentrainern, die ihr Wissen und Engagement ehrenamtlich in Initiativen und Vereinen zur Verfügung stellen. Weitere Beispiele sind der Omahilfsdienst, die Einrichtung von Altentagesstätten

(*Dirk Kienscherf SPD*: Die hat's doch immer gegeben!)

oder das Projekt wellcome, bei dem junge Familien praktische Hilfe auch durch ehrenamtlich tätige Senioren erhalten. Außerdem gibt es für aktive Senioren eine Fülle von Informations- und Bildungsangeboten. Hamburg hilft hier praktisch.

Ältere Menschen in Hamburg sind heute so aktiv wie nie zuvor. Der Senat hat seit der Regierungsübernahme aber auch vieles getan, um die Situation von pflegebedürftigen Senioren zu verbessern. Hierzu gehören beispielsweise die ständige Anpassung und Weiterentwicklung der Angebote von Pflegeheimen und Pflegediensten an die Bedürfnisse der pflegebedürftigen älteren Generation.

Zwischen 2005 und 2009 schafft dieser Senat innerhalb eines Wohnungsbauförderungsprogramms zusätzlich 1000 Wohnungen für Senioren im Bereich "Betreutes Wohnen" und modernisiert die bestehenden Einrichtungen mit einem großen finanziellen Aufwand. Wo staatliche Hilfe notwendig ist, können sich die Hamburger Senioren auf den Senat und auf die CDU verlassen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich brauchen wir auch verlässliches und aussagefähiges Datenmaterial. Dieses Datenmaterial ist aber bereits ausreichend vorhanden.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Aber Sie können die Anfrage gar nicht beantworten!)

Der Senat setzt das Leitbild "Hamburg als seniorengerechte Stadt" auch auf der Grundlage der Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2010 um. Diese Datenbasis ist nützlich und sinnvoll. Das Material wird aufbereitet und veröffentlicht. Die CDU steht für Bürokratieabbau und stellt sich daher konsequent gegen ein ausuferndes Berichtswesen.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Sie haben Angst davor!)

Auch der von der SPD so gelobte Altenplan für Bremen beschränkt sich im Wesentlichen auf die Hilfe und Pflegeangebote für pflegebedürftige alte Menschen. Einen solchen Plan in Hamburg zu erstellen, würde lediglich zu einer Doppelung des bereits vorhandenen Datenmaterials führen. Das lehnen wir ab.

Viele Senioren können ein aktives und selbst bestimmtes Leben führen und, was die Opposition völlig ignoriert, das wollen die Senioren auch.

Die CDU macht es ihnen möglich, und zwar mit Hilfsangeboten, die man anfassen kann. Dazu brauchen wir keine sterilen Excel-Tabellen. – Danke.

C

D

A (Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält die Abgeordnete Gregersen.

**Martina Gregersen** GAL: Vielen Dank. Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist die letzte Debatte und eigentlich dachte ich, nachdem Frau Brinkmann gesprochen hat, ich kann dem kaum noch etwas hinzufügen und mache es wie damals Herr Dräger und mache mich damit beliebt, ich lasse es.

(Beifall bei Ekkehart Wersich CDU)

– Danke, Ekkehart.

Aber leider hat Frau Jürs das Gegenteil bewirkt und es tut mir leid, ich finde, wir brauchen so einen Plan. Auch wenn Sie sagen, so ein Plan, das sind nur Excel-Tabellen und wird nicht benötigt und er wäre nur eine Rahmenversorgung der Pflege und das hätten wir ja alles. Viele Große und Kleine Anfragen belegen, dass wir viele Daten nicht haben und Sie sie auch nicht erfasst haben.

Das Problem ist auch, dass wir nicht nur über Menschen im Pflegealter sprechen. Sie haben eben selbst gesagt, es ist keine homogene Masse. Es gibt viele unterschiedliche Bilder vom Altern und wie der Mensch sich fühlt und was er machen möchte. Dann müssen wir doch, wenn wir sagen, die Leute sollen lieber länger in ihrem Wohnraum bleiben, und ambulant vor stationär propagieren, schauen, wie sich die Begebenheiten gesellschaftlich, aber auch städteplanerisch verändern müssen, damit die Menschen länger in ihrem Wohnraum verbleiben können.

B Da muss man doch auch die älteren Menschen mit einbeziehen und das muss man auch als Querschnittsthema sehen. Da kann man doch nicht sagen, wir haben ein paar Daten. Wir müssen doch Wirtschaft, Kultur, öffentlichen Nahverkehr, Kultureinrichtungen und vielleicht auch Bildungseinrichtungen zusammenfassen. Man kann doch nicht einfach nur sagen, wir haben Welcome-Center und einen Oma-Hilfsdienst. Das ist sehr einfach gemacht und das reicht mir nicht aus.

(Beifall bei der GAL und teilweise bei der SPD)

Es gibt den Bundesbericht, es gibt den Bericht in Bremen. Die haben vorgemacht, wie man so einen Bericht machen kann. Wenn Sie meinen, es gibt Aspekte, die fehlen, kann man die mit einfließen lassen. In Workshops sind vorab schon die Akteure wie Wirtschaft, Kirchen und Verbände mit einbezogen worden. Ich würde Ihnen raten, nehmen Sie das Thema nicht so flapsig.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wir werden alle alt!)

– Eben, genau das, Herr Hesse.

So ein Bericht oder Seniorenplan, wie Sie ihn nennen, Frau Brinkmann, kann viele Fragen beantworten. Was kann zum Beispiel getan werden, um die negative Akzentuierung von Alter und Altersbild zu beeinflussen? Wenn man mit Jugendlichen spricht, ist Alter etwas Grausames. Das mögen wir vielleicht anders sehen. Aber ich habe das in Schulklassen immer wieder bemerkt.

Welche Formen des Dialogs zwischen Jung und Alt werden gewünscht? Wie lassen sie sich verwirklichen? Man kann im Haushalt doch nicht einfach nur sagen, wir wollen, dass die sich austauschen. Wie soll denn das aussehen? Welche Wohnbedingungen, welche Wohnformen

C werden gewünscht? Welche Bedingungen müssen bei Nahverkehr und Wohnumfeld verändert werden? Was bedeutet die Alterung der Gesellschaft für Konsum und Dienstleistung?

(Klaus-Peter Hesse CDU: Mobilität im Alter!)

– Auch Sie werden älter. Aber vielleicht lassen Sie mich das trotzdem noch kurz zu Ende führen.

Welche Stärken haben ältere Menschen? Wie lassen sich diese für neue soziale Rollen in einer sich wandelnden Gesellschaft nutzbar machen? Welche Rahmenbedingungen sind nötig, um die Bereitschaft zur Nutzung der Potenziale der Alten zu fördern? Welche Bildungsangebote wollen Seniorinnen und Senioren? Wir wollen auch das lebenslange Lernen unterstützen. Welchen spezifischen Ausgleich altersbedingter Lebensrisiken brauchen Ältere in Hamburg? Welche spezifischen Angebote für Betreuung und Pflege werden benötigt? Das sind alles Fragen, die gemeinsam mit vielen Einrichtungen und Themenbereichen geführt werden müssen. Es kann nicht sein, dass man sich dem verweigert und sagt, wir haben das Rad schon erfunden und so etwas muss nicht mehr geführt werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ein Seniorenplan hätte viele Vorteile, er wäre eine Antwort auf die demografische Entwicklung und er könnte Politik im Seniorenbereich wie auch in der Alterung der Gesellschaft, Politik aus einem Guss machen. Vielleicht ist das ja nicht gewollt, aber es ist schade.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält Frau Brinkmann.

**Petra Brinkmann** SPD: Es tut mir leid, meine Damen und Herren. Aber zu dem Beitrag von Frau Jürs muss ich noch einmal zwei, drei Anmerkungen machen, die auch Ihr Wissen nur erweitern können.

Frau Jürs, ich wusste noch gar nicht, dass Frau von der Leyen sozialistische Pläne liebt und dass sie es toll findet, sterile Excel-Tabellen und ausufernde Berichtswesen darzustellen. Voller Stolz hat sie den fünften Altenplan, den sie noch nicht einmal selber erstellt hat, vorgetragen.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das ist etwas ganz anderes!)

– Herr Schira, Sie wissen gar nicht, wovon ich rede.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann das Leitbild seniorengerechte Stadt dieses Senates, dieses Thema hatten wir gerade gestern Abend im Sozialausschuss bei den Haushaltsberatungen. Es kam von der Senatsseite überhaupt keine Antwort, was man sich konkret darunter vorstellen kann und was es ist. Nun hat Frau Jürs hier zwei Beispiele genannt, auf die würde ich gerne kurz eingehen.

(Wolfhard Ploog CDU: Machen Sie das doch!)

Die Altentagesstätten sind in Hamburg eine sozialdemokratische Einrichtung gewesen, die von Ihrer Seite in den letzten fünf Jahren gekürzt und verkleinert worden sind. Also schmücken Sie sich hier nicht mit fremden Federn.

A (Beifall bei der SPD und *Antje Möller GAL*)

C

Die Einführung der Senioreentrainer, die wir sehr begrüßen und für sehr gut halten, ist eine Maßnahme der rot-grünen Bundesregierung gewesen. Die wird jetzt auf die Bundesländer übertragen. Auch das hat nichts mit dem Leitbild der seniorengerechten Stadt zu tun.

Die Rahmenplanung der pflegerischen Versorgung ist nach vielen Geburtswehen endlich vorgestellt worden, das hat lange genug gedauert. Es sind doch viele Zahlen, unserer Meinung nach sehr interessante Zahlen, zu lesen und es gehen sehr viele Dinge daraus hervor, nach denen man auch Taten folgen lassen könnte. Nur das fehlt in der Rahmenplanung – was der Senat zum Beispiel plant, wenn wir im Jahre 2020 fast 25 Prozent mehr an Demenz erkrankte Menschen haben, was er damit machen will. Darüber steht darin kein Wort. So etwas könnte man gut darstellen.

Wo Sie Bremen angesprochen haben, Frau Jürs, muss ich Sie leider auch korrigieren. Bremen hat jetzt bereits den dritten Altenbericht vorgelegt. Da gehen sie auf bestimmte, spezifische Probleme ein. Das ist auch in Ordnung so.

Ich würde mir wünschen, dass wir nicht zehn Jahre wie bei dem Armutsbericht warten müssen,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Nein, dann sind die ja schon alle abgewählt!)

sondern schon ein bisschen früher endlich dazu kommen, auch in diesem Bereich einen Bericht zu bekommen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

B

D

**Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/4609 federführend an den Sozialausschuss und mit beratend an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag aus Drucksache 18/4609 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Somit sind wir am Ende der Tagesordnung. – Schönen Abend, bis Morgen.

**Schluss: 19.38 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung waren die Abgeordneten Thomas Böwer, Barbara Duden, Britta Ernst, Dr. Heike Opitz und Dr. Diethelm Stehr nicht anwesend.

**Anlage****Zu Punkt 3**

(siehe Seite 3168 B)

**Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:  
Wahl von acht Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Stadtentwicklung  
– Drucksache 18/4746 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
<b>Mitglieder</b>					
Vorschlagsrecht CDU:					
Hans-Detlef Roock	108	89	9	9	1
Dr. Natalie Hochheim	108	92	7	8	1
Henning Finck	108	86	11	9	2
Klaus-Peter Hesse	108	86	12	7	3
Vorschlagsrecht SPD:					
Ingrid Cords	108	98	4	2	4
Jan Quast	108	94	8	2	4
Karin Timmermann	108	99	4	1	4
Vorschlagsrecht GAL:					
Claudius Lieven	108	98	6	1	3
<b>Vertreter/-innen</b>					
Vorschlagsrecht CDU:					
Niels Böttcher	108	91	7	9	1
Dr. Diethelm Stehr	108	88	9	10	1
Jörn Frommann	108	86	10	10	2
Bernd Capeletti	108	88	8	9	3
Vorschlagsrecht SPD:					
Britta Ernst	108	94	8	2	4
Dr. Martin Schäfer	108	96	7	1	4
Carola Veit	108	88	11	4	5
Vorschlagsrecht GAL:					
Jörg Lühmann	108	97	7	1	3